

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

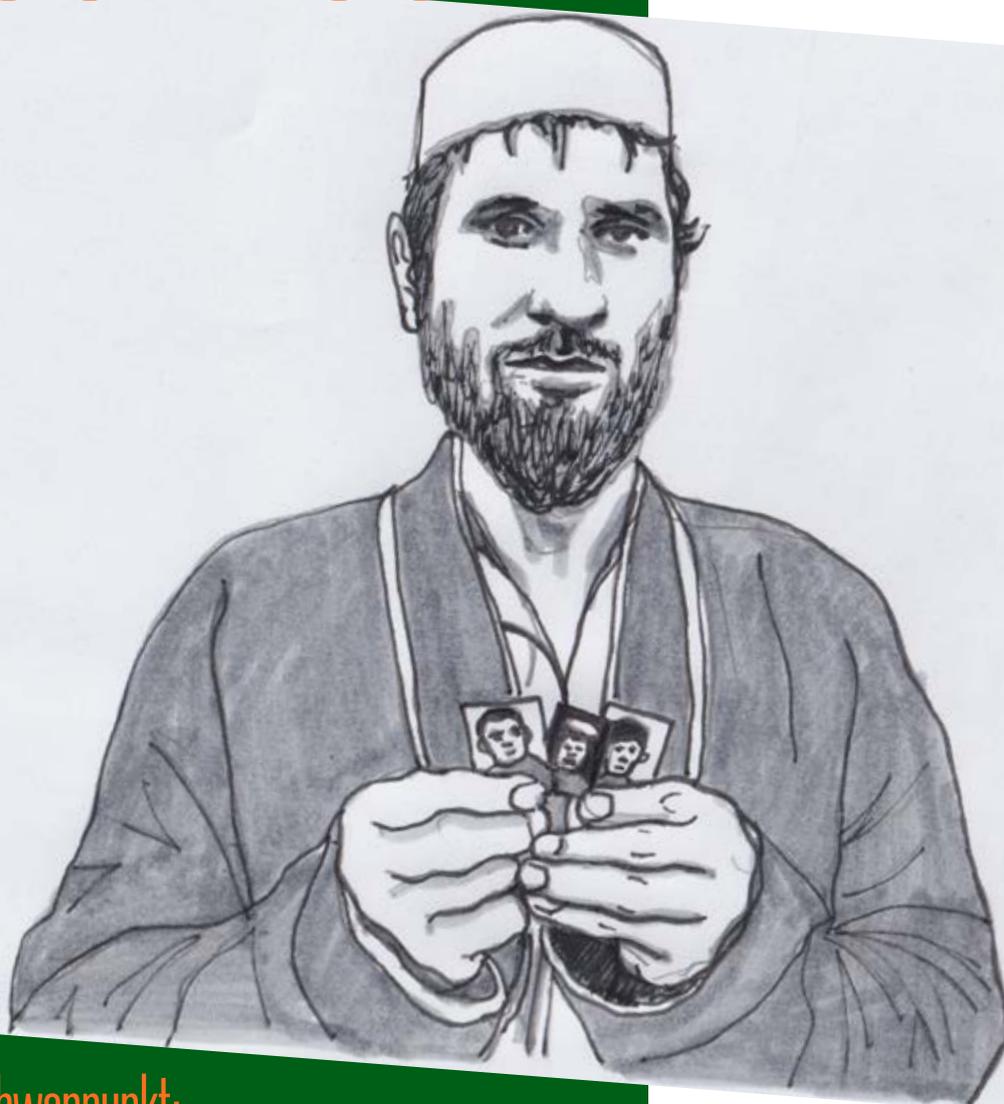
# AUSDRUCK

**Dezember 2021**

19. Jahrgang - Ausgabe 107

Einzelpreis: 4,50€

ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:

## Afghanistan

Offenbarungen der Afghanistan Papers  
„Wunderwaffe“ des Afghanistan Krieges  
Afghanistankrieg und die Friedensbewegung  
Elektromobilität als rüstungsindustrielles Programm?  
Neue Arktis-Strategie der EU  
Wettstreit um Zentralafrika

# Inhalt

## Schwerpunkt

- Editorial - **Christoph Marischka** - 3  
Der Afghanistankrieg und die Friedensbewegung - **Christine Schweitzer** - 4  
Perspektiven der afghanischen Frauenbewegungen - **Mechthild Exo** - 9  
Afghanistan und das Recht auf Bewegungsfreiheit - **Jacqueline Andres** - 14  
Alltag „Kampfeinsatz“: Afghanistan und die deutsche Außenpolitik - **Martin Kirsch** - 17  
Lehren aus Afghanistan: Lernen für künftige Kriege - **Nabil Sourani** - 21  
Sehenden Auges: Die Offenbarungen der Afghanistan Papers - **Dominik Wetzel** - 25  
Die „Wunderwaffe“ des Afghanistan Krieges - **Elsa Rassbach** - 29  
Fünf Empfehlungen zum Weiterlesen - **Jacqueline Andres** - 33

## Magazin

### Rüstung

- SPD offen für Drohnenbewaffnung: Einigung im Ampel-Koalitionsvertrag - **Marius Pletsch** - 34  
Schlechte Nachrichten für Rheinmetall - **Jacqueline Andres** - 38  
Elektromobilität als rüstungsindustrielles Programm? - **Christoph Marischka** - 40

### EU-Militarisierung

- Krieg per Enthaltung: EU-Interventionstruppe als Koalition der Willigen? - **Jürgen Wagner** - 44  
Die neue Arktis-Strategie der EU - **Ben Müller** - 47  
Asiatische NATO? Die Geopolitik des AUKUS-Paktes - **Jürgen Wagner** - 51

### Klima & Krieg

- Benzin löscht kein Feuer - **Jacqueline Andres** - 54

### Afrika

- Der Wettstreit um Zentralafrika: Französische und russische Präsenz in der ZAR - **Milena Düstersiek** - 55  
EU-Sahel: Machtansprüche und Externalisierung - **Christoph Marischka** - 63

### Kongressbericht

- Manöver als Brandbeschleuniger: Bericht vom 25. Kongress der Informationsstelle Militarisierung - 65

# ... in zehn Jahren ...

## Editorial

von Christoph Marischka

Als die Planungen dieses Schwerpunkts des **AUSDRUCK** begannen, war der Abzug der NATO-Truppen zwar bereits seit Jahren terminiert, die dramatischen Szenen im August 2021 am Flughafen von Kabul waren aber auch für uns nicht vorherzusehen. Der weitere Verlauf der öffentlichen Diskussion hingegen war durchaus absehbar. Die ist nun im Kontext von Wahlen, Regierungsbildung und einer neuen Welle der Corona-Pandemie wieder weitgehend abgeflaut. Kein Wunder, dass von den damals und heute Regierenden niemand über diese bislang größte Niederlage der NATO sprechen will. Stattdessen wird fleißig weiter am Aufbau der Feindbilder „Russland“ und „China“ gearbeitet, um der NATO einen Sinn zu geben als vermeintlicher „Garant von Sicherheit“. Dass die Medien da überwiegend mitspielen und weder das Scheitern in Afghanistan noch jenes in Mali nachdrücklich zum Thema machen, sollte uns auch nicht weiter überraschen.

„Die Medien“ sind natürlich immer ein willkommener Buhmann. Allerdings ist auch der **AUSDRUCK** – freilich als (sicherlich sorgsam beobachtetes) Nischenprodukt – ein Teil „der Medien“. Und so versuchen wir mit dieser Schwerpunkt-Ausgabe im Rahmen unserer (winzigen) Möglichkeiten die Debatte um den Afghanistan-Einsatz wiederzubeleben und auf deren blinde Flecken ein wenig Licht zu werfen. Der allgemeinen Konjunktur folgend, haben wir allerdings bereits im August zahlreiche Stellungnahmen zum – in mehrfacher Hinsicht spektakulären und bahnbrechenden – Einsatz deutscher Spezialkräfte am Flughafen Kabul veröffentlicht. Eine davon begann mit folgenden Worten: „Die tatsächliche Fähigkeit der NATO und der Bundeswehr besteht darin, eine Informationsblase um die Einsätze ihrer Soldat\*innen zu schaffen. So ist es ihnen gelungen, sich fast zwei Jahrzehnte in Afghanistan als Retter zu inszenieren und Handlungsfähigkeit zu suggerieren. Die zivilen Opfer von Bombardierungen, Drohnenangriffen, nächtlichen Razzien und auch durch Anschläge der Taliban und des IS waren über

diese Zeit von wenigen Ausnahmen abgesehen allenfalls Randnotizen“. (Afghanistan: Inszenierung militärischer Evakuierung, IMI-Standpunkt 2021/050) Allerdings müssen wir eingestehen, dass auch wir als IMI der Situation in Afghanistan über die vielen Jahre zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Anders als die Bundesregierung sind wir allerdings tatsächlich willig und bestrebt, aus diesen Fehlern zu lernen. Dazu soll dieser Schwerpunkt – auch mit seinen unterschiedlichen Blickwinkeln – beitragen. Nebenbei wirft er allerdings die Frage auf: War das „Scheitern“ in Afghanistan aus Sicht der deutschen Sicherheitspolitik überhaupt ein „Fehler“ oder nicht vielmehr ein „Möglichkeitsfenster“? Welche Rolle spielt „Afghanistan“ in der deutschen Geschichte? Wird es in zehn Jahren mehr sein als ein (sehr großer!) Schritt bei der „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, die offenbar zur fatalen Großmachtspolitik tendiert? Wird dann noch jemand behaupten, Deutschland hätte „Verantwortung“ für „Afghanistan“ übernommen?

*Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt Abdul Hanan, der beim Massaker von Kundus seine Söhne Nesarullah und Abdul Bayan verlor und seither um Aufklärung kämpft. Die Zeichnung sowie die gesamte Bebilderung des Schwerpunktteils sind von der Künstlerin Monika Natalia Mazur.*



# Der Afghanistankrieg und die Friedensbewegung

von Christine Schweitzer

Viel ist in den vergangenen Jahren zur Befindlichkeit der Friedensbewegung gesagt und geschrieben worden.<sup>1</sup> Anlässe für Aktivitäten nach dem INF-Vertrag 1987 waren vor allem die Kriege, die nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten 1989 als sog. „Interventionen“ der NATO oder der von den USA geführten sog. „Koalitionen der Willigen“ geführt wurden: Es begann mit dem Angriff auf den Irak 1991, um dessen Besetzung Kuwaits zu beenden. Dann ging es weiter mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien 1991-95, die die Friedensbewegung in mehrfacher Hinsicht spalteten und den Kosovo-Jugoslawienkrieg 1999, in dem die BR Deutschland sich erstmals in einen Kampfeinsatz „out of area“ hineinbegab und gegen den recht viel Protest mobilisiert wurde. Dann kamen 2001 Afghanistan, 2003 der Angriff auf den Irak und 2011 Libyen. Ein einziger friedenspolitischer Höhepunkt der vergangenen zwanzig Jahre und wohl auch fast der einzige Erfolg der Friedensbewegung in dieser Zeit hatte damit nichts zu tun, der Atomwaffenverbotsvertrag, der im Januar 2021 in Kraft trat.

## **Demonstrieren, schreiben, tagen – Die Friedensbewegung und der Afghanistankrieg 2001-2021**

Um direkt mit einer provozierenden These einzusteigen: Im Vergleich zu den anderen genannten Daten und Anlässen lässt sich nicht feststellen, dass der Angriff auf Afghanistan und die zwanzigjährige Besetzung des Landes durch westliche, auch deutsche Truppen eine breitere Bewegung ausgelöst hätte.

Soweit jetzt noch nachvollziehbar, überwog in den ersten Tagen nach dem 11. September 2001 auch bei den in der Friedensbewegung Aktiven der Schock über den unfassbaren Anschlag, in den sich schnell die Sorge mischte, wie die politische Reaktion ausfallen würde. Und diese ließ bekanntlich nicht auf sich warten: Schon am 12. September rief die NATO den

Bündnisfall aus; einen Monat später startete die Operation „Enduring Freedom“ (zunächst ohne Beteiligung Deutschlands).

Kurzfristig wurde gegen diese militärische Antwort auf den Terrorangriff mobilisiert: Am 13. Oktober 2001 demonstrierten in Berlin, Stuttgart, München und anderen Städten über 80.000 Menschen gegen Terror und Krieg. Diese Zahlen wurden danach nicht mehr erreicht; 2008 waren es in Deutschland zu einem Termin, an dem europaweit Proteste stattfinden sollten, gerade mal 8.000 Personen nach Angaben der Veranstalter. Die „Mobilisierungsschwäche“ wurde auch von Protagonist\*innen der Proteste selbst beklagt.<sup>2</sup>

Der Protest gegen den Krieg beschränkte sich im Wesentlichen auf Organisationen der „alten“ Friedensbewegung, d.h. die Organisationen, die sich schon lange vor 2001 gegründet hatten, und die Partei Die Linke. Mehrere Organisationen und Netzwerke starteten Kampagnen, die War Resisters‘ International riefen zur Verweigerung von Kriegsdienst und Kriegsvorbereitung auf,<sup>3</sup> verschiedene Friedensorganisationen sowie die Kooperation für den Frieden und der Kasseler Friedensratschlag verfassten bis Ende 2014 zahlreiche Analysen, Appelle und Erklärungen. 2010 begann eine Unterschriftensammlung „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“, die in wenigen Wochen von 20.000 Menschen gezeichnet wurde; einer der wenigen Momente, der zumindest ansatzweise die Ablehnung dieses Krieges durch einen Großteil der Bevölkerung über alle Jahre hinweg widerspiegelt.

Darüber hinaus war 2002 wie auch in allen Folgejahren der Afghanistankrieg eines der Themen der (zahlenmäßig aber ebenfalls dünn besuchten) jährlichen Ostermärsche, der fast jährlichen „Strategiekonferenzen“ der Kooperation für den Frieden und der Kasseler Friedensratschläge Anfang Dezember jedes Jahres. Außerdem gab es zwei oder drei Kongresse, zu denen auch afghanische Organisationen eingeladen waren, so 2008 und 2012.

Aufrufe an Bundestagsabgeordnete, den Mandatsverlängerungen nicht zuzustimmen, der „Totenschändelskandal“ 2006, als Fotos von Bundeswehrsoldaten, die mit einem Schädel posierten, auftauchten und natürlich das Massaker von Kundus 2009 waren weitere Themen. Der Versuch, für die Hinterbliebenen der Opfer eine Entschädigung vor deutschen oder europäischen Gerichten zu erstreiten, ist zumindest nach Lage der von der Autorin gesichteten Quellen fast die einzige Aktivität, die sich auch nach dem Ende von OEF und ISAF 2014 bis heute fortsetzte.

Wenn man sich die Texte aus der Friedensbewegung auf ihre Inhalte hin anschaut, dann fallen die folgenden Argumentationsmuster gegen den Krieg ins Auge:

- Ein Strang ist das Aufgreifen der offiziellen Begründung für den Angriff 2001 und der Hinweis darauf, dass dieser Angriff keine geeignete Antwort auf den Terroranschlag vom 11. September war.<sup>4</sup> Dazu gehörten neben der Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung von Terrorist\*innen auch Hinweise, dass es durchaus Möglichkeiten gegeben hätte, die Talibanregierung zur Auslieferung Bin Ladens zu bringen, etwa durch Einschalten von Vermittlern, die ihr näher standen.
- Ein zweiter Strang war und ist die Beschäftigung mit dem, was viele in der Friedensbewegung als die „wahren Motive“ hinter dem Angriff vermuteten und noch vermuten – sei es eine Ölpipeline, die durch Afghanistan gebaut werden sollte, die Ausbeutung von Rohstoffen oder die geostrategische Lage Afghanistans, die auch mit der – schon 2001 bestehenden – Feindschaft zwischen den USA und dem Iran in Verbindung gebracht werden kann.<sup>5</sup>

- Das „Feindbild Islam“ als zumindest den Krieg unterstützender Faktor wurde vielfach thematisiert, z.B. bereits in W&F 1/2002 von Jörg Becker<sup>6</sup>. In jüngerer Zeit nimmt auch der Begriff des Rassismus größeren Raum ein und es wird darauf hingewiesen, welche rassistischen und neokolonialen Begründungsmuster sich bei den Kriegsbefürworter\*innen finden lassen.<sup>7</sup>
- Ein weiteres Konglomerat von Themen kann unter dem Stichwort „Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen“ zusammengefasst werden. Deren Liste ist bekanntlich erschreckend lang und reicht von der Erfindung der Kategorie „feindlicher Kämpfer“ über systematische Folter in Lagern wie Bagram, Guantánamo und geheimen Folterstätten der USA in Osteuropa, die Tötung zahlreicher Zivilist\*innen und diverse Massaker (nicht nur von den USA begangen), das CIA-Drohnenprogramm bis hin zum Einsatz von Clusterbomben und Landminen in den ersten Kriegsjahren.<sup>8</sup>
- Ein fünfter Argumentationsstrang legt den Fokus auf die Bundeswehr und Auslandseinsätze generell und fordert deren Stopp.
- Gelegentlich, wenn auch im Vergleich zu anderen Kriegen weniger ausgeprägt, waren Vorschläge zu Ziviler Konfliktbearbeitung. Hier spielte vor allem der Shorish-Friedensplan von 2010 eine Rolle, der durch den Aachener Friedensaktivisten Otmar Steinbicker in die friedenspolitische Öffentlichkeit gebracht wurde.<sup>9</sup>





### Hat der Afghanistankrieg die Bewegung gespalten?

Diese Behauptung ist gelegentlich zu lesen, so u.a. in dem oben erwähnten Artikel von Peter Strutynski, der schrieb:

„Bekanntlich lehnt eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung von ca. 70 Prozent den Krieg ab und plädiert für einen schnellen Abzug der Bundeswehr. Die Friedensbewegung kann durchaus auf diese Stimmungslage bauen – auch wenn die Motive der Ablehnung vermutlich ganz unterschiedlich sind und längst nicht alle Kriegsgegner zu den natürlichen Verbündeten der Friedensbewegung gehören. Eine nicht gering zu schätzende Anzahl von Menschen dürfte aus rein isolationistischen Gründen den Krieg ablehnen nach dem Motto „Was geht uns Afghanistan an; haben wir nicht genug Probleme bei uns?!“ Dem stehen diejenigen gegenüber, die den Afghanistankrieg bis zum heutigen Tag als humanitären Einsatz zum Schutz der Menschen-, insbesondere der Frauenrechte und zur Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien und Strukturen verteidigen. Hierunter befinden sich nicht wenige Menschen aus dem grünen-alternativen Spektrum, Intellektuelle und im guten Sinne internationalistisch eingestellte ‚Gutmenschen‘ – sie gehören oder gehörten in der Vergangenheit gewiss auch zur Klientel der Friedensbewegung.“<sup>10</sup>

Nach Wahrnehmung der Autorin hat das Ausmaß der hier angesprochenen Spaltung in Kriegsbefürworter\*innen und -gegner\*innen in Deutschland (in den USA war dies anders) aber bei Weitem nicht das Ausmaß erreicht, das es während der Kriege im Westbalkan in den 1990er Jahren erreichte

oder auch 1991, als der Irak begann, in Reaktion auf den Angriff der Alliierten Israel zu beschießen. Und zwar trotz Staatsminister Ludger Volmer, der angesichts der Ereignisse vom 11. September 2001 in der Frankfurter Rundschau unter dem Titel „Was bleibt vom Pazifismus“ den „Krieg als letztes Mittel“ als neueste Entdeckung des „politischen Pazifismus“ anpries.<sup>11</sup> Die Trennlinie im Afghanistankrieg war weniger generell Kriegsbefürworter\*innen versus -gegner\*innen, sondern die Frage, wie man sich zur fortlaufenden Besatzung mit der Präsenz ausländischer Truppen stellte.

Ein differenzierteres Bild, was die unterschiedlichen Einschätzungen des Krieges betrifft, ergab sich aus einer Tagung am 19.-20. Februar 2011, die gemeinsam von den beiden großen Netzwerken der Friedensbewegung (Kooperation für den Frieden und Bundesausschuss Friedensratschlag) mit dem Dachverband der Entwicklungspolitischen deutschen Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und der Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung abgehalten wurde. Hier hieß es in einer Zusammenfassung:

Manche Differenzen blieben zwar bestehen. So fürchteten einige entwicklungspolitische Organisationen, dass ein sofortiger Abzug der westlichen Truppen die in den Projekten erreichten Fortschritte bei den Menschenrechten gefährden könnte. Geteilt wurde dagegen die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand in Afghanistan und nach Förderung der afghanischen Zivilgesellschaft, weil die Afghanen selbst über ihre Zukunft bestimmen sollen. Einigkeit bestand darüber hinaus darin, dass ein Abzug nicht das Ende des Interesses für die Probleme Afghanistans bedeuten dürfe.<sup>12</sup>

## Sechs Fallen

Rückblickend auf den vergangen und gegenwärtigen Diskurs in den Organisationen der Friedensbewegung soll abschließend hier die These vertreten werden, dass auch die Friedensbewegung, nicht nur die Politik, Dinge aufzuarbeiten hat. In ihrer Beschäftigung mit den Quellen zum Krieg und angesichts der heutigen Diskussionen seit dem Abzug der ausländischen Truppen sind der Autorin sechs Punkte aufgefallen, die immer wieder auftauchen und die doch falsch sind:

### 1. Der Afghanistankrieg als „Intervention“

In vielen Erklärungen ist bis heute von einer „Intervention in Afghanistan“ die Rede. Dieser Begriff der Intervention – in den 1990er Jahren wurde da noch gerne das Adjektiv „humanitär“ vorgehängt – meint aber das Eingreifen in einen Konflikt anderenorts. „Interventionen“ waren das, was die NATO 1994-95 in Bosnien-Herzegowina und 1999 im Kosovo durchführte, aber nicht der Angriff auf Afghanistan. Das war schlicht ein Angriff auf ein anderes Land mit dem Ziel, seine Regierung zu stürzen und ein den Besatzern wohlgesinntes Regime zu etablieren. Beides Ziele, die bekanntlich vorübergehend erreicht wurden. Von „Intervention“ zu sprechen, scheint hier verharmlosend bis rechtfertigend.

### 2. Die Verteidigung der Frauenrechte

Das ist die bei Politiker\*innen beliebteste nachgeschobene Rechtfertigung des Krieges, eine, von der man annehmen konnte, dass sie auf viel Sympathie stoßen würde, da die Situation der Frau in Afghanistan unter den Taliban viel Entsetzen ausgelöst hatte. Doch es war vor- bzw. nachgeschoben – die offizielle Begründung war und ist die Dingfestmachung von Bin Laden und die Zerschlagung von Al-Qaida, nichts Anderes.

Es wäre im Übrigen auch ein Irrtum, zu meinen, dass mit den Frauenrechten in der Besatzungszeit alles golden war. Zwar: Es wurden Schulen und Universitäten wieder für Frauen geöffnet ebenso wie Berufstätigkeit ermöglicht, aber abseits der großen Städte haben Organisationen wie die Revolutionary Association of Women of Afghanistan – RAWA (rawa.org) über die Jahre detailliert dokumentiert, wie Schulen nicht geöffnet oder Bombenanschläge auf sie ausgeübt wurden, wie Mädchen zwangsverheiratet und oft ermordet wurden, falls sie von ihren Ehemännern flohen, dass die afghanische Polizei routinemäßig sog. gynäkologische „Jungfräulichkeits“-Zwangsuntersuchungen durchführte, junge Frauen in den Selbstmord getrieben wurden usw.

### 3. Automatismus der Vermutung ökonomischer Interessen

Rückblickend muss doch infrage gestellt werden, ob es sich bei der Vermutung, dass ökonomische Interessen der „wahre Grund“ für den Angriff waren, nicht um einen interpretatorischen Automatismus gehandelt hat, der im Rückblick durch die Fakten nicht wirklich bestätigt werden kann. Die in den Anfangsjahren des Krieges oftmals als Motiv genannte Erdgas-Pipeline TAPI wurde erst ab 2015 gebaut, und die Mineralien in Afghanistan scheint sich – auch schon vor dem Abzug der USA – in erster Linie China gesichert zu haben.

### 4. Nicht nur der Drohnenkrieg ist völkerrechtswidrig

Das CIA-Drohnenprogramm der sog. „extralegalen Tötungen“ (ein Orwellsches Wort für Mord) steht zu Recht im Fokus der Kritik. Aber es gibt hier zwei Aspekte, die darunter manchmal in Vergessenheit geraten: Erstens sind zahlreiche Kriegsverbrechen von den regulären Truppen begangen worden, mit allen Waffengattungen, von bewaffneten Drohnen bis hin zu Schnellfeuergewehren.

Zweitens beschädigt es nach Ermessen der Autorin die Argumentation gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundesregierung, wenn behauptet wird, damit sollten solche Tötungen begangen werden. Die Bundesregierung will sie für Kriegseinsätze, weil sie billiger sind und Piloten lediglich dem Risiko post-traumatischer Belastungsstörungen, nicht aber dem Tod durch eine feindliche Flugabwehr ausgesetzt sind. Nicht um Terroristen zu jagen, sondern um effektiver im Krieg töten zu können.

### 5. Krieg ist in Afghanistan nicht erst seit 2001 gewesen

In den Rückblicken auf den Krieg seit 2001 wird nur selten auf den Bürgerkrieg vor dem Sieg der Taliban mit seinen zahlreichen Massakern u.a. an ethnischen Minderheiten und noch seltener auf die Zeit der sowjetischen Besatzung und deren Opferzahlen, die den jetzigen ähnlich gewesen sein dürften, Bezug genommen.<sup>13</sup> Beides darf aber nicht ausgeklammert werden, wenn man eine Ahnung davon bekommen will, welches Elend in Afghanistan seit Jahrzehnten herrscht.

### 6. Das Militär schafft ein sicheres Umfeld für zivilgesellschaftliche Organisationen – Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Ziviler Friedensdienst

Diese Aussage gehört zum Standardrepertoire der Verteidigungspolitik und ist in allen Policy-Papieren der letzten Jahre, vom Weißbuch 2016 bis zu den Leitlinien Krisenprävention<sup>14</sup>, nachzulesen. Es gab auch viele in Afghanistan tätige Hilfsorganisationen, die

diesen Satz so unterstützen, und auch der Zivile Friedensdienst (allerdings nicht dessen zivilgesellschaftlicher Träger, sondern die staatliche GIZ) stellte sich unter den „Schutz“ der Bundeswehr. Viele andere Hilfsorganisationen waren allerdings anderer Auffassung und verfassten mehrfach an die deutsche und internationale Politik gerichtete Papiere, in denen sie auf die Unabhängigkeit der Hilfswerke von der Bundeswehr drängten.<sup>15</sup>

## Fazit

Die Politik ist nicht bereit, aus Afghanistan die Lehre zu ziehen, dass Krieg zwar kurzfristige Erfolge bringen und unliebsame Regimes stürzen mag, aber die längerfristigen Kosten und Probleme diese kurzfristigen Erfolge auffressen. Davon, aus menschenrechtlichen, ethischen und politischen Gründen abzurufen und Krieg nicht länger als Mittel der Politik anzusehen, natürlich ganz zu schweigen.

Aufgabe der Friedensbewegung ist es, sie auf diese Lehren immer wieder hinzuweisen und die neuen Aufrüstungsschritte der NATO und der EU (siehe Schnelle Eingreiftruppe der EU) infrage zu stellen. Es geht darum, eine Strategie zu entwickeln, wie die Aufrüstung verhindert und Deutschland und Europa dazu gebracht werden können, eine echte Friedenspolitik zu entwickeln. Das ist eine Politik, die weltweite Gerechtigkeit anstrebt anstatt den Neokolonialismus zu befeuern, die den Klimawandel und die von ihm verursachten Konflikte angeht, seinen Opfern und den Opfern von Krieg, Gewalt und Armut Zuflucht und Perspektiven bietet und die sich rückbesinnt auf die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte und sich neu zu ihnen bekennt. Eine Aufarbeitung des Kriegs hat noch nicht einmal begonnen. Sie ist erst dann abgeschlossen, wenn den Opfern des Krieges Gerechtigkeit widerfahren ist und die Politik auf zivile Konfliktbearbeitung anstatt auf Krieg als Mittel der Politik setzt.

## Anmerkungen

1 Dieser Artikel hier basiert auf einer Bestandsaufnahme von wichtigen Quellen zum Afghanistankrieg, die die Autorin derzeit im Auftrag des „Monitoring für Kriegsprävention und Zivile Konfliktbearbeitung“ durchführt. Hierzu hat sie vor allem die beiden Zeitschriften FriedensForum und Wissenschaft & Frieden (W&F) sowie die Websites verschiedener Friedensorganisationen (Kasseler Friedensrat-schlag u.a.) gesichtet. Dennoch dürfte der hier entstandene Überblick lückenhaft sein, denn nicht alle Aktivitäten, die in dem Zeitraum der vergangenen zwanzig Jahre unternommen wurden, wurden in den genannten Quellen dokumentiert. Die Autorin freut sich deshalb über Hinweise auf das, was fehlt!

- 2 Siehe Peter Strutynski: Trotz Umfragehoch: Kriegsgegner im Bewegungstief. W&F 3/2010. [wissenschaft-und-frieden.de](http://wissenschaft-und-frieden.de).
- 3 Auch in Deutschland gab es einen solchen Aufruf, verfasst von Martin Singe und gerichtet an die Soldaten der Bundeswehr, der in der taz veröffentlicht wurde. Siehe Martin Singe: Verweigert! FriedensForum 1/2002. [friedenskooperative.de](http://friedenskooperative.de).
- 4 Z.B. Andreas Buro: The Germans to the front - sorry - auf dem Weg zur militärischen Führungsgruppe im Globalisierungsprozess. FriedensForum 1/2002: [friedenskooperative.de](http://friedenskooperative.de).
- 5 Z.B. Claudia Haydt: Effektiver Kolonialismus: Das zivilmilitärische Besatzungsregime zur Ausbeutung Afghanistans. IMI-Analyse 2006/005. [imi-online.de](http://imi-online.de).
- 6 Jörg Becker: Afghanistan: Der Krieg und die Medien. W&F 1/2002. [wissenschaft-und-frieden.de](http://wissenschaft-und-frieden.de).
- 7 Siehe zum Beispiel das sehr empfehlenswerte Buch von Emran Feroz (2021): Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror. Frankfurt/Main: Westend.
- 8 Diese Vorwürfe können hier aus Platzgründen nicht im Einzelnen belegt werden; stattdessen soll auf die im Entstehen begriffene Website des Monitoringprojekts zum Afghanistankrieg verwiesen werden, wo demnächst ausreichend Quellen genannt sein werden. Siehe [friedenskooperative.de](http://friedenskooperative.de).
- 9 Otmar Steinbicker: Friedensplan für Afghanistan. FriedensForum 6/2011. [friedenskooperative.de](http://friedenskooperative.de).
- 10 Strutynski a.a.O.
- 11 Volmer, Ludger (2002): Was bleibt vom Pazifismus. Frankfurter Rundschau, 7.1.2002.
- 12 Marek Voigt (2011): Zivile Pläne für Afghanistan. Friedens- und Entwicklungsorganisationen wollen künftig stärker zusammenarbeiten. [ag-friedensforschung.de](http://ag-friedensforschung.de).
- 13 Siehe z.B. Feroz (2021) a.a.O.
- 14 Bundesregierung (2017): Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern Leitlinien der Bundesregierung.
- 15 Ein guter Artikel zu dem Thema ist dieser hier von Thomas Gebauer (medico) aus dem Jahr 2010: Zivil, selbstbestimmt und politisch handeln. NGOs im Kontext der Militarisierung des Humanitären. W&F 3/2010. [wissenschaft-und-frieden.de](http://wissenschaft-und-frieden.de).

# Perspektiven der afghanischen Frauenbewegungen

von Mechthild Exo

Mir geht es um die Perspektive basispolitischer, demokratischer Selbstorganisation in Afghanistan auf die Taliban-Machtübernahme zu Beginn, während und nun nach dem Ende des längsten, zwanzig Jahre währenden US-Militäreinsatzes. Der Krieg in Afghanistan, der am 7. Oktober 2001 als Reaktion auf die Anschläge von Al-Qaida am 11. September in New York City und Washington begann, wurde „War on Terror“ genannt und als Befreiung der afghanischen Frauen und zur Verwirklichung von Demokratie, Frieden und Menschenrechten legitimiert. Doch von Beginn im Oktober 2001 an hatte die afghanische feministische Organisation RAWA in Stellungnahmen gewarnt, dass diese Intervention demokratische Entwicklungen im Land verhindern, den Islamismus in der Region stärken und in einer humanitären Katastrophe enden wird.<sup>1</sup> Diese Verbindungslinie zeichnet eine RAWA-Vertreterin auch in einem Interview von Ende August 2021: „Von den ersten Tagen an, als die Plünderer und Mörder der Nordallianz 2002 wieder an die Macht kamen, bis zu den letzten so genannten Friedensgesprächen, Abmachungen und Vereinbarungen in Doha und der Freilassung von 5.000 Terroristen aus den Gefängnissen in den Jahren 2020/21 war es ganz offensichtlich, dass auch der Rückzug kein gutes Ende nehmen würde“.<sup>2</sup>

Mit dem Beginn des Krieges gegen die Taliban-Regierung wurden die (überwiegend) islamistischen Mujaheddin-Gruppen der Nordallianz zu den lokalen Verbündeten der westlichen Besatzungstruppen gemacht. Das geschah trotz des Wissens über die schweren, gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Kriegsverbrechen, die in der Verantwortung dieser Gruppen liegen. Noch bevor die Taliban-Regierung entmachtet war, kritisierte und verurteilte RAWA in öffentlichen Stellungnahmen diese Kooperation der USA mit der Nordallianz als großen Fehler und Schrecken für die Menschen in Afghanistan. „Die fortgesetzte und zunehmende ausländische Unterstützung für die verachtete Nordallianz hat unser Volk in schreckliche

Angst und Furcht versetzt, die schrecklichen Jahre des ‚Emirats‘ der Jehadis in den 1990er Jahren erneut zu erleben“.<sup>3</sup> Sowohl die Taliban wie auch die Taliban-Opposition der Nordallianz werden von RAWA als Kriminelle beschrieben, die statt Nahrung und Häuser zwei Jahrzehnte lang der afghanischen Bevölkerung nur Gewehrkugeln und Gräber bereithielten. Keiner davon sollte Afghanistan regieren (ebd.).

Die Nordallianz-Vertreter wurden hoch aufgerüstet und zu verbündeten Bodentruppen während der ersten Invasionswochen gemacht. In der Folge dominierten die Vertreter der Nordallianz Ende November 2001 die Verhandlungen zur Bildung der Übergangsregierung und zur Festlegung der Schritte im Staatsaufbau. Zu diesem Zeitpunkt kontrollierte die Nordallianz bereits die Hauptstadt Kabul und spielte ihre Macht mit positiver Resonanz der USA und weiterer westlicher Beteiligter aus. Sie setzten durch, dass angereiste Vertreter der Menschenrechtsarbeit und der feministischen Organisation RAWA<sup>4</sup> vom Gipfeltreffen auf dem Petersberg bei Bonn wieder ausgeschlossen wurden. Nordallianzfürer bekamen die Mehrzahl aller Ministerien und alle Schlüsselpositionen zugesprochen. Eine Entwaffnung wurde nicht vereinbart und das in solchen Abkommen übliche und bereits vorformulierte Verbot eines generellen Amnestiegesetzes für schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde auf Druck der Nordallianz herausgestrichen.

Eine Demonstration von Frauen in Kabul hatte zuvor den UN-Vertretern, die dieses Gipfeltreffen in Afghanistan vorbereiteten und dabei jedoch nur die Stimmen von Männern einholten, eine Resolution mit ihren Forderungen überreichen wollen. Doch diese Demonstration wurde von den Milizen der Nordallianz gewaltsam auseinandergetrieben. Die UN-Vertreter unternahmen auch in den Tagen nach der gescheiterten Resolutionsübergabe keine Versuche, die Erklärung der Frauen zu erhalten. In dieser entscheidenden ersten Phase, wo bereits grundlegende Rahmenbedingungen festge-



schrieben wurden, wurden weder die politischen Analysen der Frauenorganisation RAWA ernst genommen noch den Stimmen der Frauen eine Chance gegeben, in die Entscheidungen für die Schritte zum Neuaufbau des Landes einzugehen. RAWA verfügte zu diesem Zeitpunkt über eine 24-jährige Organisationserfahrung mit umfassenden Strukturen und Rückhalt in der Bevölkerung. Stattdessen wurden Feinde der Frauenrechte, Kriegsverbrecher und Anti-Demokraten zu den Protagonisten des Demokatieaufbaus gemacht. Diese hatten fortan viel Geld und Einfluss. Da keine Entwaffnung der Milizen stattfand und keine Maßnahmen zur Verhinderung der Kandidatur von Kriegsverbrechern geschaffen wurden, konnten diese schnell umfassende Regionalkontrolle und Abhängigkeitsstrukturen aufbauen, um so auch die verfassungsgebende Versammlung zu dominieren und um langfristig ihre politischen Ämter zu sichern. Die Frauenrechtlerinnen von RAWA konnten fortan erneut, wie zuvor die meiste Zeit seit dem Bestehen dieser Organisation, nur verdeckt im Untergrund arbeiten. Gerade weil sie sich für Frauenrechte und Demokratie einsetzen, stellten die Frauen von RAWA ein rotes Tuch für die neue Regierung dar.<sup>5</sup> Ihr Leben war bedroht, denn sie nannten die Kriegsverbrecher in der Regierung beim Namen.

RAWA wie auch weitere afghanische basispolitische Organisationen wiesen immer wieder darauf hin, dass weder Demokratie noch die Befreiung von Frauen aus Unterdrückungsverhältnissen extern intervenierend implementiert oder „geschenkt“ werden können. Stattdessen müssen diese von der organisierten Gesellschaft selbst, von den organisierten Frauen im Land, in einem langen Prozess erkämpft werden. Die militärische

Intervention wurde als kolonial, imperial, menschenverachtend und anti-demokratisch zurückgewiesen. Die Frauen hingegen, die in den zwei Jahrzehnten der Intervention als Ansprechpersonen für internationale Organisationen und die Interventionsstaaten zur Verfügung standen, um das Bild eines gelingenden Staatsaufbaus zu bekräftigen, wurden von afghanischen Frauenrechtlerinnen wie Malalai Joya als „Vorzeigedamen“ und von der Organisation RAWA als „dolloed-up showpiece women“ bezeichnet, die sich nicht für die Probleme der Mehrheit der afghanischen Frauen interessieren und diese auch nicht repräsentieren. „Sie verstecken sich hinter ihren Karrieren und Privilegien und reden nicht mit den Opfern von Gewalt und brutaler Unterdrückung, die außerhalb der bewachten Villenviertel keine Rechte haben“.<sup>6</sup>

### **Geschichte demokratischer und feministischer Organisation in Afghanistan**

Es wäre möglich auch weiter zurückzugehen in der Geschichte Afghanistans, doch sehr direkte Bezüge zum Verständnis der aktuellen Situation liegen in den letzten etwas mehr als 50 Jahren. In Afghanistan gab es wie in vielen anderen Teilen der Welt eine starke, freiheitliche 1968er-Bewegung. Studierendenstreiks setzten Mitbestimmung an den Universitäten durch und bewirkten eine Neubesetzung des Bildungsministeriums und der Leitung der Kabuler Universität. Es wurden intensive politische Debatten geführt, Kämpfe der Arbeiter:innen und Bäuer:innen unterstützt und zahlreiche linke Gruppen und Organisationen gegründet. Mädchen und Frauen verwirklichten Frei-

heiten in ihrem Alltag, gingen im Minirock zur Hochschule oder trugen enge Jeans, spielten Basketball, gingen in Kinos, ins Theater, auf Partys und Rockfestivals. Frauen qualifizierten sich durch ein Universitätsstudium und gingen in alle Berufe. Zunehmend setzten sie sich explizit für Frauenrechte ein und organisierten Demonstrationen zum 8. März sowie gegen den Versuch, das Auslandsstudium für Frauen zu unterbinden.

Um sich nicht in männerdominierte revolutionärsozialistische Organisationen einfügen zu müssen, gründeten im Jahr 1977 junge Frauen eine unabhängige, revolutionäre Frauenorganisation, die Revolutionary Association of Women of Afghanistan – RAWA – als eigenständige Organisation, die Frauenrechte an die erste Stelle stellt. RAWA hat heute eine 44-jährige Geschichte und konnte trotz beinahe permanenter Notwendigkeit, sich verdeckt zu organisieren, weitreichende Strukturen aufbauen, die Schulen, Alphabetisierungs- und Bildungsprogramme, Waisenhäuser, Nothilfe, zeitweilig ein Krankenhaus, eine Zeitung, Wirtschaftskooperativen, internationale Außendiplomatie und Medienarbeit umfassen. Bildungsarbeit wird von RAWA als revolutionäre Methode auf dem Weg zur Frauenbefreiung und umfassenden Gesellschaftsveränderung verstanden. Denn nicht eine Machtübernahme oder Regierungswechsel könnten das Ziel sein, die Veränderungen können nicht von oben gesteuert stattfinden, sondern müssen von der gesellschaftlichen Basis getragen werden.

Die Gründerinnen von RAWA hatten bereits aus den Auseinandersetzungen während der bewegten Zeit der Studierendenkämpfe Ende 1960er/Anfang 1970er viel Erfahrung mit islamistischen Gruppen. Letztere konstituierten sich vor allem als Reaktion auf die linken, feministischen und insgesamt freiheitlichen Entwicklungen und ihr Anliegen war es, diese ideologisch und gewaltvoll, beispielsweise durch Säureangriffe auf Studentinnen, zurückzudrängen. Als nach der militärischen Intervention durch die Sowjetunion ab Ende 1979 die USA ein geheimes CIA-Programm zur massiven Aufrüstung und Finanzierung der islamistischen Gruppen, insbesondere auch der reaktionärsten und frauenfeindlichsten Organisationen, starteten, warnte RAWA auf einer Europareise vor den Folgen. RAWA verdeutlichte, dass eine Unterstützung des Westens für die islamistischen Organisationen anstatt der demokratischen Opposition eine Bedrohung für Frauenrechte und Menschenrechte bedeutet. Es werde ein Problem für die Menschen und speziell für die Frauen Afghanistans geschaffen.

Unter allen repressiven und kriegerischen Herrschaftsphasen – der sowjetischen Besatzung, der „Zeit der Jihadis“ von 1992 bis 1996, also die Phase der äußerst brutal und gewaltvoll geführten Machtkämpfe

zwischen den verschiedenen, westlich finanzierten Mujaheddin-Milizen um die Kontrolle von Kabul nach dem Rückzug der Sowjetunion, und schließlich der Talibanherrschaft von 1996 bis 2001 – gelang es demokratischen und feministischen Organisationen Widerstand, Lebens- und Bildungsräume zu gestalten.

### **(Kein) Frieden mit den Taliban**

„Eines muss man sich vor Augen halten: Wenn sie mit den Taliban in Afghanistan Frieden schließen, wirst du niemals Frieden erleben.“ So äußerte sich Weeda Ahmad, die Direktorin der Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in einem Interview im Juli 2010 in Kabul.<sup>7</sup> Frieden kann nicht ohne die Aushandlung von Gerechtigkeit für die Opfer der Verbrechen hergestellt werden; Kriegsverbrecher dürfen keine Regierungsämter erhalten. Das gilt für die Verbrechen aus allen Phasen der afghanischen Geschichte.

Doch nachdem ein Aktionsplan für Transitional Justice (TJ) zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen auf der Basis einer umfangreichen Bevölkerungsbefragung der Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC) entwickelt und 2006 beschlossen worden war, wurde mit großer Schnelligkeit durch die Kriegsverbrecher in der Regierung ein allgemeines Amnestiegesetz initiiert, durch alle Gremien gebracht und beschlossen – obwohl ein solches Gesetz mit internationalem Recht nicht vereinbar ist. Der TJ-Aktionsplan hatte unter anderem auch die Strafverfolgung vorgesehen. Beinahe keine der Maßnahmen des Aktionsplans wurden umgesetzt und die Veröffentlichung eines 900-seitigen Berichts der Menschenrechtskommission zur Dokumentation von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen wurde durch die Regierung unterbunden. International wurde die Unrechtmäßigkeit des ab 2009 gültigen Amnestiegesetzes innerhalb des gesteuerten Staatsaufbaus nicht thematisiert. Ganz im Gegenteil wurde das Amnestiegesetz, das ohne zeitliche Befristung Straffreiheit zusicherte, zur Grundlage für die sogenannten Friedensverhandlungen mit den Taliban und anderen außerhalb des Staates agierenden Gewaltakteuren in Afghanistan.

Seit etwa 2010 wurde international offiziell an der Integration der Taliban in politische Machtpositionen im afghanischen Staat gearbeitet. Als im Juni 2010 der erste Versuch einer offiziellen Friedensverhandlung zur Integration der Taliban und weiterer Gruppen stattfand, wurden die Taliban vom afghanischen Präsidenten Karzai als „unzufriedene Brüder“ zur Teilnahme an der Regierungsmacht eingeladen. Um die Taliban an den Verhandlungstisch zu bringen, wurden seither immer wieder zahlreiche, umfangreiche Zugeständnisse gemacht: Hunderte inhaftierte Taliban wurden 2010/11

aus der Haft entlassen, Namen von führenden Taliban wurden von UN-Listen gesuchter Terroristen gestrichen und damit auch deren Konten wieder freigegeben. In Doha wurde eine offizielle Vertretung der Taliban mit Büroräumen ermöglicht, einschließlich Finanzierung und Reisemöglichkeiten.

Ein Reintegrationsprogramm, das beschlossen wurde, versprach neben Amnestie für Verbrechen auch Jobs, Bildungsmöglichkeiten, Pensionen und Land – Dinge, die für die meisten Afghan:innen unerreichbar waren. Zahlreiche Taliban wurden in Polizei, Militär und Verwaltung integriert, Ranghöheren wurden Regierungsämter angeboten. Es war ein schleichender Prozess der Integration der Taliban. Beispielsweise wurde schon 2006 Abdul Hakim Munib, ein früherer Taliban-Vizeminister, zum Gouverneur von Uruzgan ernannt. Ab 2009 wurde Munib Vizeminister für Religionsangelegenheiten. Der seit 2010 die Gespräche für „Frieden und Versöhnung“ leitende Hohe Friedensrat wurde neben anderen kriegserfahrenen Islamisten, Verbrechen und Frauenfeinden verschiedener Facetten auch mit bereits in den Staat integrierten Taliban besetzt.



Die Taliban nutzten die zugesicherte Straffreiheit, um ihre militärische Macht und ihren Einfluss immer weiter auszuweiten. Die Anschlagaktivitäten wurden massiv ausgeweitet. Die Taliban töteten tausende Zivilist:innen wie auch Staatsvertreter:innen, eroberten weitere Gebiete und richteten Andersdenkende hin. Mit zunehmender militärischer Macht setzten sie die Bedingungen für ihre politische Integration immer höher. Schließlich vereinbarten sie in Verhandlungen mit den USA im Februar 2020 den vollständigen Abzug des US-Militärs und die Freilassung von 5.000 Taliban-Gefangenen. Unter diesen Bedingungen haben die Taliban keine weiteren Verhandlungen mit der Regierung Afghanistans abgewartet, sondern sich die ganze Macht über das Land angeeignet. RAWA beschreibt das Verhältnis der Interventionsstaaten zu den Taliban als das zu einem schwierigen Familienmitglied, das wieder neu geordnet werden muss.<sup>8</sup> Die brutalen Taliban seien in den letzten 10 Jahren mit einem Zuckerüberzug versehen worden,<sup>9</sup> deren Mentalität ist jedoch die gleiche geblieben: frauenverachtend, unmenschlich, barbarisch, reaktionär, anti-demokratisch und gegen fortschrittliches Denken gerichtet. Die Taliban sollten demnach

nie als Feinde vernichtet werden, weil sie eine Kreation der USA sind (ebd.). Mahmouda, Aktivistin aus Afghanistan, empört sich in einem Interview darüber, dass alle Länder nun bereitwillig und eifrig die Taliban zu Verhandlungen einladen: „Erste Länder haben sich bereits zu freundlichen Beziehungen mit den Taliban bereiterklärt“.<sup>10</sup>

Es gab in den letzten 10 Jahren in Afghanistan regelmäßig Proteste dagegen, dass den Taliban im Zuge des Verhandlungsprozesses zahlreiche Zugeständnisse gemacht, sie verharmlost und gestärkt wurden. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisation kritisiert, dass der eingeschlagene Friedens- und Versöhnungsprozess am Willen der Bevölkerung vorbei handelt und diese auch nicht einbezieht. Nach der Bekanntgabe der Entlassung von mehr als 5.000 Taliban-Gefangenen demonstrierten Menschen in Kabul im März 2020 auf einer Kundgebung der Solidaritätspartei Afghanistan. Die Solidaritätspartei arbeitet als außerparlamentarische Organisation, die eine basispolitische, demokratische, Frauenrechte stärkenden Bewegung über alle ethnischen und anderen Spaltungen hinweg organisiert.

Der Friedensprozess ist eines von vielen möglichen Beispielen, die zeigen, wie die 20 Jahre Afghanistan-Intervention eine Demokratie verhindert und reaktionärste Islamisten und Frauenfeinde mit Macht und Einfluss versehen haben. Das Land Ende August 2021 mit dem Abzug des internationalen Militärs den Taliban zu überlassen, war keine Wendung der Entwicklungsprozesse der letzten 20 Jahre, sondern deren logische Konsequenz.

### **Das System loswerden, das uns vernichtet**

Es ist wichtig, Afghanistan nun nicht alleinig als einen Ort zu betrachten, von dem nur noch geflohen werden kann – so wichtig wie es ist, sich für sichere Fluchtwege einzusetzen. In Afghanistan finden weiter sozialen Bewegungen für gesellschaftliche Veränderungen und Frauenorganisationen statt – „mit intelligenten Wegen, um sicher zu bleiben“ wie eine RAWA-Sprecherin im August 2021 sagte – und diese brauchen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Nicht erst jetzt nach der Machtübernahme der Taliban sind es vor allem die Frauen, die die Entschlossenheit und den Mut aufbringen für Protest auf der Straße. In der ersten Nacht nach der Machtübernahme durch die Taliban schrieben Frauen in großen Graffiti ihren Anti-Taliban-Protest an Wände. Zwei Tage nach dem Abzug des internationalen Militärs demonstrierten Frauen in Herat, am Tag darauf in Kabul. Es folgten weitere Frauenproteste in Masar-e Scharif und anderen afghanischen Städten. Sie erklärten, dass sie nicht stillsitzen werden, wie die Taliban es von ihnen wollen und einen Ausschluss aus Bildung, Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaftsleben und dem öffentlichen Raum nicht hinnehmen werden. Bei den Demonstrationen rufen die Frauen mutig und selbstbewusst: „Lange leben die Frauen Afghanistans“ und „Ich werde Freiheit singen, immer und immer wieder“, auf einem Plakat steht „Ein Kabinett ohne Frauen ist ein Verlierer, ein Verlierer.“

In Italien demonstrierten Ende September tausende Frauen, um zu zeigen, dass sie ihre afghanischen Schwestern nicht allein und im Stich lassen, #Nonlasciamolesole. Sie forderten von der UN eine ständige Überwachung der Frauenrechte in Afghanistan. Auch die kurdische Frauenbewegung hat ihre Verbundenheit mit den Frauen Afghanistans ausgedrückt. Die Dachorganisation der Kurdischen Frauen KJK (Gemeinschaften der Frauen Kurdistans) ruft anlässlich des Rückzugs der USA aus Afghanistan, mit dem diese das Land den Taliban überlassen haben, alle Frauen auf, „sich mit unseren Schwestern in Afghanistan zu solidarisieren, ihre Stimme zu erheben und deren Leben, Errungenschaften und Träume zu verteidigen“.<sup>11</sup>

In ihren jeweiligen Kämpfen gegen radikal-islamistische Organisationen beziehen sich die kurdischen und afghanischen Frauen seit einigen Jahren aufeinander.

Eine Sprecherin von RAWA im September 2021:

„Wir verlassen uns nicht auf die Regierungen, wir verlassen uns nicht auf Gremien wie die Vereinten Nationen, die immer – direkt oder indirekt – die fundamentalistischen Regime unterstützt haben, aber wir verlassen uns unbedingt auf die Menschen, die den Krieg ablehnen. Auch heute brauchen wir diese Solidarität in der ganzen Welt. Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben.“<sup>12</sup>

### **Anmerkungen**

- 1 RAWA: Testimony of Tahmeena Faryal representative of RAWA before the Subcommittee of the US House of International Operations and Human Rights on the hearing Afghan People vs. The Taliban: The Struggle for Freedom Intensifies, [www.rawa.org/testiomny.htm](http://www.rawa.org/testiomny.htm) (31.10.2001).
- 2 RAWA/Kolhatkar, Sonali: RAWA Responds to the Taliban Takeover. Interview, Afghan Women's Mission News, [www.afghanwomensmission.org](http://www.afghanwomensmission.org) (20.8.2021).
- 3 RAWA, 31.10.2001.
- 4 Eine politische Analystin der RAND National Security Research Division (NSRD), Cheryl Benard, hatte RAWA im Jahr 2001 als fähig für die Regierung und den Aufbau Afghanistans eingeschätzt (Benard/Schlaffer, 25.11.2001).
- 5 Schahla: „Auch in der heutigen Regierung sitzen Kriegsverbrecher“. Interview mit Schahla von RAWA, Neue Luzerner Zeitung (25.5.2002).
- 6 Joya, Malalai: Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan. München 2009, S. 238.
- 7 Exo, Mechthild: Das übergangene Wissen - eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan. Bielefeld 2017, S. 148.
- 8 RAWA: Peace with Criminals, War with People! [www.rawa.org](http://www.rawa.org) (1.6.2010).
- 9 RAWA/Kolhatkar, Sonali: RAWA Responds to the Taliban Takeover, [www.afghanwomensmission.org/](http://www.afghanwomensmission.org/) (20.8.2021).
- 10 Afghanische Aktivistin: Für uns ist noch nicht alles vorbei, [ANF](http://ANF) (21.8.2021).
- 11 Besê Erzincan: Keine Erwartungen an die USA, [ANF](http://ANF) (2.9.2021).
- 12 Rawi/ Wardak, Madina/ Alizada, Sonita: Afghan Women Are Doing What They've Always Done: Resist, [novaramedia.com](http://novaramedia.com) (8.9.2021), Übersetzung: M.E.

# Afghanistan und das Recht auf Bewegungsfreiheit

Flucht aus Afghanistan bleibt politisch ungewollt

von Jacqueline Andres

Die letzten 40 Jahre tobte Krieg in Afghanistan. Nach der Invasion durch die Sowjetunion im Jahr 1979 flohen Millionen Menschen aus dem Land – die meisten von ihnen in die benachbarten Staaten Pakistan und Iran. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen kehrten viele zurück, doch als der Bürgerkrieg im Jahr 1992 ausbrach, verließen sie erneut das Land. Nach Angaben des UNHCRs leben bis heute rund 90% der rund 5 Millionen afghanischen Geflüchteten in Pakistan und Iran.<sup>1</sup> Innerhalb des Landes leben mehr als 3,5 Millionen Binnengeflüchtete – ein Großteil der Bevölkerung musste im Laufe seines Lebens schon einmal alles hinter sich lassen und fliehen. Diese langwierigen Fluchtbewegungen gerieten ganz in den Hintergrund, als die Bilder von den Menschen am Kabuler Flughafen, die sich verzweifelt an abhebbende Flugzeuge klammerten, über zahlreiche Fernsehbildschirme flimmerten.

## Die Inszenierung

In einer gemeinsamen Erklärung versicherten u.a. die abschottungswütigen Regierungen der BRD, Ungarns, Griechenlands, der Türkei und der USA: „Afghanen und internationale Bürger, die das Land verlassen wollen, müssen dies tun dürfen; Straßen, Flughäfen und Grenzübergänge müssen offen bleiben, und es muss Ruhe herrschen.“<sup>2</sup> Außerdem sicherten sie den Menschen aus Afghanistan ihre Unterstützung zu: „Das afghanische Volk hat ein Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Wir in der internationalen Gemeinschaft sind bereit, sie dabei zu unterstützen.“<sup>3</sup> Wohlklingende Operationen und Maßnahmen wurden ins Leben gerufen, um Menschen aus Afghanistan vor den Taliban zu evakuieren. Zahlreiche Regierungen, deren Soldat\*innen in Afghanistan selbst Kriegsverbrechen begangen haben, spielten sich im Rahmen der Evakuierungen zumindest rhetorisch als Held\*innen der Stunde auf. In Großbritannien lief die Evakuie-

rung unter dem vielversprechenden Namen „Operation Warm Welcome“. Nicht miteinbezogen waren Afghan\*innen, die ihr Leben riskieren, indem sie sich in Calais an fahrende LKWs hängen, um nach Großbritannien zu kommen. Doch so warm ist es in Großbritannien auch für die Ortskräfte aus Kabul nicht. Im November 2021 fehlen bislang immer noch langfristige Unterbringungsmöglichkeiten für rund 7.000 Menschen, die in ca. 80 Hotels ausharren – Regierungsbeamte gehen davon aus, dass diese Situation noch ein ganzes Jahr andauern kann.<sup>4</sup> Vor einigen dieser Hotels demonstrieren immer wieder rassistische Gruppen, wie Britain First.<sup>5</sup>

In den VAE fotografierte die Happiness Patrol, eine Polizeieinheit der Abu Dhabi Polizei, medienwirksam eine afghanische Familie mit Geschenk Taschen vor einem bunten Streifenwagen der Happiness Patrol mit dem unverkennbaren gelben Smiley im hinteren Türfenster, nachdem ihnen die Stadt und die Sehenswürdigkeiten gezeigt wurden.<sup>6</sup> Dabei handelt es sich um Afghan\*innen, die von US-Truppen aus Kabul in die VAE gebracht wurden und hier auf ihre Weiterreise in die USA warten.

Doch die punktuellen Mühen und Aufnahmeprogramme täuschen nicht darüber hinweg, dass die Aufnahme und die Ablehnung von Migration mittlerweile einen festen Bestandteil der Außenpolitik zahlreicher Staaten bildet – denn der politische Wille, people on the move aufzunehmen, schwindet nicht nur in der EU.

In den Hintergrund traten bei der Evakuierung all jene Menschen, die nicht mit dem Militär gearbeitet haben – Menschenrechtsaktivist\*innen, Journalist\*innen und auch diejenigen, die sich seit Jahren auf der Flucht befinden und immer noch im Limbo leben. Erst im April 2021 demonstrierten mehr als 1.000 Afghan\*innen in Indonesien gegen die steigenden Suizide in ihrer Community und forderten Australien und weitere Staaten auf, sie nach jahrelangem Warten endlich aufzunehmen. In Indonesien dürfen sie nicht arbeiten und wenn

sie versuchen, mit Booten Richtung Australien aufzubrechen, erwartet sie dort die militärische Operation Souveräne Grenzen, die Boote zur Umkehr zwingt.<sup>7</sup> Ähnlich sieht es mit Afghan\*innen auf den griechischen Inseln oder auch in den selbstgemachten Camps in Bosnien oder bei Calais aus. Im Vordergrund standen bei der Evakuierung die „Ortskräfte“. Unter den evakuierten Mitarbeitern der Streitkräfte, der Geheimdienste und Polizeistrukturen der NATO-Mitgliedstaaten befanden sich abgesehen von Übersetzer\*innen laut Emran Feroz auch Mitglieder der durch die CIA ausgebildeten und geleiteten Khost Protection Force (KPF) oder der Spezialeinheit 01, die beide in Menschenrechtsverletzungen involviert waren.<sup>8</sup> Doch selbst diese ehemaligen Ortskräfte der westlichen „Sicherheitskräfte“ stehen vor bürokratischen Herausforderungen, die sich aus dem seit Jahrzehnten andauernden Abbau der Asylrechte innerhalb der USA und der EU ergeben.

## Die Mauern

Abgesehen von den Mauern um den Kabuler Flughafen, hielten zum Zeitpunkt der Evakuierung zahlreiche weitere Mauern die Menschen aus Afghanistan von ihrem Ziel ab, eine sichere Zukunft zu finden. Direkt an der mehr als 2.600 km langen Grenze zu Pakistan verläuft seit 2017 eine von Pakistan errichtete Grenzanlage – im Juli 2021 waren bereits 90% der Bauarbeiten verrichtet.<sup>9</sup> Ebenfalls 2017 begann die türkische Regierung, die rund 500 km lange Grenze zum Iran mit einer Mauer zu versehen. Diese besteht „aus sieben Tonnen schweren, drei Meter hohen und zwei Meter dicken Betonblöcken mit Stacheldraht und einem vier Meter tiefen Graben“<sup>10</sup> sowie zahlreichen Überwachungstürmen mit Kameras und Drohnenüberwachung. In Anbetracht des Truppenabzugs aus Afghanistan und dem herbeibeschworenen doch bislang ausbleibenden Anstieg der Geflüchteten aus Afghanistan beschleunigte die türkische Regierung im Juli 2021 die Bauarbeiten.

Auch Griechenland beschloss 2020 einen Grenzzaun zu bauen – 5 Meter hoch und 27 km lang trennt er Griechenland von der Türkei. Ausgestattet ist die Grenzanlage u.a. mit Infrarotkameras, Drohnen und Schallkanonen (Long Range Acoustic Devices).<sup>11</sup> Nach dem Truppenabzug aus Afghanistan schickte die griechische Regierung verstärkt Grenzschützer\*innen in die Region Evros, um deutlich zu machen, dass Geflüchtete aus Afghanistan in Griechenland nicht willkommen sind.<sup>12</sup> Selbst im Norden der EU bauen die Regierungen fleißig Mauern. Litauen errichtet seit Ende Oktober 2021 eine Mauer entlang der 679 km langen Grenze zu Belarus – sie besteht aus 3,4 Meter hohem Stahl,

der mit NATO-Klingendraht und Überwachungskameras versehen ist. Zuvor hatte Litauen – sowie Polen und Lettland – bereits Absperrungen aus dem scharfen NATO-Draht an ihren Grenzen zu Belarus ausgerollt. Bis September 2022 soll die Grenzanlage fertig sein und 500 km der Grenze abdecken.<sup>13</sup> Polen plant eine aus fünf Meter hohen Stahlpfählen mit aufgesetzten Stacheldrahtrollen bestehende Mauer. Zudem soll die Grenzanlage mit Bewegungssensoren sowie Tag- und Nachtsichtkameras ausgestattet sein. Die Bauarbeiten sollen zügig bis zum Sommer 2022 abgeschlossen werden.<sup>14</sup> Der Ruf nach Mauern wird lauter: Im Oktober 2021 wandten sich die Innenminister\*innen von 12 EU-Mitgliedsstaaten an die EU-Kommission, um die Finanzierung von Grenzzäunen zu fordern. Zu ihnen zählten u.a. die Vertreter\*innen aus Bulgarien, Dänemark, Griechenland, Litauen, Polen, Österreich und Ungarn.<sup>15</sup> Bislang weist die EU-Kommission diese Forderung zurück.

## Die Pushbacks und die Abschiebungen

Aktuell dürften die Pushbacks zwischen Belarus und Polen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen – wie politische Spielbälle werden sie der jeweils anderen Seite zugeworfen. Bisher endete der Versuch, über die polnische Grenze zu kommen, für mindestens acht Menschen tödlich. Doch Menschen aus Afghanistan erfahren das brutale Zurückdrängen über die Landesgrenze an vielen Orten. Laut der IOM schoben iranische Behörden zwischen August und September 2021 rund 58.000 Menschen nach Afghanistan ab. Berichte von menschenrechtsverletzenden Pushbacks aus Bulgarien, Kroatien und Griechenland mehren sich.<sup>16</sup> Human Rights Watch berichtet über das brutale Vorgehen der türkischen Behörden bei den Push-Backs in den Iran. In dem Entwurf zum Aktionsplan für Afghanistan, der der britischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch zugespielt wurde, zeigt sich, dass die EU an ihrem Prinzip der Abschottung, Grenzvorderverlagerung und Abschiebung festhält. Demnach betont die EU-Kommission, dass zurzeit zwar ein EU-„Rücknahmeabkommen“ mit Afghanistan ausgesetzt wird, aber legale Abschiebungen von Afghan\*innen in Drittstaaten weiterhin als Option bestehen. Außerdem beabsichtigt die Kommission, einen Frontex-Verbindungsoffizier nach Pakistan mit einem Mandat für Afghanistan zu schicken und sich in Bezug auf Migration mehr in der Region einzubringen. Geplant ist das Silk Routes' Countries Integrated Border Management Projekt oder auch das BOMCA (Border Management in Central Asia and Afghanistan), an deren Aktivitäten sich auch Frontex beteiligen darf.<sup>17</sup>

## Der Weg ins Desaster

Die humanitäre Lage in Afghanistan ist katastrophal. Nach Berichten der UN-Agentur OCHA stieg die Zahl der an Hunger leidenden Menschen im Vergleich zum Vorjahr um 30%. Im Oktober 2021 hungerten fast 19 Millionen Menschen und damit die Hälfte der Bevölkerung.<sup>18</sup> Die Aussichten sind düster und so betont der Direktor des Welternährungsprogramms: „In diesem Winter werden Millionen von Afghanen gezwungen sein, zwischen Migration und Hunger zu wählen [...], der Countdown zur Katastrophe läuft“.<sup>19</sup> Zu den Hauptursachen dieser Hungerkatastrophe zählen die seit vierzig Jahren währenden Kampfhandlungen, die anhaltende Dürre, die zusammenbrechende Wirtschaft und die von den USA eingefrorenen Devisenreserven der afghanischen Zentralbank in Höhe von rund 9 Milliarden Dollar. Dadurch können Gehälter nicht gezahlt werden, die Arbeitslosigkeit schnellst empor. Die Preise für die Grundnahrungsmittel sind seit dem Abzug der NATO-Kriegstruppen um 30% gestiegen. Laut dem UN-Entwicklungsprogramm könnten bereits Mitte 2022 ganze 97% der insgesamt 38 Millionen Afghan\*innen unter die Armutsgrenze fallen – also fast die gesamte Bevölkerung.<sup>20</sup>

Nach dem Abzug der NATO-Militärtruppen standen in der westlichen Öffentlichkeit die Folgen einer Regierung der Taliban für die Menschen- und Frauenrechte im Vordergrund. Doch z.B. der Zugang zu Bildung wird nicht nur durch die Taliban erschwert – die dürrebedingten Ernteausfälle zwangen zahlreiche Familien dazu, ihre Töchter (und Söhne) aus den Schulen zu nehmen. Hinzu kommt, dass die Gehälter der rund 220.000 Lehrer\*innen und der Betrieb der Schulen in Höhe von jährlich rund 800 Millionen US-Dollar durch ausländische Gelder finanziert werden. Jetzt steht die Bildung der etwa sieben Millionen Schüler\*innen auf dem Spiel. Die bittere Armut, die sich rasant ausbreitet, treibt zudem die Verlobung und Verheiratung von minderjährigen Mädchen voran.<sup>21</sup> Bedenkt man die afghanischen Frauen und Mädchen auf der Flucht, so ist auch ihre Bildung und ihre körperliche Unversehrtheit alles andere als garantiert.

Die Lehren aus dem Krieg in Afghanistan sollten sein, dass wir uns gegen Kriege und anti-muslimischen Rassismus stellen müssen und immer wieder betonen, dass Kriege keinen Terrorismus bekämpfen, sondern ihn schaffen – wir brauchen Respekt und Solidarität zwischen den Menschen, ganz gleich woher sie kommen. Die Mauern müssen fallen und Brücken entstehen – angesichts der anrollenden Hungerkatastrophe muss es Menschen möglich sein, zu fliehen. Doch aktuell sieht es so aus, als würde die EU Afghanistan sehenden Auges weiter in das humanitäre Desaster schlittern lassen.

## Anmerkungen

- 1 Sanaa Alimia: Die Taliban sind wieder an der Macht: Was bedeutet das für Fluchtbewegungen innerhalb und außerhalb Afghanistans?, [boell.de](https://boell.de), 27.8.2021.
- 2 U.S. Department of State: Joint Statement on Afghanistan, [state.gov](https://state.gov), 15.8.2021.
- 3 Ebd.
- 4 Amelia Gentlemen und Helen Pidd: Afghan refugees may be housed in UK hotels for up to a year, say council, [theguardian.com](https://theguardian.com), 21.10.2021.
- 5 Diane Taylor: Far-right groups in UK target hotels housing Afghan refugees, [theguardian.com](https://theguardian.com), 25.10.2021.
- 6 Abu Dhabi Police give Afghan evacuee family a tour of the city, [khaleejtimes.com](https://khaleejtimes.com), 13.10.2021.
- 7 Kawoon Khamoosh: The ‘forgotten’ Afghan refugees taking their own lives, [bbc.com](https://bbc.com), 29.4.2021.
- 8 Emran Feroz: A Notorious CIA-Armed Militia Finds a Home in the U.S., [prospect.org](https://prospect.org), 3.11.2021.
- 9 Pakistan army completes 90% fencing work along Afghan border, [independent.co.uk](https://independent.co.uk), 3.8.2021.
- 10 Florian Rötzer: Gegen Flüchtlinge aus Afghanistan. Türkei baut Mauer zum Iran, [heise.de](https://heise.de), 20.8.2021.
- 11 Tobias Zick: 27 Kilometer Stahlmauer zur Türkei, [sueddeutsche.de](https://sueddeutsche.de), 7.6.2021.
- 12 Greece to bolster border with Turkey over Afghanistan migration fears, [euronews.com](https://euronews.com), 11.10.2021.
- 13 Lithuania starts building wall on eastern EU border, [infomigrants.net](https://infomigrants.net), 5.11.2021.
- 14 Wie Polen seine Grenze zu Belarus befestigen will, [spiegel.de](https://spiegel.de), 4.11.2021.
- 15 Monir Ghaedi: Europe should pay for walls against migrants, say ministers, [infomigrants.net](https://infomigrants.net), 8.10.2021.
- 16 Afghanistan. Few routes to safety for Afghans at risk of Taliban reprisals, [amnesty.org](https://amnesty.org), 20.10.2021.
- 17 EU. Tracking the Pact: Migration action plans on Afghanistan, Bosnia and Herzegovina, Iraq and Nigeria, [state-watch.org](https://state-watch.org), 4.11.2021.
- 18 Afghanistan IPC Acute Food Insecurity Analysis: September 2021 - March 2022 (Issued in October 2021, [reliefweb.int](https://reliefweb.int), 25.10.2021.
- 19 Stefanie Glinski: ‘Countdown to catastrophe’: half of Afghans face hunger this winter – UN, [theguardian.com](https://theguardian.com), 25.10.2021.
- 20 Agnes Tandler: Afghanistan unter der Armutsgrenze, [migazin.de](https://migazin.de), 14.9.2021.
- 21 Ebd.

# Alltag „Kampfeinsatz“

## Afghanistan und die deutsche Außenpolitik

von Martin Kirsch

Das Bild vom Krieg, das in Deutschland lange vorherrschte, war das Bild vom Zweiten Weltkrieg. Eine traumatische Erfahrung aus Nationalsozialismus, Massenmobilisierung, Siegessicherheit, Stalingrad, Bombardierung der Städte, Hunger und Niederlage. Der Kalte Krieg erweiterte diese Schrecken noch um die Option eines Atomkrieges mit dem Potenzial, alles Leben auf der Erdoberfläche zu vernichten. Der Krieg blieb ein kollektives Trauma. Die Bundeswehr wurde gegen massiven Widerstand aus der Bevölkerung aufgestellt und diente der Vorbereitung auf einen Krieg, von dem alle hofften, dass er nicht eintreten würde. Das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens zerfiel 1990 mit der Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion, die noch bis 1989 an ihrer Südgrenze in Afghanistan einen blutigen Krieg geführt hatte. Währenddessen blieb der Schrecken des Krieges aber bestehen: Die NATO unter Führung der USA konnte plötzlich in ferne Regionen in den Krieg ziehen – begrenzt nur von der Größe der Streitkräfte und der Zustimmung zu Hause.

In diesem Windschatten begann auch die Bundeswehr in den 1990er Jahren Scheibchen für Scheibchen mehr und mehr Soldat\*innen in immer gefährlichere Missionen an immer weiter entfernte Orte zu schicken. Die deutschen Streitkräfte änderten ihre Rolle von einer diplomatischen Verhandlungsmasse in einem Kalten Krieg, über den Einigkeit herrschte, dass er nicht heiß werden sollte, zu einem Werkzeug einer nach neuer Macht strebenden globalen Außenpolitik. Im März 1999 war es dann so weit. Die deutsche Luftwaffe war Teil einer dreimonatigen Bombenkampagne der NATO gegen Jugoslawien. Deutsche Soldat\*innen zogen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zum Töten in die Welt hinaus. Der Zweite Weltkrieg ist mittlerweile so weit entfernt, dass die Generation der damals jugendlichen Zeitzeugen bald nicht mehr befragt werden kann. Und selbst der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien ist bereits reif für den

Geschichtsunterricht. Heutige Abiturient\*innen haben ihn nicht mehr miterlebt. Der Krieg, der ihr gesamtes Leben begleitete, der NATO-Krieg in Afghanistan, endete im August 2021 mit einem Sieg der Taliban, der erstaunlicherweise aber kaum als tatsächliche Niederlage der NATO verstanden und kommuniziert wird. Das Bild vom Krieg und das Bild vom Soldaten in der jüngeren Hälfte der Bevölkerung ist vom Afghanistankrieg geprägt. Die Art und Weise, wie über Krieg gesprochen wird, die Bedingungen einer regierenden Außenpolitik und die Vorstellungen davon, was Krieg bedeutet und wie sehr er uns als Bewohner\*innen eines Landes, das Soldat\*innen in die Welt schickt, angeht, hängen an diesem Krieg.

### **Scheibchenweise interventionsbereit**

Die Mandatsdebatten im Bundestag, bei denen entschieden wird, ob und unter welchen Bedingungen die Bundeswehr im Ausland aktiv werden darf, sind zur reinen Routine geworden. Das war nicht immer so!

In der Übergangsphase zwischen der schwarz-gelben Regierung unter Kanzler Kohl und dem neuen rot-grünen Bündnis unter Schröder billigte der Bundestag am 16. Oktober 1998 mit einem Mandat für die Bundeswehr die Kriegspläne der NATO gegen Jugoslawien. Der designierte Außenminister Joschka Fischer sagte damals, es handle sich um einen „Notfall, der aber kein Präzedenzfall“ werden dürfe.<sup>1</sup> Ab März 1999 beteiligte sich die deutsche Luftwaffe an der fast drei Monate andauernden Bombenkampagne gegen Jugoslawien. Im Anschluss marschierten Bodentruppen der NATO mit starker Beteiligung der Bundeswehr in den Kosovo ein und besetzten die Region. Es war der erste Angriffskrieg und das erste militärische Besatzungsregime mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg. Innerhalb der Partei der Grünen und in der Bevölkerung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Während diese allmählich abebbten, wurde das

bislang letzte KFOR-Mandat am 24. Juni 2021 im Bundestag verlängert. Die Frage, ob es sich bei der deutschen Beteiligung am Kosovokrieg tatsächlich um einen einmaligen „Notfall“ oder um einen Präzedenzfall handelte, wurde zu Jahresende 2001 entschieden. Am 12. September 2001, einen Tag nach den Anschlägen in New York und Washington, erklärte Kanzler Schröder die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands mit den USA, nahm damit jegliche Entscheidung des Bundestages über mögliche Militäreinsätze vorweg und setzte sich damit selbst unter Zugzwang.

Einen Monat später stand im Bundestag die erste Abstimmung über die Entsendung deutscher Truppen in die US-geführte globale Anti-Terror-Mission Operation Enduring Freedom an. Eine Regierungsmehrheit für Schröder stand allerdings auf der Kippe, weil sich ein Teil der Grünenfraktion an ihre pazifistischen Wurzeln erinnerte, oder diese noch nicht ganz aufgegeben hatte. Da sich Kanzler Schröder aber nicht auf Stimmen der Opposition verlassen wollte, verknüpfte er die Mandatsabstimmung mit der Vertrauensfrage. Die Frage nach der Entsendung der Truppen wurde also untrennbar mit der Frage des künftigen außenpolitischen Kurses und dem Fortbestand der Regierungskoalition verwoben. Die Grünen Abweichler standen vor der Wahl, ihrer Überzeugung gegen den Krieg zu folgen und damit die Partei der Grünen auf unabsehbare Zeit wieder auf die Oppositionsbank zu verbannen, oder als Bedingung der Regierungsbeteiligung dem Entsenden der Truppen zuzustimmen. Sowohl für die Abweichler in der Grünen Partei als auch in der medialen Öffentlichkeit wurde die Frage der erneuten Kriegsbeteiligung von einer drohenden Regierungskrise in den Schatten gestellt. Innerhalb der Abgeordneten der Grünen kam es zu einem Deal. Kriegsmandat und Kanzler bekamen eine Mehrheit. Der Weg für die Bundeswehr war also frei, Spezialkräfte zur Terroristenjagd nach Afghanistan zu schicken und Kriegsschiffe ins Mittelmeer zu entsenden, wo sie sich unter wechselnden Mandaten noch immer befinden.

Kurz nach der Einsetzung einer von der NATO handverlesenen afghanischen Übergangsregierung während der Petersberger Afghanistankonferenz in Bonn stimmte der Bundestag über ein zweites Mandat ab. Die Entscheidung über das ISAF-Mandat fiel am 22. Dezember 2001 in einer Sondersitzung des Bundestages – an einem Samstag zwei Tage vor Weihnachten. Diesmal stand die Regierungsmehrheit nicht zur Debatte, weil die Grünen sich vorher auf eine Zustimmung geeinigt hatten.

Schröder hatte den Machtkampf gewonnen und konnte so mit seinem Außenminister Fischer den interventionistischen Kurs weiter fortsetzen. In diesen Wochen Ende 2001 wurde ein neuer Status quo geschaf-

fen. Der Kosovo-Krieg war keine Ausnahme mehr und die Zustimmung zu Auslandseinsätzen untrennbar mit der Frage der Regierungsbeteiligung verknüpft.

### **Scheibchenweise Realität**

Im Januar 2002 landeten die ersten ISAF-Vorkräfte der Bundeswehr in Kabul. Die Illusion einer behaupteten Friedensmission hielt bis Juni 2003. Bei einem Selbstmordattentat auf einen Bundeswehrbus in der Nähe des Flughafens Kabul wurden vier Bundeswehrangehörige getötet und 31 weitere Soldat\*innen verletzt. Die folgende Eskalation der Kämpfe und die schrittweise Erkenntnis, dass in Afghanistan ein Krieg herrscht, lässt sich beispielhaft am Sprachgebrauch der Verteidigungsminister in den folgenden zehn Jahren ablesen. Verteidigungsminister Peter Struck prägte zur ersten ISAF-Mandatsverlängerung im Dezember 2002 den Satz: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“.<sup>2</sup> Damit sollte die verfassungsrechtliche Frage nach den Grenzen des Einsatzes der Bundeswehr rhetorisch ausgehebelt werden. Unter seiner Ägide verteidigte die Bundeswehr die BRD in Afghanistan allerdings mit einem „Stabilisierungseinsatz“.

Auch Strucks Nachfolger Franz Josef Jung weigerte sich standhaft, das Wort Krieg in den Mund zu nehmen. Mit zunehmenden Anschlägen und Gefechten in Nordafghanistan ab 2007 ließ sich Jung dann dazu hinreißen, von einem „Kampfeinsatz“ zu sprechen. Auch um die Wahrnehmung der Soldat\*innen und das Propagandabild in Deutschland nicht völlig auseinanderdriften zu lassen. In diesem Kampfeinsatz wurden „Verletzte“ dann zu „Verwundeten“. „Ich verneige mich vor den Toten, die für unser Land im Einsatz für den Frieden gefallen sind“,<sup>3</sup> hieß es dann aus Jungs Mund während einer Trauerfeier für zwei getötete Soldaten 2008. So wurden „Getötete“ zu „Gefallenen“.

Und weil es in einem Kampfeinsatz, aus dem „Verwundete“ und „Gefallene“ zurückkommen, auch Ehrungen brauchte, um die jeweils nächsten Kontingente zu motivieren in eben diesen Kampf zu ziehen, stiftete Jung ebenfalls 2008 ein Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold in der Kategorie „besonders herausragende Leistungen, insbesondere hervorragende Einzeltaten unter Gefahr für Leib und Leben“. Hinzu kam als neue höchste Auszeichnung der Bundeswehr ein Ehrenkreuz für Tapferkeit.<sup>4</sup> Nach dem bis heute nicht aufgeklärten Bombardement zweier Tanklaster bei Kundus im September 2009, dem nach Schätzungen bis zu 147 Menschen, in der Mehrzahl Zivilist\*innen, zum Opfer fielen, musste Minister Jung zurücktreten.

Der neue Mann im Verteidigungsministerium wurde Karl Theodor zu Guttenberg. In seine kurze Amts-



zeit fielen die heftigsten Gefechte der Bundeswehr in Afghanistan. Im November 2009 sprach Guttenberg gegenüber der Bild erstmals von „kriegsähnlichen Zuständen“ in Teilen Afghanistans.<sup>5</sup> Von Außenminister Westerwelle folgte die juristische Definition als „bewaffneter Konflikt im Sinne des Humanitären Völkerrechts“<sup>6</sup> und damit als Krieg, der aber weiterhin nicht so genannt wurde. Im April 2010, nach dem sogenannten Karfreitagsgefecht, bei dem im Zuge stundenlangem heftiger Kämpfe drei Bundeswehrosoldaten starben, legte Verteidigungsminister Guttenberg nach. Er sprach im Deutschlandfunk davon, dass er jedes Verständnis dafür habe, „dass man umgangssprachlich auch von Krieg da unten [sic] spricht“.<sup>7</sup>

Jetzt war auch in der Arena der politischen Sprache der Geist aus der Flasche. Es handelte sich bei dem, was in Afghanistan passierte, um einen Krieg und in einem Krieg wurde gekämpft. Um die Soldat\*innen, die direkt an diesen Kämpfen beteiligt waren, zu ehren, stiftete zu Guttenberg eine neue Variante der Einsatzmedaille der Bundeswehr in der Kategorie „Gefecht“. Erstmals verliehen wurde sie an die Hinterbliebenen des Soldaten Sergej Motz, der im April 2009 bei einem solchen Gefecht getötet worden war. Mit der Option, auch lebendig eine solche Gefechtsmedaille zu erringen, zog die Bundeswehr dann von Oktober bis November 2010 in die Operation Halmasag, in der eine Gegend nahe des deutschen Feldlagers in Kundus freigekämpft werden sollte, um dort einen neuen Außenposten zu errichten. Zur Bewertung dieser Kämpfe heißt es auf der Website der Bundeswehr: „Die Operation Halmasag ist die erste von Deutschen geplante und geführte Offensive seit dem Zweiten Weltkrieg“.<sup>8</sup>

Mittlerweile hat Verteidigungsministerin von der Leyen auch den Begriff des Veteranen offiziell eingeführt. Um die Reihe der vor dem Krieg in Afghanistan bewusst gemiedenen militaristischen Sprache zu vervollständigen, fehlt nur noch, dass Soldat\*innen offiziell als Held\*innen geehrt werden. Fragt man Tagesspiegel und Bild, wäre die Evakuierungsmission aus Kabul der richtige Anlass dafür gewesen. Wenn also ein Soldat in Uniform auf dem Bahnsteig interessierten Mitreisenden seine Geschichten aus dem Krieg erzählen kann, worin es um Gefechte mit Gefallenen geht und tapfere Veteranen, die verwundet wurden, mit Orden und Medaillen behängt werden, dann befinden wir uns auf einem Bahnhof in Deutschland der Gegenwart – einer Gegenwart, die nicht nur sprachlich durch den Krieg in Afghanistan mitgeprägt wurde.

### **Scheibchenweise Normalität**

Offensive Kriegsbegeisterung gab es in Deutschland nach 1945 nie. Im Gegensatz zum Kosovokrieg der NATO und dem US-Krieg gegen den Irak blieben Massenmobilisierungen gegen die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan allerdings aus. In den ersten Kriegsjahren, als das Märchen vom friedlichen Stabilisierungseinsatz und der Entwicklungshilfe in Bundeswehruniform noch hielt, sprachen Umfragen sogar von einer mehrheitlichen Zustimmung der Bevölkerung. Das änderte sich ab 2010 – dem Jahr nach dem Bombardement von Kundus und dem Eingeständnis, dass in Afghanistan Krieg herrsche. Seitdem waren bis zum Ende keine Mehrheiten mehr für den Einsatz in Afghanistan zu gewinnen.

Selbst in den Jahren, in denen die Zustimmung die 50-Prozent-Marke überschritt, blieb das Wissen in der Bevölkerung über Afghanistan und die dortigen Kriegshandlungen von NATO und Bundeswehr gering. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler prägte 2005 dazu das Bild vom „freundlichen Desinteresse“.<sup>9</sup> Präsident Steinecker fühlte sich 2020 dazu bemüht, diese Kritik in einer Rede zu einem feierlichen Gelöbnis zum Geburtstag der Bundeswehr in seinem Schlossgarten zu wiederholen.<sup>10</sup>

Die für alle konsequenten Kriegsgegner\*innen wohl bitterste Erkenntnis lässt sich allerdings nicht wie Zustimmung, Ablehnung oder Informiertheit messen. Es ist eine gesellschaftliche Stimmung, in der die Kriege der Bundeswehr auf anderen Kontinenten egal geworden sind. Während fast 20 Jahren Krieg in Afghanistan sind sie zum unhinterfragten Alltag, zur Normalität geworden. Relevanten Teilen der Bevölkerung ist es schlicht egal, was in Afghanistan, Mali oder Syrien passiert, solange deutsche Soldat\*innen nicht gehäuft bei Anschlägen und Kämpfen sterben oder ein anderes Ereignis von dort die Fernsehnachrichten, Titelseiten und Topplätze der Nachrichtenthreads füllt. Noch bitterer als diese Ignoranz ist, dass auch diejenigen, die eine Haltung gegen die Kriege einnehmen, angefangen hatten, über Afghanistan zu schweigen und sich faktisch damit abzufinden. Erst als die Bilder vom Flughafen Kabul nicht mehr zu übersehen waren, setzte die gesellschaftliche Erinnerung daran ein, dass deutsche Soldat\*innen fast 20 Jahre Teil des mit internationaler Besetzung geführten Krieges waren, der am Flughafen Kabul sein Ende fand. Seit die Truppen wieder in Deutschland sind und der Afghanistankrieg, zumindest mit Blick auf die Bundeswehr, formell mit einem Appell und einem großen Zapfenstreich in Berlin beendet wurde, ist wieder Ruhe eingekehrt in Afghanistan, Mali, ... – zumindest in den hiesigen Nachrichten und damit auch im deutschen Gewissen.

### **Scheibchenweise Reflektion?**

Die künftige Regierung hat es in ihrem Sondierungspapier bereits angekündigt: Im kommenden Jahr soll eine parlamentarische Reflektion des Krieges in Afghanistan stattfinden. Läuft diese vermeintliche Aufarbeitung derart, wie sie von der Bundeswehr bereits begonnen wurde, dann dreht sich alles darum, die Lehren aus Afghanistan so zu ziehen, dass sie dazu dienen, den aktuellen Krieg in Mali und mögliche kommende Interventionskriege effektiver führen zu können.

Parallel werden die Stimmen in Politik, Medien und selbst unter bundeswehrrahmen Wissenschaftler\*innen lauter, die zumindest kurzzeitig von einem Desaster in

Afghanistan sprachen und auf Grundlage der gemachten Erfahrungen mittlerweile bereit sind, die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Mali in Frage zu stellen. Wie bereits der Kosovokrieg hat auch der Krieg in Afghanistan zu Brüchen mit vermeintlichen Lehren aus der deutschen Geschichte geführt, diese vertieft und verbreitert. Diese Risse einfach wieder zu schließen, wird nicht möglich sein. In der Frage nach der Bewertung des Kriegseinsatzes in Afghanistan und in den daraus gezogenen Lehren stecken mit Blick auf Militär- und Außenpolitik die Fragen der Gegenwart. In den Diskursen über den Afghanistankrieg wird entschieden, ob und wie nicht nur bestehende und mögliche weitere Interventionskriege auf anderen Kontinenten von der Bundeswehr geführt werden können. Auch die Frage nach der Haltung, mit der sich deutsche Außenpolitiker\*innen, Soldat\*innen, Generäle und die breite Gesellschaft in die aktuelle Konfrontation der NATO mit Russland begeben, wird in der Frage nach den Lehren aus Afghanistan mitverhandelt.

Die anstehenden Debatten zu verschlafen, wäre ein riesiger Fehler.

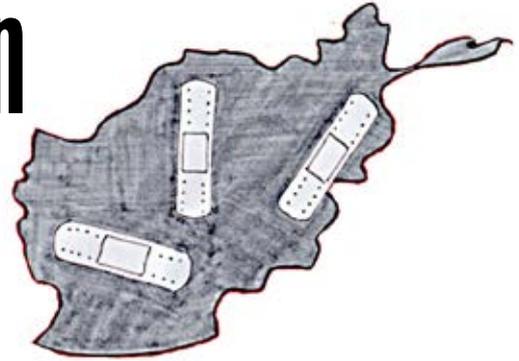
### **Anmerkungen**

- 1 Tagesspiegel, Klaus J.Schwehn: Bundestag billigt Einsatzpläne der NATO in Jugoslawien, 16.10.1998, [tagesspiegel.de](http://tagesspiegel.de).
- 2 Telepolis, Dirk Eckert: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, 13.12.2002, [heise.de](http://heise.de).
- 3 NDR Info, Anja Günther: „Ich verneige mich in Dankbarkeit und Anerkennung vor den Toten, die für unser Land im Einsatz für den Frieden gefallen sind“, 3.12.2008, abrufbar über: [archive.org](http://archive.org).
- 4 Beide Orden wurden bisher nur an Einsatzsoldat\*innen vergeben, die an den Kämpfen in Afghanistan beteiligt waren.
- 5 Bild: Interview mit Karl-Theodor zu Guttenberg, 3.11.2009, abrufbar über: [archiv.bundesregierung.de](http://archiv.bundesregierung.de).
- 6 Der Tagesspiegel: Westerwelle stuft Afghanistan-Einsatz neu ein, 10.2.2010, [tagesspiegel.de](http://tagesspiegel.de).
- 7 Deutschlandfunk: „Verdrucktheit im Umgang mit dem Afghanistaneinsatz“ - Karl Theodor zu Guttenberg im Gespräch mit Rolf Clement, 14.3.2010, [deutschlandfunk.de](http://deutschlandfunk.de).
- 8 Bundeswehr, Richard Manner: Die Bundeswehr in Afghanistan – eine Chronik von 2001 bis 2010, ohne Datum, [bundeswehr.de](http://bundeswehr.de).
- 9 Der Bundespräsident: Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn, 10.10.2005, [bundespraesident.de](http://bundespraesident.de).
- 10 Der Bundespräsident: Rede zum Feierlichen Gelöbnis zum 65. Gründungstag der Bundeswehr, Schloss Bellevue, 12.11.2020, [bundespraesident.de](http://bundespraesident.de).

# Lehren aus Afghanistan

Lernen für künftige Kriege

von Nabil Sourani



Die NATO-Truppen sind aus Afghanistan abgezogen. Für die Bundesregierung und das Verteidigungsministerium beginnt nun die Auswertung des Einsatzes. Sie wollen wissen, wie die Bundeswehr zukünftig effektiv und erfolgreich im Ausland intervenieren kann. Denn die Politik ist sich einig: Es braucht mehr, nicht weniger Kriege. Es braucht mehr, nicht weniger Durchsetzungsfähigkeiten eigener Interessen.

## Kriegsministerium in Märchenstimmung

Für Annegret Kramp-Karrenbauer steht fest: Der Abzug aus Afghanistan habe gezeigt, „[d]ie meisten Afghanen haben das Erreichte nicht so verteidigt, wie wir es uns erhofft haben“.<sup>1</sup> Sie fasst ihre Lehren im Kontext des „Großen Zapfenstreichs“ zusammen. „Deutschlands Anspruch in Afghanistan war größer als das, was die Bundeswehr hätte leisten können“.<sup>2</sup> Aber den vom Parlament erteilten Auftrag habe die Bundeswehr erfüllt. Die Bundeswehr habe ihren Job gemacht und den Weg für zivile (westliche) Institutionen wie das Auswärtige Amt oder die Entwicklungshilfe freigeräumt. Diese hätten allerdings im Staatsaufbau versagt, so die Erzählung des Verteidigungsministeriums.

Generalinspekteur Zorn pflichtet Kramp-Karrenbauer während der Bilanz-Debatte bei. Für ihn steht ebenfalls die Frage im Raum: „Haben wir das Land und seine Bevölkerung überfordert?“<sup>3</sup> Wichtig ist ihm außerdem, „dass wir aus den Schlussbildern der letzten Monate nicht den Schluss ziehen, dass internationales – auch militärisches – Krisenmanagement mit dem Ziel der Stabilisierung einer Region nicht Erfolg versprechend sein kann und daher besser erst gar nicht versucht werden sollte“.

Auf der Veranstaltung „Neue Weltunordnung“ der Körber-Stiftung und des Spiegels im August schlussfolgert Kramp-Karrenbauer: „Ein nachhaltiger Erfolg in Afghanistan hätte weit über dieses Jahr hinaus einer robusten militärischen Absicherung bedurft“.<sup>4</sup>

Bundeswehr und Verteidigungsministerium wollen also „eher mehr internationales Krisenmanagement [...] als weniger“.

## Folgen der Besetzung

Vor militärischem Storytelling schreckt die Bundesregierung und Parteienlandschaft trotz der deutschen Geschichte nicht zurück. Kramp-Karrenbauer „möchte ein Deutschland, das ein wärmeres und ein respektvolleres Verhältnis zu seinen Soldatinnen und Soldaten hat“.<sup>5</sup> Denn dies würde „nicht immer und nicht ausreichend gelebt in unserem Land“. Nicht nur deshalb unterschlägt sie bewusst die angerichtete Katastrophe am Hindukusch und sucht die Schuld bei den Afghan:innen selbst. So versucht Kramp-Karrenbauer die Niederlage zu kaschieren. Denn die Faktenlage legt andere Schlussfolgerungen nahe. Keines der versprochenen Ziele konnte jemals erreicht werden und die schöngeredeten Erfolge existieren nicht – das ist offensichtlich: Der Krieg bringt Millionen Menschen in Lebensgefahr. Auch wenn die genauen Opferzahlen nicht bekannt sind, ging die Ärzteorganisation IPPNW 2016 davon aus, dass 250.000 Menschen direkt oder indirekt dem Krieg zum Opfer fielen, während 12 Millionen Menschen auf der Flucht waren.

Unter Nato-Schutz baute die westliche Marionette Karsai ein ausbeuterisches Regime auf, das die knappen Ressourcen unter Gefolgsleuten und Warlords verteilte. Durch Besetzung und Regime werden große Teile der Bevölkerung immer ärmer und ganze Regionen marginalisiert. Die Regierung vertrat die Interessen der herrschenden Klasse und hatte dementsprechend keinen Rückhalt in der Gesellschaft. Jetzt sind die Taliban zurück an der Macht. Der Kriegseinsatz in Afghanistan hat auch andere reaktionäre Gruppierungen gestärkt, während der Widerstand aus der Gesellschaft gegen ihre Herrschaft geschwächt wurde.<sup>6</sup> Terror und Anschläge sind allgegenwärtig. Dazu kommt noch

die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage. Das Land gilt als eines der gefährlichsten und ärmsten Länder der Welt. Aufgrund der Klimakatastrophe droht eine Hungersnot. Laut UNICEF haben mehr als 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren nicht genug zu essen. Weniger als 40 Prozent der Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser. Mehrere Berichte weisen darauf hin, dass einige Eltern aus Verzweiflung ihre Kinder verkaufen, um an Geld zu kommen. Im September 2021 erklärten die Vereinten Nationen, dass der Kapitalzugang gewährleistet sein müsse, um „einen schweren wirtschaftlichen Abschwung“<sup>7</sup> zu verhindern. Doch die Finanzhilfen aus dem Ausland sind vorerst gestrichen. Seit die Taliban an der Macht sind, kann die Regierung auf die Finanzanlagen nicht zugreifen. Die USA haben Vermögen in Höhe von fast 9,5 Mrd. US-Dollar eingefroren. Auf die Mittel des Internationalen Währungsfonds kann ebenfalls nicht zugegriffen werden. Die Weltbank kündigt an, keine weiteren Projekte im Land zu finanzieren.

### „Die Bundeswehr ist erwachsen geworden“

Anfang Oktober 2021 begann das Verteidigungsministerium mit seiner ersten Evaluierungsveranstaltung und gab dabei gleich die Richtung vor, in die sich die entsprechenden Schlussfolgerungen bewegen sollten: „Die Veranstaltung im Verteidigungsministerium soll dazu beitragen, zukünftige Auslandseinsätze erfolgreicher zu gestalten“,<sup>8</sup> schrieb das Verteidigungsministerium zum Auftakt auf seiner Webseite. Von der Afghanistan-Bilanzdebatte sind entsprechend keine ernst gemeinten Lehren zu erwarten.

Der Krieg begann 2001 mit der offensiven Kampfoperation „Enduring Freedom“, wodurch die Taliban gestürzt, das afghanische Volk, insbesondere die Frauen, ‚befreit‘ und der internationale Terrorismus bekämpft werden sollten.<sup>9</sup> Die Operation ging dann in die als „Stabilisierungsmission“ getarnte ISAF-Mission über. Letzteres Mandat nutzten die militärischen Besatzer mehr und mehr zur Aufstandsbekämpfung. Darauf folgte 2015 die „Resolute Support Mission“, die der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte dienen sollte. Zwar betonte die intervenierende Militärkoalition den Ausbildungs- und Beratungscharakter der Mission, ließ im Mandat aber Spielräume für Kampfhandlungen. Die Bundeswehr führte seit 2003 das sogenannte Provincial Reconstruction Team (PRT) in Kundus, ein Jahr darauf übernahm sie auch das PRT in Faisabad. Der Missionsname „Wiederaufbauteam“ sollte suggerieren, dass hierbei zivile Hilfsorganisationen unter militärischem Schutz arbeiten würden. Allerdings waren die PRT fast ausschließlich Militärlager. So kamen im PRT Kundus 2010 auf 1.300 Soldat:innen



Oberst Klein ordnete als damaliger Kommandeur des PRT in Kundus den Luftangriff bei Kundus an, bei dem etwa 147 Zivilist\*innen starben. Zeichnung: Monika Natalia Mazur.

nur 20 Mitarbeiter der „Zivilmilitärischen Zusammenarbeit“ (CIMIC). Die Bundeswehr war auf sogenannte zivile Lagebilder angewiesen und beschreibt die CIMIC als „keine Entwicklungshilfe, sondern Bestandteil der militärischen Operationsführung“.<sup>10</sup> „Kein Einsatz zuvor war so intensiv“,<sup>11</sup> macht Kramp-Karrenbauer beim Zapfenstreich deutlich. Ein Stresstest für die Bundeswehr, um Lehren bezüglich der Einsatzfähigkeiten und -möglichkeiten zu ziehen.

Für die Bundesregierung bot der US-geführte Einmarsch die Möglichkeit, den Anfang der 1990er Jahre begonnen Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit operierenden Einsatzarmee fortzuführen. Gleichzeitig sah man die Chance, militärisch in einer bedeutenden Region präsent zu sein. Es ging in erster Linie um wirtschaftliche und geopolitische Ziele. Diese haben sich auch nach dem Abzug aus Afghanistan im Wesentlichen nicht verändert. Für Oberstabsfeldwebel Oliver Wendel steht fest, der Einsatz sei nicht nur nötig, sondern „in mehrfacher Hinsicht erfolgreich gewesen“.<sup>12</sup> Unter anderem war die Bundeswehr „gezwungen, die infanteristische Ausbildung schnell an den Kampf gegen irreguläre Kräfte anzupassen und zu verbessern“.

Afghanistan diente als Testfeld. Die Bundeswehr lernte an der Seite der NATO und der EU-Kräfte zu kämpfen und imperialistische Außenpolitik militärisch durchzusetzen. Dabei wuchs sie in neue Aufgaben hinein, beteiligte sich an systematischen Ermordungen von führenden Personalien des Gegners, arbeitete sich in die Steuerung militärischer Kampfdrohnen ein und war aktiv an Gefechten beteiligt.“ Die Bundeswehr hat in den zahlreichen Gefechten dieser Jahre bewiesen, dass sie kämpfen kann,<sup>13</sup> so Bundeswehr-Generalin-

spekteur Eberhard Zorn bei der Evaluierungsveranstaltung des Verteidigungsministeriums Anfang Oktober 2021. „Aber auch andere Punkte zeigen, dass wir durch Afghanistan eine Einsatzarmee geworden sind. Der Umgang mit Tod und Verwundung, unser Verhältnis zum Veteran sein und unsere Gedenkkultur haben sich durch Afghanistan verändert“. In diesem Kontext ist auch die „Evakuierungsmission“ im August zu sehen. Für die Bundeswehr ergab sich nicht nur ein weiteres Testfeld, nicht nur die militärisch gestützte Evakuierung aus feindlichem Gebiet, sondern auch die Möglichkeit, Handlungsfähigkeit vorzugaukeln und das Kommando Spezialkräfte (KSK) zu rehabilitieren. Gleichzeitig konnte vom Scheitern des Nato-Einsatzes abgelenkt werden, indem nochmals die 'Menschlichkeit' der Militärkoalition betont und die 'Ruchlosigkeit' des Feindes, der Taliban, hervorgehoben wurde. Die Kriegstreiber:innen waren also erfolgreich. Deutschland etablierte sich mit der Intervention in Afghanistan als imperialer Player im Nato-Kriegsbündnis. „Die Bundeswehr ist erwachsen geworden“,<sup>14</sup> meint Oberst Jan Tilmann. Aber die EUropäischen Regierungen seien militärisch komplett von den US-Streitkräften abhängig und „konnten den Einsatz ohne die Amerikaner nicht verlängern“,<sup>15</sup> so Kramp-Karrenbauer bei der Veranstaltung „Neue Weltunordnung“.

### **Selbstständig Krieg führen**

Zwar bleibe die NATO die einzige Sicherheitsgarantie für Deutschland und EUropa, doch müsse die „Handlungsfähigkeit der Europäer in der Europäischen Union“ weiter „verstärkt und ergänzt werden“, führt Kramp-Karrenbauer fort. Nur so könne sich „entschlüssener, leistungsfähiger und auch langfristig durchhaltefähiger“ für den Westen eingesetzt werden.

Deshalb dürfe die Debatte „nicht in der Frage stehen bleiben, ob wir eine europäische Eingreiftruppe wollen oder nicht“,<sup>16</sup> so Kramp-Karrenbauer beim EU-Verteidigungsminister:innentreffen in Slowenien Anfang September 2021. In diesem Kontext machte sie sich für eine 'Koalition von Willigen' stark, die nach gemeinsamer Entscheidung aller Mitglieder vorangehen könnte. Der deutsche Militarismus mobilisiert seine Verbündeten in Brüssel. „Afghanistan hat gezeigt, dass die Defizite in unserer strategischen Autonomie ihren Preis haben und dass der einzige Weg nach vorne darin besteht, unsere Kräfte zu bündeln und nicht nur unsere Kapazitäten, sondern auch unseren Willen zum Handeln zu stärken“,<sup>17</sup> so auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bei einer Pressekonferenz im Zuge der Diskussion der EU-Verteidigungsminister über Lehren aus Afghanistan Ende September 2021. Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Thierry

Breton, bläst in dasselbe Horn. Im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung Anfang September offenbart er seine Vision. Breton verlangt, die Abhängigkeit von den US-Streitkräften müsse ein „Weckruf“ für eine europäische Antwort sein, sähen doch die EU-Verträge eine gemeinsame Verteidigungspolitik vor. Und diese könne nur glaubhaft sein, wenn sie auch in der Lage sei, „außerhalb unserer Grenzen komplizierte militärische Operationen zu starten“.<sup>18</sup>

Dafür wurde in den letzten Jahren der Grundstein für eine europäisch-militärische Zusammenarbeit und eine gemeinsame Armee gelegt. So existieren die EU-Battlegroups, also Truppen der Mitgliedstaaten, die für Einsätze bereitstehen (bis 2025 soll als 'Lehre' aus dem Afghanistan-Krieg eine weitere EU-Interventionstruppe im Umfang von 5.000 Soldat:innen aufgestellt werden). Zusätzlich steht seit 2021 der neue Verteidigungsfonds für grenzüberschreitende Forschung und Beschaffung zur Verfügung und das Pesco-Projekt zur gemeinsamen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten. Das Herzensprojekt Deutschlands während der Ratspräsidentschaft, der „Strategische Kompass“, soll Anfang nächsten Jahres unter französischer Präsidentschaft verabschiedet werden. In diesem legen die Mitgliedstaaten fest, „was die EU bereits leisten kann und was sie künftig können muss“.<sup>19</sup> Das Bollwerk EU unter deutsch-französischer Führung hat noch einiges vor: Kriege führen und geostrategische und wirtschaftliche Interessen künftig auch ohne Unterstützung der USA durchsetzen. Brüssel, allen voran Berlin und Paris, wollen gestalten.

### **Was wären wirkliche Lehren?**

Für die Bundesregierung gilt es, von den Kriegen zu lernen. Zu lernen, wie sie effektiver geführt werden können. Aber „[n]iemand kann ein anderes Volk befreien, weder durch Erziehung, noch durch Staatsmacht, noch durch Putsche und amtliche Dekrete“,<sup>20</sup> wie es der Afghanistanforscher Jonathan Neale mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee 1981 schrieb.

Entsprechend muss jeglichen militärischen Interventionen entschieden entgegengetreten werden. Auslandseinsätze zur Durchsetzung eigener Großmachtinteressen müssen ein Ende haben. Stattdessen muss die eigenständige Entwicklung respektiert werden, der Verantwortung für Menschenrechte gilt es, zivil gerecht zu werden. Dazu gehört die Aufnahme der sich in Notlage befindenden Bevölkerung Afghanistans. Um der akuten sozialen und wirtschaftlichen Notlage entgegenzutreten, müssen finanzielle und materielle Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden – bedingungslos. Ebenso müssen die Opfer der Besatzung angemessen entschädigt werden.

Ein friedenspolitisches Umdenken muss einsetzen. Der Zwei-Prozent-Beschluss für Rüstungsausgaben der NATO muss zurückgenommen und militärgestützte Sicherheitspolitik in eine zivile überführt werden. Doch leider deutet derzeit alles auf ein mehr oder weniger unverändertes „Weiter so!“ hin.

### Militär löst keine Probleme

Doch die katastrophale Lage in Afghanistan ist Konsequenz des 20-jährigen Krieges, nicht des Abzugs internationaler Truppen. Militärische Interventionen dürfen kein Instrument deutscher Außenpolitik sein. Sie sind gegen das Völkerrecht, menschenverachtend und lösen keine politischen Probleme. Sie werden für geostrategische und wirtschaftliche Großmachtinteressen geführt und subventionieren den militärisch-industriellen Komplex. Die jetzige Situation zeigt, was mit dem militärischen Verständnis von „Sicherheitspolitik“ einhergeht und wie stark die Logik von fundamentalen menschlichen Sicherheitsbedürfnissen abweicht. Ernährungssicherheit, eine gesunde Umwelt und ein sicheres Umfeld für Frauen und Kinder sind für die imperialistischen Kräfte von keiner Bedeutung.<sup>21</sup>

Der britisch-pakistanische Autor und Friedensaktivist Tariq Ali bringt mit einem Zitat einer afghanischen Feministin die Situation auf den Punkt: „Die afghanischen Frauen hatten drei Feinde: Die westliche Besatzung, die Taliban und die Nordallianz. Mit dem Abzug der Vereinigten Staaten, sagte sie, werden sie zwei haben.“<sup>22</sup> Das angerichtete Elend und die militärische Niederlage sollen der Erinnerung an militärische Erfolge und Heldenmut weichen. Und so bedankt sich Deutschland mit einem „Großen Zapfenstreich“ bei seinen Soldat\*innen. Die Bundesrepublik ehrt sie für 20 Jahre Krieg in Afghanistan, für ihre 20 Jahre Einsatz für den deutschen Imperialismus, während sie die dort lebenden Menschen für das Fiasko selbst verantwortlich macht. Welche Erzählungen auf das Versagen deutscher Außenpolitik in anderen Regionen folgen, werden wir im Fall Mali sehen.

### Anmerkungen

- 1 Annegret Kramp-Karrenbauer: Rede der Ministerin anlässlich der Veranstaltung »Neue Weltunordnung«, [bmvg.de](http://bmvg.de), 24.8.2021.
- 2 Annegret Kramp-Karrenbauer: Ministerin bedankt sich bei Soldatinnen und Soldaten für Afghanistan-Einsatz, [bundeswehr.de](http://bundeswehr.de), 13.10.2021.
- 3 Eberhard Zorn: »Erfolgreiche Auslandseinsätze brauchen den Einsatz aller Mittel«, [bmvg.de](http://bmvg.de), 8.10.2021.
- 4 AKK: »Neue Weltunordnung« [Kurztitel].
- 5 Ebd.
- 6 Mehr Informationen zum Wiedererstarken der Taliban

bietet der Artikel »Afghanistan: The End of the Occupation« von Nancy Lindisfarne und Jonathan Neale unter [annebonnypirate.org](http://annebonnypirate.org).

- 7 Michelle Nichols: U.N. warns Afghanistan needs money to prevent total breakdown, [reuters.com](http://reuters.com), 9.9.2021.
- 8 Timo Kather: Auftakt zur Afghanistan-Bilanz: Politische und militärische Lehren ziehen, [bmvg.de](http://bmvg.de), 5.10.2021.
- 9 Tatsächlich ging es aber allenfalls um letzteres, der Rest war Publicity, wie heute teils recht unverblümt eingeräumt wird. So schrieb der Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Patrick Keller, in der [Europäischen Sicherheit und Technik](http://Europäischen Sicherheit und Technik) am 8. Oktober 2021: »Doch woher kamen diese Ziele, insbesondere die Idee vom Staatsaufbau, der blühenden Landschaften aus Brunnen und Mädchenschulen? Sie kamen aus der Mitte der deutschen Gesellschaft. Die Vorstellung, man würde ausschließlich zur Terroristenjagd nach Afghanistan gehen, war in Deutschland nie mehrheitsfähig. [ ] Also blieb die progressive Phantasie von der Umgestaltung Afghanistans. Dahinter konnte sich, aus besten Absichten, eine dauerhafte Mehrheit der Deutschen versammeln.«
- 10 Christine Buchholz: Demokratie lässt sich nicht herbeibomben, [die-linke.news](http://die-linke.news), 2.7.2021.
- 11 AKK: Ministerin bedankt sich [Kurztitel].
- 12 Kather: Auftakt Afghanistan-Bilanz [Kurztitel].
- 13 Zorn: Erfolgreiche Auslandseinsätze [Kurztitel].
- 14 Jan Tilmann: 20 Jahre Afghanistan: »Die Bundeswehr ist erwachsen geworden«, [bundeswehr.de](http://bundeswehr.de), 12.10.2021.
- 15 AKK: »Neue Weltunordnung« [Kurztitel]
- 16 Eric Bonse : Die Lehren aus Afghanistan, [taz.de](http://taz.de), 3.9.2021.
- 17 Europäische Kommission (2021): Pressekonferenz mit dem Hohen Vertreter nach dem informellen Treffen der Verteidigungsministerinnen und -minister, [eeas.europa.eu](http://eeas.europa.eu), 2.9.2021.
- 18 Daniel Brössler, Björn Finke : Schnelle Eingreiftruppe für Europa, [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de), 1.9.2021.
- 19 Björn Finke: EU-Kommissar fordert schnelle Eingreiftruppe, [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de), 1.9.2021.
- 20 Jonathan Neale: The Afghan Tragedy, International Socialism, 2:12, Frühling 1981, [marxists.org](http://marxists.org) 28.2.2012.
- 21 Mehr Informationen zur Klimakrise und den sozialen Folgen in Afghanistan bietet der Artikel »Afghanistan – The Climate Crisis« von Nancy Lindisfarne und Jonathan Neale unter [annebonnypirate.org](http://annebonnypirate.org).
- 22 Tariq Ali: Debacle in Afghanistan, [newleftreview.org](http://newleftreview.org), 16.8.2021.

# Sehenden Auges

## Die Offenbarungen der Afghanistan Papers

von Dominik Wetzel

„Die Geschichte des militärischen Konflikts in Afghanistan [ist] geprägt von anfänglichen Erfolgen, gefolgt von langen Jahren des Zauderns und schließlich des Scheiterns. Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen.“

— George W. Bush in einer Rede am Virginia Military Institute (17. April 2002), Übersetzung: IMI

### „Wie konnte das passieren?“

Diese Frage stellten sich viele, als im August dieses Jahres klar wurde, dass die Taliban in kürzester Zeit Afghanistan vollständig unter ihre Kontrolle gebracht und Kabul eingenommen hatten. Die NATO-Truppen, die zum 11. September 2021 abziehen wollten, mussten Hals über Kopf das Land verlassen und die Bilder vom Kabuler Flughafen brannten sich ins kollektive Gedächtnis. Wer den Afghanistankrieg aufmerksam

verfolgt hat, hat spätestens mit Erscheinen der „Afghanistan Papers“ Anfang Dezember 2019 gewusst, dass der Krieg nicht nur für die Bevölkerung katastrophal ist, sondern auch strategisch desaströs geführt wird. Diese vor zwei Jahren von der Washington Post veröffentlichten Dokumente und Interviews zeigten, dass unter diesen Zuständen weder Menschenrechte noch Demokratie gedeihen konnten. John Sopko, der Spezialgeneralinspektor für Afghanistans Wiederaufbau, kurz: SIGAR, war 2008 vom US Kongress damit beauftragt worden, eine Lageeinschätzung über Verschwendung und Betrug in den Wirren des Krieges abzugeben. Zwischen 2014 und 2018 führte seine Behörde dazu über 400 Interviews mit politisch Verantwortlichen. Der Zugang zu den Dokumenten musste erst vor Gerichten erstritten werden, diese wurden dann von der Washington Post als „Afghanistan Papers“ veröffentlicht.<sup>1</sup>

In den 20 Jahren sahen sich die NATO und ihre Verbündeten einer Unzahl an Herausforderungen ausge-



setzt. Jahr für Jahr sprachen Generäle, Politiker und Präsidenten von Fortschritten, Siegen und Erfolgen. Dieses über Jahrzehnte anhaltende Vertuschen eines Totalversagens auf so vielen Ebenen wurde mit dem schieren Verdampfen des Afghanischen Staatsapparats dieses Jahr für alle evident. Ein Bild verfestigte sich: die Öffentlichkeit wurde über Jahre hinweg belogen.

Die Ursache darin liegt zum größten Teil an den Fehlinformationen, die von den militärisch Verantwortlichen an die Öffentlichkeit gelangten. Jeder US-Präsident, der während des Krieges im Amt war, erzählte von Fortschritten, die errungen wurden. Alle zusammen logen damit 20 Jahre lang, dass der Krieg bald gewonnen wäre, obwohl die Lage am Boden jedes Jahr dramatischer wurde und mit den beispiellosen Bombardements durch Trump ihren zerstörerischen Höhepunkt fand.<sup>2</sup>

In den Dokumenten beschreibt z.B. Bob Crowley, Oberst der US Armee, dass Daten die Ränge hoch geschönt wurden, um ein bestmögliches Bild von der Lage präsentieren zu können. Untersuchungen waren dadurch „total unzuverlässig“ aber unterstützten die Wahrnehmung, dass alles, was sie taten, richtig wäre.<sup>3</sup> Das erklärt unter anderem, wie die aufwändigsten Spionage- und Geheimdiensteinrichtungen der Welt so falsch liegen konnten mit der Einschätzung von Anfang August, der afghanische Staat würde noch etwa drei Monate halten.<sup>4</sup> Auch die New York Times arbeitete im September 2018 auf, wie sehr sich die Presseerklärungen der US-Regierungen von der Realität am Boden unterschieden.<sup>5</sup>

## Korruption

„Wir haben Straßen ins Nirgendwo gebaut ... Mit dem, was wir ausgegeben haben, sollte Afghanistan aussehen wie Deutschland 1955.“

— Berater der US-Spezialkräfte in einem Interview vom 22. Januar 2016.<sup>6</sup>

Aus den Dokumenten wird deutlich, wie sehr das besetzte Land an der ausufernden Korruption krankte. Zunächst gab die US-Regierung „nette Geschenke“ an die Delegierten aus, die 2002/03 Washingtons Haltung zu Menschenrechten und Frauenrechten in die neue Verfassung Afghanistans einarbeiteten.<sup>7</sup> Christopher Kolenda, Oberst der US-Armee, beschreibt, wie sich die afghanische Regierung bis 2006 in eine „Kleptokratie“ verwandelt hatte.<sup>8</sup>

Um Präsident Karzai herum baute sich ein Apparat auf, der die meiste Zeit damit beschäftigt war, sich selbst an der Macht zu halten und zu bereichern. Die Wahlen von 2009 waren komplett gefälscht.<sup>9</sup> Laut Washington Post kam es zu Betrug „epischen Ausmaßes“.

Unter anderem sollen eine Millionen Stimmen für Karzai, (ein Viertel aller gezählten Stimmen) illegal gewesen sein.<sup>10</sup> Nach den Interviews resultierte das Ausmaß an Korruption daraus, dass man das Land in Hilfgeldern und Rüstungsdeals ertränkt hatte. Es gab einen derartigen von den Steuerzahlern finanzierten Exzess, dass „die Möglichkeiten für Bestechung und Betrug fast grenzenlos“ wurden.<sup>11</sup> Die Dokumente sind voll mit Berichten darüber, wie Steuergelder in Milliardenhöhe einfach im Sumpf aus Betrug und Korruption versickert sind. Ein Programm,<sup>12</sup> das der Kongress bewilligt hatte, stellte \$3,7 Milliarden bereit. Laut einem NATO-Verantwortlichen wurden davon zwar \$2,3 Milliarden ausgegeben, doch es wurden nur bei \$890 Millionen davon Details darüber bekannt, wohin das Geld wirklich floss.

Gert Berthold, ein forensischer Rechnungsprüfer, analysierte zwischen 2010 und 2012 etwa 3.000 Verträge des Verteidigungsministeriums in Höhe von ca. \$106 Milliarden, um zu sehen, wer davon profitiert hatte. Das Ergebnis war: 40% gingen an transnationale Kriminalität und Aufständische wie Taliban und das Haqqani Netzwerk sowie Regierungskorruption. Ehemalige Minister sagten dazu, diese Zahlen seien unterbewertet.<sup>13</sup>

## Warlords

Zu Beginn der Invasion war das Ziel klar, nach 9/11 einen Gegenschlag gegen Al-Quaida zu führen, um ähnliche Angriffe zu verhindern. Doch der Fokus rückte schnell auf die Zerschlagung der an den Anschlägen unschuldigen Talibanregierung und auf den Aufbau einer neuen Regierung mit dazugehörigem Staatsapparat.

Bereits einen Monat nach der Invasion, im November 2001, ermordeten regierungstreue Einheiten etwa 2.000 Kriegsgefangene. Truppen, die dem Warlord Abdul Rashed Dostum unterstanden, erschossen und verschlossen gefangene Talibankämpfer luftdicht in Containern. Die Opfer wurden später im Wüstensand vergraben. Dieses Massaker von Dascht-i Leili wurde 2002 aufgedeckt, nachdem die Physicians for Human Rights das Massengrab entdeckten.<sup>14</sup>

In einem Brief zum darauffolgenden Neujahr an Präsident Bush wird Dostum als Krieger, mit dem die US Truppen „sehr gut zusammenarbeiten“, bezeichnet.<sup>15</sup> Aus einem Interview mit einem unbekanntem UN-Mitarbeiter aus dem Jahr 2015 geht hervor, dass Dostum, der zwischenzeitlich Vize-Präsident des Landes war, von den USA und der internationalen Gemeinschaft pro Monat mehr als \$100.000 erhielt, „um keinen Ärger zu machen“.<sup>16</sup>

## Polizei

In den Interviews wird niemand geschont. Die afghanischen Polizeieinheiten werden vor allem als schlecht trainiert, inkompetent und korrupt bezeichnet. Prof. Thomas Johnson von der US Navy sagte 2016, dass die meisten Afghanen die Polizei als Banditen wahrnahmen, und nannte sie „die am meisten gehasste Institution“ in Afghanistan.<sup>17</sup> Die Korruption und Erpressung, die von der Polizei ausging, führte dazu, dass viele nicht sagen konnten, ob denn die Taliban oder die afghanische Regierung schlimmer seien. In einem Interview berichtet Shahm Mahmood Miakhel, ehemaliger Berater des afghanischen Innenministeriums, von einem Fall in Helmand, wo die örtliche Polizei die Bevölkerung nicht schützte, sondern vor allem damit beschäftigt war, mit dem Verkauf von Treibstoff und Waffen Geld zu verdienen. Die Bevölkerung blieb deswegen im Kampf zwischen korrupter Regierung und Taliban neutral und wartete ab, wer den Krieg gewinnen würde.<sup>18</sup>

## Drogen

Obwohl die USA über \$9 Milliarden für die Bekämpfung des Problems ausgegeben hatten, wuchs die Opiumproduktion zu einem solchen Ausmaß, dass Afghanistan mit über 80% des weltweit produzierten Opiums Weltmarktführer wurde und vor allem Europa, Iran und andere Teile Asiens mit Heroin und Morphinum versorgte. Das herausragende Scheitern, die Opiumproduktion in Afghanistan in den Griff zu bekommen oder überhaupt zu drosseln, war so gigantisch, dass

sich unvermeidbar die Frage stellt, ob die NATO mit Absicht so viel Opium produzieren ließ. Im Frühjahr 2002 zahlten die Briten \$700 pro Acre (4047 m<sup>2</sup>), wenn die Bauern ihren Mohn verbrannten. Das \$30 Millionen schwere Programm löste einen Rausch aus. Bauern bauten so viel Mohn an, wie sie konnten, verbrannten einen Teil für die britischen Gelder und verkauften einen anderen am Markt. Andere ernteten das Opium kurz bevor sie ihre Pflanzen zerstörten und bekamen das Geld trotzdem. Das Phänomen nennt sich Kobra-Effekt und zeugt von totalem Staatsversagen. Ironischerweise war in den Jahren kurz vor der Invasion der NATO der Opiumanbau unter dem Talibanherrscher Mullah Omar fast zum Erliegen gekommen.<sup>19</sup>

## Das Bild eines unfassbaren Fiaskos

Stephen Hadley, Sicherheitsberater der US-Regierung, sagte auch mit Blick auf die Kriege in Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Haiti und Somalia: „Wir haben kein Nachkriegsstabilisierungsmodell, das funktioniert.“<sup>20</sup> In den 20 Jahren hat allein die US-Regierung etwa 2.000 Mrd. US\$ in den afghanischen Staat gepumpt, knapp \$275 Millionen US\$ pro Tag.<sup>21</sup> Der Krieg war damit deutlich teurer als der Marshall-Plan, der Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufbaute. Doch das ist nur Afghanistan und damit bloß die Spitze des Eisbergs. Aus dem „Costs of War“-Paper der Brown Universität in Providence geht hervor, dass das Pentagon seit Beginn des Afghanistankriegs 2001 über 14 Billionen Dollar ausgegeben hat. Ungefähr ein Drittel bis die Hälfte dieser Summe floss an die Waffenindustrie. Wegen eines Mangels an Transpa-



renz bei den Ausgaben des Pentagon lassen sich diese Werte nicht genauer ermitteln. Ein Viertel bis ein Drittel aller Pentagon-Verträge gingen dabei an nur fünf Waffenlieferanten: Lockheed Martin, Boeing, General Dynamics, Raytheon und Northrop Grumman.<sup>22</sup> Vier der letzten fünf US-Verteidigungsminister waren bei ebendiesen Waffenschmieden angestellt. James Mattis (Vorstandsmitglied bei General Dynamics), Patrick Shanahan (Manager bei Boeing), Mark Esper (Vorstand für Regierungsbeziehungen bei Raytheon) und der amtierende Lloyd Austin (Vorstandsmitglied bei Raytheon Technologies).<sup>23</sup> Julian Assange sagte dazu 2011 in einem Interview, das Ziel des Afghanistankriegs sei es, Geld aus den Steuertöpfen der USA und Europa zu waschen und es an eine transnationale Sicherheitselite umzuverteilen. Das Ziel sei ein endloser Krieg, nicht ein erfolgreicher.<sup>24</sup> Dieses Statement erklärt den Krieg bestimmt nicht vollumfassend, aber die Umverteilung hat auf jeden Fall stattgefunden. Die Enthüllungen der Afghanistan Papers haben bis heute im deutschen Mainstream nahezu keinen Anklang gefunden. Bei der jetzigen Aufarbeitung des Krieges sollten unter anderem diese Dokumente – wie auch die Pentagon Papers zum Vietnamkrieg – die Basis jeder Auseinandersetzung mit den letzten 20 Jahren Krieg in Afghanistan bilden.

### Anmerkungen

- 1 Whitlock, Craig; “How The Post unearthed The Afghanistan Papers”; WashingtonPost; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 2 Vanden Brook, Tom; “Bombs, missiles falling at record pace in long-running Afghanistan war”; USA Today; 18.11.19; [eu.usatoday.com](http://eu.usatoday.com).
- 3 Bob Crowley, Lessons Learned interview, 8/3/2016; S. 2f.; Washington Post; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 4 Lamothe, Dan/ Hudson, John/ Harris, Shane/ Gearan, Anne; „U.S. officials warn collapse of Afghan capital could come sooner than expected“; WashingtonPost; 10.8.21; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 5 Abed, Fahim/ Ngu, Ash/Nordland, Rod; “How the U.S. Government Misleads the Public on Afghanistan”; NewYorkTimes; 18.9.18; [nytimes.com](http://nytimes.com).
- 6 U.S. Special Forces adviser, Lessons Learned interview, 1/22/2016; S.4; Washington Post; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 7 U.N. official, Lessons Learned interview, 7/31/2015; S.4.; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 8 Christopher Kolenda, Lessons Learned interview, 4/5/2016; S.2; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 9 Glantz, Aaron; „Jimmy Carter: ‚Hamid Karzai Has Stolen the Election‘“; Huffpost; 15.11.09; [huffpost.com](http://huffpost.com).

- 10 Whitlock, Craig; “Part 4: Consumed by corruption”; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 11 [There was so much excess, financed by American taxpayers, that opportunities for bribery and fraud became almost limitless, according to the interviews.]; Whitlock, Craig; “Part 4: Consumed by corruption”; WP; TheAfghanistanPapers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 12 Commanders‘ Emergency Response Program, (CERP).
- 13 Gert Berthold, Lessons Learned interview, 10/6/2015; S.5; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 14 Wikileaks; The Dasht-e-Leili Massacre of Taliban prisoners of war, US FOIA, part I, 2002-2008; 22.7.09; [wikileaks.org](http://wikileaks.org).
- 15 “Rumsfeld snowflake” 2002; WP; TheAfghanistanPapers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 16 U.N. official, Lessons Learned interview, 8/27/2015; S. 3; [„to not cause trouble“]; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 17 Thomas Johnson, Lessons Learned interview, 1/7/2016; S. 13; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 18 Shahmahmood Miakhel, Lessons Learned interview, 2/7/2017; S. 6; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 19 Whitlock, Craig; “Part 6: Overwhelmed by opium“; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 20 Stephen Hadley, Lessons Learned interview, 9/16/2015; WP; The Afghanistan Papers; 9.12.19; [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com).
- 21 Helman, Christopher/ Tucker, Hank; “The War in Afghanistan Cost America \$300 Million per day for 20 Years, with big bills yet to come”; Forbes; 16.8.21; [forbes.com](http://forbes.com).
- 22 Hartung, William; “Profits of War:Corporate Beneficiaries of the Post-9/11Pentagon Spending Surge”; Center for International Policy; Brown University; 13.9.21; S.4; [web.archive.org](http://web.archive.org).
- 23 ebd; S.21; [web.archive.org](http://web.archive.org).
- 24 Wikileaks; “Julian Assange speaking in 2011...”; 18.8.21; 11:44; Twitter; [web.archive.org](http://web.archive.org).

# Die „Wunderwaffe“ des Afghanistan Krieges



von Elsa Rassbach

## Zwei Finger am Abzug: CIA vs. Pentagon

Die ersten Pläne zur Bewaffnung von Drohnen stammen aus der Regierungszeit des demokratischen Präsidenten Bill Clinton. Für das Experiment wurde die „Predator“-Drohne der US-Rüstungsfirma General Atomics ausgewählt, die fast 24 Stunden in der Luft bleiben kann. Bereits unter Clinton waren Predator-Drohnen im Juni 1994 von den USA geflogen und im darauffolgenden Jahr von der NATO während des Bosnienkrieges auf dem Balkan zur Aufklärung eingesetzt worden.

Anfang September 2000 ermächtigte die Clinton-Regierung den US-Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA), Predator-Aufklärungsdrohnen nach Afghanistan zu entsenden, um Osama bin Laden ausfindig zu machen, der verdächtigt wurde, 1998 Anschläge auf US-amerikanische Botschaften in Tansania und Kenia finanziert und organisiert zu haben. Noch vor Ende des Monats gelang es mithilfe der Predators, bin Laden vier Stunden und 23 Minuten lang in Tarnak Farms, einem Al-Qaida-Lager in Afghanistan, zu observieren.

Die CIA drängte anschließend darauf, leichte Panzerabwehrraketen, sogenannte Hellfire-Raketen, an einer Predator-Drohne anzubringen, um bin Laden zu töten. Im Pentagon und bei der CIA stieß die Vorstellung bewaffneter Überwachungsflugzeuge jedoch auf große institutionelle Widerstände. Generalmajor George Harrison, der ehemalige Leiter des Operational Test and Evaluation Center der US Air Force, erklärte dem Journalisten Chris Woods: „Eine Bewaffnung würde von der Hauptaufgabe, nämlich der Aufspürung von Zielen, ablenken. Es gab daher starken – wirklich starken – Widerstand, ich kann es gar nicht genug betonen.“

Darüber hinaus wurden politische Attentate nach 1976, als der republikanische Präsident Ford die Executive Order 11905 erließ, nach US-Recht als illegal

angesehen: „Kein Angestellter der Regierung der Vereinigten Staaten darf sich an politischen Attentaten beteiligen oder sich dazu verschwören.“ Die Fordsche Verordnung wurde als Reaktion auf die Enthüllungen nach Watergate erlassen, die mehrere Attentatsversuche der CIA auf den kubanischen Präsidenten Fidel Castro aufdeckten. Das Dekret wurde von den US-Präsidenten Carter und Reagan erneut bekräftigt.

Zur Zeit des Angriffs auf das World Trade Center am 11. September 2001 befanden sich die neuerdings bewaffneten Predator-Drohnen noch in der Erprobungsphase. Doch nach den Anschlägen erklärte das Weiße Haus, dass die präsidiale Direktive zum Verbot von Attentaten die Vereinigten Staaten nicht an der Selbstverteidigung hindern würde.

Und am 18. September 2001 unterzeichnete Präsident Bush die vom US-Kongress verabschiedete „Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt gegen die Verantwortlichen für die jüngsten Angriffe auf die Vereinigten Staaten“. (Authorization for Use of Military Force), die einen Angriff gegen Al-Qaida in Afghanistan weitgehend legitimierte.

Knapp einen Monat später, am 7. Oktober 2001, lancierte das Pentagon Central Command (CENTCOM) in Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich die „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan. In dieser Nacht veranstaltete das CENTCOM ein gewaltiges Spektakel, an dem insgesamt etwa 40.000 Personen, 393 Flugzeuge und 32 Schiffe beteiligt waren, die lasergesteuerte Munition aus der Luft abwarfen und Tomahawk-Marschflugkörper vom Meer starteten. In derselben Nacht erhielt die CIA die Gelegenheit, den ersten bewaffneten Drohnenangriff in der Geschichte zu führen. Das Ziel war der Taliban-Gründer und Oberbefehlshaber Mullah Mohammed Omar in seinem Hauptquartier in Kandahar. Auf dem Gelände des Hauptsitzes der CIA in Langley, Virginia, steuerten Mitarbeiter der Air Force unter Anleitung von CIA-Analysten die Predator-Drohne von einem Stützpunkt

in Usbekistan nach Kandahar, wobei die Befugnis zum „Abschuss“ möglicherweise beim CENTCOM lag.

Das erste Anzeichen für die Fehleranfälligkeit bewaffneter Drohnen war jedoch, dass die Predator-Drohne nicht das Hauptquartier von Mullah Omar traf, sondern stattdessen ein Fahrzeug außerhalb des Gebäudes zerstörte und mehrere Leibwächter tötete. Dem Taliban-Führer gelang im darauffolgenden Chaos die Flucht. Mullah Omar starb etwa zwölf Jahre später eines natürlichen Todes.

Im Laufe des nächsten Monats trafen die CIA-Drohnen mehr als 40 Ziele der Taliban und der Al-Qaida. Die US-Luftwaffe (USAF) warf der CIA jedoch vor, ihren ersten Drohnenangriff verpfuscht und Mullah Omar die Flucht ermöglicht zu haben, wobei die Air Force ihn in der ersten Nacht der Invasion leicht mit herkömmlichen Bomben hätte töten können. Mit dieser Begründung gelang es dem Pentagon, die partielle Kontrolle über das US-Drohnenprogramm in Afghanistan zu erlangen, um die das Pentagon und die CIA seit jenem ersten bewaffneten Drohnenangriff am 7. Oktober 2001 rivalisierten. Verschiedene US-Präsidenten bevorzugten entweder die CIA oder das Militär. In der Praxis etablierte sich eine Art Mischform der Kontrolle.

### **Eine tödliche „special relationship“**

Am 14. November 2001 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1378, worin bestätigt wurde, dass den Vereinten Nationen eine „zentrale Rolle“ bei der Einrichtung einer Übergangsverwaltung in Afghanistan zukommen sollte. Zudem wurden die Mitgliedstaaten zur Entsendung von Friedenstruppen aufgefordert, um Stabilität und sicheren Zugang für Hilfslieferungen zu gewährleisten. Kanada, Australien, Deutschland und Frankreich sagten ihre künftige Unterstützung zu. Bis zum 17. Dezember 2001 war es den USA und ihren Verbündeten gelungen, die Taliban zu entmachten. Militärstützpunkte wurden quer durch das Land in der Nähe größerer Städte errichtet. Die Aufklärungs- und Zielerfassungseinsätze der Luftwaffen der Koalition wurden vom Gemeinsamen Luftkontrollzentrum (Combined Air Operations Center – CAOC) des USAF Central Command auf der Al Udeid Air Base in Katar geleitet.

Am 20. Dezember 2001 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1386, kraft derer die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) eingesetzt wurde, um die militärischen Operationen im Land zu überwachen und die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden. Als Hamid Karzai 2002 an die Macht kam und das Taliban-Regime ablöste, forderte er die bereits im Land befindlichen internationalen Streitkräfte zur Bekämpfung aufständischer Grup-

pen auf. Im August 2003 trat die NATO als Bündnis auf den Plan und übernahm die Leitung der ISAF.

Die USAF hatte längst ihre eigene Drohne verlangt. Eine neue Drohne von General Atomics mit der vorläufigen Bezeichnung „Predator B“ wurde im Februar 2001 testgeflogen. Sie konnte länger in der Luft bleiben und 500-Pfund-Bomben sowie Hellfire-Raketen abfeuern. 2006 gab die USAF dieser Drohne den Namen „Reaper“ (dt. Sensenmann), um keinen Zweifel daran zu lassen, dass es sich um die erste echte „Jäger-und-Killer“-Drohne handelte, tödlicher noch als das von der CIA entwickelte Modell. Am 1. Mai 2007 wurde das Geschwader „432d Wing“ der USAF auf der Creech Air Base in Nevada mit der Leitung der sich rasch ausweitenden unbemannten Missionen für Präzisionsangriffe und nachrichtendienstliche Aufklärung und Überwachung betraut. Wie wir seit den Enthüllungen des US-Whistleblowers Brandon Bryant im Jahr 2013 wissen, wurden Signale von und nach Creech Air Base über eine Satellitenrelaisstation auf der Ramstein Air Base in Deutschland an einen Satelliten weitergeleitet, der hunderte von Kilometern über der Erde kreist und der wiederum mit den Predator- und Reaper-Drohnen in Afghanistan, im Irak und anderswo kommuniziert.

Im September 2006 hatte das Vereinigte Königreich den US-Kongress um den Kauf eigener Reaper ersucht. Im Oktober 2007 wurde Personal der britischen Royal Air Force (RAF) auf die Creech Air Base in Nevada verlegt, um unter der Anleitung von Drohnenexperten der USAF die RAF-Reaper-Angriffe in Afghanistan durchzuführen. 2013 wurden die RAF-Einheiten von der Creech Air Base zur RAF-Basis Waddington in Lincolnshire, Großbritannien, verlegt. Es kam in Großbritannien zu Protesten, weil das Drohnenprogramm hierdurch „europäisiert“ wurde. Jedoch waren die Drohnen der USAF und der RAF sowieso interoperabel. Informationen aus britischen Quellen, einschließlich der RAF-Reaper-Überwachung, wurden mit den US-Streitkräften im CAOC ausgetauscht und unter Missachtung der für die britische Streitkräfte geltenden Einsatzregeln („Rules of Engagement“) zur Aufspürung von Zielen verwendet. Die Briten beteuerten, Drohnen vorwiegend zum Schutz der Truppen einsetzen zu wollen. Ende 2014 zogen die Briten alle RAF Reaper aus Afghanistan ab. Bis dahin hatte das Vereinigte Königreich insgesamt zehn Reaper erworben, die zusammen mehr als 500 Drohneinsätze in Afghanistan flogen.

Nach dem 1. Januar 2015 ging das internationale Engagement in Afghanistan in eine neue Phase über. Die USA und die NATO starteten die Mission „Resolute Support“ (RSM) zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung („Train, Advise, Assist“) der afghanischen Polizei und Armee: eine Mission, die angeblich keine

Kampfeinsätze beinhaltete. Bis Oktober 2016 stellten 39 Länder Soldat\*innen für die RSM zur Verfügung. Gleichzeitig begannen die USA ihre eigene Anti-Terror-Mission mit bewaffneten Drohnen in Afghanistan, um Al-Qaida und deren Verbündete zu jagen, aber auch zum Schutz der Streitkräfte. Die afghanische Luftwaffe wurde ab 2015 zur einzigen Streitmacht neben den USA, die Luftangriffe in Afghanistan durchführte.

### **Kaum Licht im Dunkel der Zahlen**

In den zwei Jahrzehnten, die seit dem ersten bewaffneten Drohnenangriff am 7. Oktober 2001 vergangen sind, haben die USA in Afghanistan vermutlich weitaus mehr bewaffnete Drohnenangriffe durchgeführt, als in jedem anderen Land. Es ist nicht bekannt, wie viele Menschen in Afghanistan durch bewaffnete Drohnen getötet wurden, da die US-Regierung darüber wenig Informationen bereitstellt. Sicher scheint, dass die jährliche Zahl der durch Drohnen getöteten Menschen in Afghanistan und in anderen Ländern im Laufe der Zeit dramatisch angestiegen ist.

In den ersten Jahren nach dem CIA Drohnenangriff am 7. Oktober 2001 wurde das Drohnenprogramm von Präsident George W. Bush noch vergleichsweise klein und verdeckt fortgeführt, mit etwa 60 Drohnenangriffen in Afghanistan und in Pakistan. Die Obama-Regierung führte in ihrer Amtszeit zwischen 2009 und 2017 insgesamt mindestens zehnmals so viele Angriffe durch, auch in Ländern wie Jemen und Somalia, d.h. außerhalb „aktiver Konfliktzonen“ (designated zones of armed conflict) wie Afghanistan. Präsident Donald Trump hat die Drohnenangriffe im Vergleich zu Obama schätzungsweise vervier- bis verfünffacht.

Für bestimmte Zeiträume hat die US-Regierung die Zahl der Luftangriffe veröffentlicht, jedoch keine Information über den Ort des Anschlags oder wie viele Menschen getötet worden sind.

Wegen der fehlenden Information haben verschiedene NGOs und Journalist\*innen versucht, die Zahl der Drohnenopfer unter Nutzung von verschiedenen Quellen (u.a. Zeitungsberichte und Fotos) zu schätzen. Die US-Zeitschrift *The Nation* schätzte die Zahl der getöteten Zivilist\*innen in Afghanistan zwischen 2001 und 2012 auf 6.481, davon 5.622 durch den Luftkrieg inklusive Drohnen.

Die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) veröffentlicht seit 2009 Gesamtzahlen der zivilen Opfer, jedoch wird die Zahl der durch Drohnen getöteten Personen nicht angegeben.

2015 hat das ZDF eine „Webstory“ veröffentlicht mit der Einschätzung, dass zwischen 2001 und 2013 in Afghanistan 13.026 Menschen durch Drohnen getötet worden sind. Laut ZDF erfolgte diese Schätzung „auf

Basis von Zahlen des US CENTCOM und des Buches *Sudden Justice* von Chris Woods. Daten wurden nur bis 2013 erhoben“. Das angesehene „Drone Warfare“ Projekt vom Bureau of Investigative Journalism (BoIJ), eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in London, berichtet für den Zeitraum Januar 2015 bis Januar 2020 13.072 bestätigte Luftangriffe (einschließlich Drohnenangriffe) in Afghanistan, 4.126 bis 10.076 gemeldete Tote, darunter 66 bis 184 Kinder, und 658 bis 1.769 Verletzte. BoIJ hat keine Zahlen der Opfer vor Januar 2015 oder nach Januar 2020.

Trotz der akribischen Arbeit des BoIJ und anderen unabhängigen Quellen ist es sehr schwer, über alle zivilen Todesfälle durch Drohnenangriffe in Afghanistan zu berichten. Dies erklärt sich aus dem Umstand, dass eine sehr große Zahl der getöteten afghanischen Zivilisten in abgelegenen ländlichen Gebieten lebte, wohin kein Reporter je seinen Fuß gesetzt hat, wie der österreichisch-afghanische Autor Emran Feroz betont. Und auch das US-Militär macht keine Anstalten, diese Orte aufzusuchen. Laut BoIJ „veröffentlicht die US-Luftwaffe monatliche Zusammenfassungen ihrer Operationen über Afghanistan, einschließlich der Anzahl der geflogenen Einsätze und der Anzahl abgeworfener Bomben und Raketen. Diese Informationen werden mit einem Monat Abstand veröffentlicht und weisen auf eine noch höhere Anzahl von Angriffen aus als die des Bureaus.“

Durch Whistleblower sind jedoch Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, die auf das volle Ausmaß des Massakers an unschuldigen afghanischen Zivilisten durch Drohnenangriffe hinweisen. So veröffentlichte zum Beispiel die US-Online-Zeitschrift *The Intercept* im Jahr 2015 geheime US-Dokumente unter dem Titel „The Drone Papers“, aus denen hervorgeht, dass in dem mehrmonatigen Erfassungszeitraum während der US-Drohnenoperation „Haymaker“ zwischen Anfang 2012 und Februar 2013 in Afghanistan 90% der Getöteten nicht die beabsichtigten Angriffsziele waren. Daniel Hale, ein USAF-Veteran und NSA-Mitarbeiter, der von 2009 bis 2013 an der Identifizierung von Zielpersonen für Drohnenangriffe in Afghanistan beteiligt war, erklärte sich im Juli 2021 schuldig, die geheimen Dokumente an *The Intercept* weitergegeben zu haben und wurde zu 45 Monaten Freiheitsstrafe in einem Bundesgefängnis verurteilt.

### **Nie wieder Afghanistan?**

Fehlerhaftigkeit und Intransparenz ziehen sich wie ein roter Faden durch das gesamte militärische Engagement der USA in Afghanistan, insbesondere das Drohnenprogramm, einschließlich des jüngsten öffentlich bekannt gewordenen US-Drohnenangriffs

in der Nähe des Flughafens in Kabul am 29. August 2021. An diesem Tag erfassten die US-Streitkräfte in Afghanistan per Drohnenüberwachung ein weißes Auto, dessen Fahrer sie sicher als ISIS-K-Terroristen identifiziert zu haben glaubten. Die Drohne(n) hatte(n) den Fahrer dabei beobachtet, wie er an einem vermeintlichen „geheimen Unterschlupf“ der ISIS anhielt, um Munition für einen tödlichen Angriff auf US-Truppen einzusammeln, die am Flughafen Kabul stationiert waren. Die Drohne erhielt den Befehl, mit einer Hellfire-Rakete auf das Auto zu feuern, um die Soldaten vor einem Angriff zu schützen. Dabei tötete sie zehn Zivilisten, alle Mitglieder derselben Großfamilie, darunter auch die sieben Kinder. Die jüngsten waren erst zwei und drei Jahre alt.

Erst am 17. September 2021, nach ausführlicher Berichterstattung, entschuldigte sich US-General Kenneth McKenzie, der oberste Befehlshaber des US-CENTCOM, persönlich im Fernsehen und erklärte seinen Mitbürgern und der Welt: „Es war ein Fehler.“ Die Beamten seien „ernsthaft davon überzeugt“ gewesen, dass eine „unmittelbare“ Bedrohung vorliege. „Dies war kein überstürzter Angriff“, fügte er hinzu. „Die Einsatztruppe hat das Fahrzeug und seine Insassen acht Stunden lang bewusst verfolgt und beobachtet und dabei alle verfügbaren Informationen abgeglichen, um eine hinreichende Gewissheit über die unmittelbare Bedrohung zu erlangen, die dieses Fahrzeug für unsere Streitkräfte darstellte“, so McKenzie.

Das Ausmaß der Enthüllungen und die Gründlichkeit der Aufarbeitung in Bezug auf die Fehler beim Drohnenschlag am 29.8.2021 waren nur deshalb möglich, weil The New York Times und weitere große Nachrichtendienste sich vor Ort befanden, um über die Evakuierung des nahe gelegenen Kabuler Flughafens zu berichten. Dagegen fanden die meisten Drohnenangriffen in ländlichen Gebieten von Afghanistan statt, wo etwaige Fehler nicht bekannt werden.

Als ob all dies nicht passiert wäre, veröffentlichte die neue „Ampel“-Koalitionsregierung folgenden Beschluss in ihrem Koalitionsvertrag (S. 149): „Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen. Bei ihrem Einsatz gelten die Regeln des Völkerrechts, extralegale Tötungen – auch durch Drohnen – lehnen wir ab.“

Auch der US-Drohnenangriff am 29.8.2021 sollte dem Schutz der US-Streitkräfte vor einer unmittelbaren Bedrohung in einem bewaffneten Konflikt dienen und sowohl ethische wie auch sicherheitspolitische

Aspekte berücksichtigen. Es wurden alle Anstrengungen unternommen, um die Gefährdung von Zivilisten auszuschließen, und letztendlich wurde die Genehmigung des Schlags durch einen Offizier des US-Militärs erteilt, der sich zu eben jenem Zeitpunkt auf dem Stützpunkt am bedrohten Kabuler Flughafen befand, an dem sich die US-Truppen aufhielten.

Wo und wie sollte die Bundeswehr bei bewaffneten Drohneneinsätzen in der Lage sein, an bessere Informationen zu gelangen als die USA? Indem sie dort, wo der Angriffsbefehl erteilt wird, Soldaten am Boden hat? Auch die USA hatten sowohl Soldaten als auch den Entscheidungsträger für den Drohneneinsatz direkt vor Ort. Tatsächlich war das Wissen der US-Soldat\*innen in den Einsatzgebieten begrenzt, auch was die Meinungen der afghanischen Soldaten anging, die sie persönlich kannten und direkt ausbildeten. In einer neokolonialen Situation ist dies nicht weiter verwunderlich. Wird dies für Bundeswehrsoldat\*innen sehr viel anders sein? „Der Einsatz bestimmter Waffen, die als grob unmenschlich eingestuft werden oder bei denen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterschieden werden kann, ist bereits nach internationalem Recht verboten,“ schreiben Peter Weiss, internationaler Anwalt und Vizepräsident des Center for Constitutional Rights in den USA, zusammen mit Judy Weiss, Präsidentin der Samuel Rubin Stiftung, in dem Beitrag „Drohnen müssen als Waffen geächtet werden“, der durch das Journal Foreign Policy in Focus im Oktober 2021 veröffentlicht wurde.

Aufgrund widersprüchlicher – und oft auch fehlender – Berichterstattung durch US-Beamte ist nur sehr wenig darüber bekannt, wie viele Nichtkombattanten in den zwanzig Jahren, seit die USA in Afghanistan mit dem Töten mit Drohnen begonnen haben, durch US-Drohnenangriffe ermordet oder verstümmelt wurden. Während die Vereinigten Staaten sich mittlerweile aus Afghanistan zurückgezogen haben, bleiben Tausende von Drohnetötungen ungeklärt, und Washington weigert sich, darüber zu sprechen, so der österreichisch-afghanische Journalist und Historiker Emran Feroz in seinem Beitrag „Death by Drone: America’s Vicious Legacy“. Er zitiert Lisa Ling, eine ehemalige Drohrentechnikerin des US-Militärs, deren Ansicht nach die durch Drohnenangriffe verursachten zivilen Opfer untersucht und als Kriegsverbrechen betrachtet werden müssen. „Ich denke, dass jeder Schlag, bei dem sich zivilgesellschaftliche Vertreter zu Wort melden und uns sagen, dass wir ihre Zivilisten töten, vom Internationalen Strafgerichtshof gründlich untersucht werden sollte, und die internationale Gemeinschaft sollte zuhören“, sagte sie.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sven Wachowiak*

## Fortsetzung des Krieges: Fünf Empfehlungen zum Weiterlesen

von Jacqueline Andres

Die NATO-Truppen sind aus Afghanistan abgezogen, der „Krieg gegen den Terror“ läuft indes weiter. Auch wenn Biden den Begriff „Global War on Terror“ nicht verwendet, so sind die Worte in seiner aufschlussreichen Rede zum Ende des Kriegs in Afghanistan klar: „Wir sind mit der Bedrohung durch Al-Shabaab in Somalia konfrontiert, mit Al-Qaida-Ablegern in Syrien und auf der arabischen Halbinsel und mit ISIS, der versucht, in Syrien und im Irak ein Kalifat zu errichten und in ganz Afrika und Asien Ableger zu gründen. [...] Wir werden den Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan und anderen Ländern fortsetzen.“

Angesichts dieser Drohung kommen hier ein paar Hinweise auf aktuelle Texte für eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema.

1. Was im Krieg in Afghanistan geschah, zeigt Emran Feroz in seinem sehr lesenswerten Buch „Der längste Krieg. 20 Jahre War On Terror“. Dort zeichnet er u.a. sechs Vergehen des Kriegs gegen den Terror in Afghanistan auf: Mehr Terror durch Folter; Kreuzzügler-Kultur; Warlordismus, Korruption und die Lüge der Demokratie; Terror durch Todesengel und CIA-Schergen; die Generierung von Fluchtwellen und die Mär von der Frauenbefreiung. Diese Vergehen werden mit dem fortwährenden Krieg gegen den Terror weiterhin begangen – die große Frage, wie der Krieg gegen den Terror beendet werden kann, bleibt offen. Die Dringlichkeit, dies zu tun, steigt mit jedem Tag und jedem Menschen, der sein Leben in diesem Krieg verliert.

**Emran Feroz: Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror.** Westend Verlag, 2021

2. Denken wir an das erste von Emran Feroz benannte Vergehen – mehr Terror durch Folter – so empfiehlt sich ein im Januar 2021 verfasster offener Brief, in dem sich ehemalige Inhaftierte aus Guantánamo an Präsident Biden richten, um erneut die Schließung des Gefangenenlagers zu fordern: „Guantánamo Bay besteht seit über neunzehn Jahren und wurde ausschließlich für die Unterbringung muslimischer Männer gebaut. [...] Viele von uns wurden vor den Augen ihrer Familien aus ihren Häusern verschleppt und von Staaten, die sich wenig um Rechtsstaatlichkeit scherten, gegen Kopfgeld an die USA verkauft.“

**Mansoor Adayfi, Moazzam Begg, Lakhdar Boumediane, Sami Al Hajj, Ahmed Errachidi, et al.: An Open Letter to President Biden About Guantánamo,** [nybooks.com](https://nybooks.com), 29.1.2021

3. Dem antimuslimischen Rassismus, der im Krieg gegen den Terror eine bedeutsame Rolle spielt, geht Deepa Kumar in der neuen Auflage ihres Buches „Islamophobia and the Politics of Empire Twenty Years after 9/11“ auf den Grund. Den Ursprung davon verortet sie im 16. Jahrhundert und erklärt, wie die „Matrix des antimuslimischen Rassismus“ heute funktioniert.

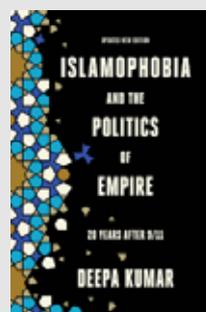
**Deepa Kumar: Islamophobia and the Politics of Empire. 20 Years Since 9/11.** Verso, 2021

4. Bezüglich der Mär von der Frauenbefreiung ist auch der von Anand Gopal geschriebene und Anfang September 2021 im The New Yorker erschienene Artikel „The other Afghan Women“ zu empfehlen. In diesem Artikel greift er die Stimmen von afghanischen Frauen aus dem ländlichen Raum auf, die selten Gehör finden.

**Anand Gopal: The Other Afghan Women. In the countryside, the endless killing of civilians turned women against the occupiers who claimed to be helping them,** [newyorker.com](https://newyorker.com), 6.9.2021

5. Umfassender betrachtet Rafia Zakaria weißen Feminismus und Militarismus in ihrem Buch „Against White Feminism. Notes on Disruption“. Das vierte Kapitel widmet sie den weißen Feminist\*innen und feministischen Kriegen. Dabei zeigt sie auf, wie feministische Wissenschaftler\*innen und Organisationen, u.a. die National Organization for Women, den „Krieg gegen den Terrorismus“ als feministisch erachteten und sich für ihn einsetzten.

**Rafia Zakaria: „Against White Feminism. Notes on Disruption“.** W. W. Norton & Company, 2021. Ab März 2022: „Wie weißer Feminismus Gleichberechtigung verhindert“. hanserblau Verlag.



# SPD offen für Drohnenbewaffnung

Einigung im Ampel-Koalitionsvertrag

von Marius Pletsch

Die SPD war lange auf der Suche nach einer Position zur Bewaffnung von Drohnen. Im Dezember 2020 wurde mit dem Verweis auf eine nicht ausreichende Diskussion über das Thema eine Abstimmung über die Bewaffnung der geleasteten Heron TP Drohnen verhindert.

Um einer Klärung der SPD-Position näherzukommen, wurde am 15. März 2021 eine Projektgruppe vom Parteivorstand eingesetzt, die das Für und Wider bewaffneter Drohnen diskutieren und am Ende eine Empfehlung abgeben sollte. Unter dem Vorsitz der ehemaligen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin wurde seitdem in insgesamt fünf Sitzungen und einer öffentlichen Anhörung diskutiert.

Passend zu den beginnenden Koalitionsgesprächen mit den Grünen und der FDP, hat die Projektgruppe am 12. Oktober 2021 einen Abschlussbericht vorgelegt, in dem sich generell für die Bewaffnung von Drohnen geöffnet wird. In dem längeren SPD-Papier werden drei Hauptargumente von Kritiker\*innen einer Drohnenbewaffnung aufgegriffen: dass es effektivere Waffensysteme zum Schutz der Soldat\*innen gebe und denen durch die Ausgaben für Drohnen die Mittel entzogen würden, dass Drohnen die Zivilbevölkerung „entfremden“<sup>1</sup> – eine sehr zahme Formulierung, wenn man Schilderungen von Betroffenen liest – und so die Akzeptanz von „stabilisierenden Einsätzen unterminieren“<sup>2</sup> könnten; und letztlich, dass Drohnen eine Gefahr hin zur Weiterentwicklung zu „vollautomatisierten Waffensystemen“<sup>3</sup> bergen könnten. Letztlich überwiege aber das Schutzargument und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit in Bündnissen“<sup>4</sup>. Da die Arbeitsgruppe anscheinend kein weiteres Pro-Argument erdenken konnte, aber trotzdem ein „Gleichgewicht“ mit den drei Contra-Punkten zaubern wollte, steht im Abschlussbericht stattdessen: „Die grundsätzlichen Einwände der Kritikerinnen und Kritiker sind gewichtig und sollten bei der weiteren Begleitung des Einsatzes bewaffneter Drohnen mitbedacht werden“.<sup>5</sup>

Der Empfehlung für die Öffnung der Drohnenbewaffnung konnten sich von 13 Mitgliedern der Projektgruppe nur zwei nicht anschließen.<sup>6</sup>

Die FDP dringt schon lange auf die Drohnenbewaffnung. Und auch die Grünen haben sich erst an ihrem Programmparteitag für die Bundestagswahlen vom 11. bis 13. Juni 2021 mit folgendem Passus der Drohnenbewaffnung offen gegenüber gezeigt: „Bewaffnete Drohnen wurden und werden vielfach auch von unseren Bündnispartnern für extralegale Tötungen und andere völkerrechtswidrige Taten eingesetzt. Ein solcher Einsatz ist für uns GRÜNE undenkbar und mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. Gleichzeitig erkennen wir an, dass diese Systeme Soldat\*innen in gewissen Situationen besser schützen können. Deshalb muss klargemacht werden, für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten Drohnen überhaupt eingesetzt werden sollen, bevor über ihre Beschaffung entschieden werden kann. Auch technische Herausforderungen wie mögliche Hackability müssen in der Gesamtabwägung eine wichtige Rolle spielen“.<sup>7</sup>

Insofern war es leider auch keine Überraschung, dass damit der Weg für die folgende Passage des Ende November 2021 veröffentlichten Koalitionsvertrages der Ampel-Regierung bereitet war: „Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen.“<sup>8</sup>

## Die (Weiter-)Entwicklung der SPD-Kriterien

Das Bundesverteidigungsministerium kommt in dem Bericht der SPD-Arbeitsgruppe nicht gut weg: Durch „die jahrelange Blockade“<sup>9</sup> des BMVg sei ein transparenter und ausführlicher Debattenprozess „ver-

säumt worden“<sup>10</sup>, trotz zweier Koalitionsverträge und eines Maßgabe-Beschlusses des Bundestages. Auch der Zeitpunkt und die schnelle Beendigung der durch das BMVg durchgeführten Drohnendebatte bekommt sein Fett weg.<sup>11</sup>

In dem Papier wird folgende Empfehlung ausgesprochen: „Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen kommt die Projektgruppe zu der Empfehlung, dass eine Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten bei mit dem Völkerrecht und den Bündnisverpflichtungen Deutschlands in Einklang stehenden Auslandseinsätzen und unter klarer Berücksichtigung unserer Grundsätze und der Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen in Erwägung gezogen werden kann“.<sup>12</sup>

Folgende „harte und verbindliche Kriterien“<sup>13</sup> werden durch die Projektgruppe nochmal wiederholt, teils auch leicht verändert und konkretisiert. Die Punkte sind so auch bereits in dem Liebe-Freunde-Brief vom 2. Juli 2020 zu finden, den die zu dem Zeitpunkt stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gabriela Heinrich, der Verteidigungspolitische Sprecher Fritz Felgentreu und der Abrüstungspolitische Sprecher Karl-Heinz Brunner zusammen verfasst hatten. Im Folgenden wird nur auf die Abweichungen aufmerksam gemacht:

Beim Punkt „Ausdrückliches Verbot von extralegalen Tötungen“<sup>14</sup> wird nun nicht länger nur Bezug auf das Völkerrecht, sondern auch auf das Grundgesetz genommen.

Beim Punkt zu autonomen Waffensystemen gibt es eine Veränderung: Im Brief hieß es: „Kategorische Ablehnung von vollautomatisierten Drohnen und anderen Waffensystemen“.<sup>15</sup> Nun heißt der Punkt: „Kategorische Ablehnung von vollautomatisierten Drohnen und anderen letalen autonomen Waffensystemen“.<sup>16</sup> Warum die Projektgruppe hier die Formulierung „letalen autonomen Waffensystemen“ nutzt, bleibt unklar. Das Kriterium der Letalität ist in den Gesprächen der Regierungsexpert\*innen bei der UN-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) in Genf, wo seit 2013 über das Thema gesprochen wird, umstritten und es gibt Bewegung, auch solche autonomen Waffensysteme in einem möglichen normativen und operativen Rahmen mit einzubeziehen, die weniger tödlich wären, also z.B. mit Elektroschockwaffen oder Gummigeschossen ausgerüstet wären. Auch der weiterführende Text zu dem Punkt ist komplett überarbeitet und stellt die Entscheidung zum Gewalteininsatz eines sich vor Ort im Einsatzland befindenden Menschen deutlicher ins Zentrum. Weiter wird die „Erstellung und Offenlegung eines verbindlichen Einsatzkonzeptes für bewaffnete Drohnen“ eingefordert, nun explizit „durch die Bundesregierung“.<sup>17</sup> Transparenz und Öffent-

lichkeit gegenüber dem Parlament soll nicht länger „erzeugt“<sup>18</sup> werden, sondern ist „sicherzustellen“.<sup>19</sup> Wenn Änderungen erfolgen sollten, soll der Bundestag nun „unverzüglich“<sup>20</sup> darüber informiert werden.

Der Einsatz von bewaffneten Drohnen soll nur dann erfolgen, wenn dieser „*einschließlich der hier aufgeführten Konditionen* [kursiv durch Autor] explizit im vorgelegten Bundestagsmandat für den jeweiligen Auslandseinsatz der Bundeswehr vorgesehen ist“.<sup>21</sup> Die kursiv gesetzte Passage ist neu.

Im Liebe-Freunde-Brief wurde die „Verortung des operativen Hauptquartiers mit den Kontroll- und Steuereinheiten für Drohnen im Einsatzland“ gefordert, da man sonst „mögliche völkerrechtliche Verwerfungen“<sup>22</sup> befürchtete. Der Punkt hat zwar einen abgespeckten ersten Satz, jedoch wird es darauf nochmal konkreter: „Verortung des operativ Entscheidenden im Einsatzgebiet. Die Entscheidungs-, Kontroll- und Steuereinheiten für Drohnen und deren Einsatz müssen im mandatierten Einsatzgebiet stationiert sein; es darf also keine Entscheidung aus der Ferne geben“.<sup>23</sup> Es folgten noch die Begründung, dass so die Lage realistischer eingeschätzt werden könne und der erneute Verweis auf die möglichen völkerrechtlichen Verwerfungen.<sup>24</sup> Somit ist der Punkt hinsichtlich der vor Ort zu stationierenden Infrastruktur und der Personen konkretisiert und statt Einsatzland wird Einsatzgebiet verwendet, was einen größeren Spielraum lässt. Statt „[g]rößtmögliche Fürsorge und psychologische Begleitung für das Bediener- und Kontrollpersonal, um mögliche psychische Belastungen auszugleichen“<sup>25</sup> heißt es nun: „Bestmögliche Ausbildung, Fürsorge, Betreuung und Nachsorge für die Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatzgebiet die unmittelbaren Entscheidungen zu treffen haben“.<sup>26</sup> Die von den Einsätzen betroffene Zivilbevölkerung war beim Liebe-Freunde-Brief komplett ausgeblendet worden, nun wird ihr immerhin ein nachgeschobener Satz, wohlgermerkt kein eigener Punkt, zugestanden: „Zu diesem Forderungskatalog gehört auch die Folgen eines Einsatzes von Drohnen auf die betroffene Zivilbevölkerung zu berücksichtigen, einschließlich etwaiger Betreuung und Fürsorge“.<sup>27</sup> Jedoch ist diese Formulierung doch sehr schwach und unkonkret.

### **Weitere (blumige) Forderungen**

Also viel Neues gibt es bei den nur leicht veränderten Empfehlungen bzw. Bedingungen nicht. Da sind die weitergehenden Empfehlungen des Papiers der SPD-Arbeitsgruppe fast schon interessanter, aber größtenteils dafür auch noch unkonkreter. Eine weitere Beobachtung ist, dass die Projektgruppe in vier von sechs Punkten die SPD auffordert etwas zu unternehmen und in zwei Fällen im Namen der Partei spricht:



Bildmontage des Symbols der SPD und einer Heron-Drohne. Quelle: Eigene Montage/Wikimedia Commons/Matti Blume.

Die SPD wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die nächste Bundesregierung ein „internationales Regime zur Kontrolle bewaffneter Drohnen“ initiieren und die „Durchsetzung bestmöglich“<sup>28</sup> fördern solle. In einem solchen Kontrollinstrument könnten Einsatzprinzipien festgeschrieben und der Export von Drohnen auf jene Staaten beschränkt werden, die diese Prinzipien achten. In welchem Forum dies passieren soll, lässt die Gruppe so offen wie die Form. Die Formulierung der „bestmöglichen“ Durchsetzung lässt keine hohen Erwartungen aufkommen.

Die Projektgruppe fordert die SPD außerdem auf, in einer „künftigen Bundesregierung ihre bisherigen Bemühungen zur Ächtung von LAWS im Rahmen der Genfer ‚UN Konvention über bestimmte konventionelle Waffen‘ (Convention on Certain Conventional Weapons, CCW) nachdrücklich zu intensivieren. Die künftige Bundesregierung solle aufzunehmende Verhandlungen für ein rechtsverbindliches CCW-Protokoll zum Verbot von LAWS unterstützen. [...] Bis zum Abschluss verbindlicher völkerrechtlicher Regelungen soll die Bundesregierung zeitgleich die Ächtung von Erforschung, Entwicklung und Anwendung von LAWS durch eine Normentwicklung jenseits rechtsverbindlicher Instrumente vorantreiben“.<sup>29</sup> Die Gespräche in Genf laufen aber schleppend und ob ein Mandat für den Eintritt in Verhandlungen über ein neues Protokoll im Rahmen der CCW erreicht werden kann, ist durch das Konsensprinzip, sehr unwahrscheinlich. Man kann den Absatz als einen Seitenhieb auf Heiko Maas lesen, der als Außenminister mitverantwortlich für die Linie der Diplomat\*innen in Genf zeichnet, die sich ledig-

lich für eine unverbindliche politische Erklärung in Partnerschaft mit Frankreich aussprachen, aber trotz der Sonntagsreden des Außenministers nie ein rechtsverbindliches Verbot gefordert haben.

Die Projektgruppe fordert die SPD weiter auf, in einer künftigen Bundesregierung ein Rüstungsexportgesetz vorzulegen, womit Exporte auch von Drohnen in Länder der EU, der NATO und gleichgestellten Ländern sowie „im begründeten Einzelfall und bei Ratifizierung und konsequenter Umsetzung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) möglich“<sup>30</sup> sein soll. Hier geht es generell um Rüstungsexporte, die Forderung wäre ein willkommener Schritt. Ein Rüstungsexportkontrollgesetz wurde erst am 14. Oktober 2021 von 43 Organisationen der Zivilgesellschaft gefordert.<sup>31</sup> Zu dem Thema steht im Sondierungspapier: „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik brauchen wir verbindlichere Regeln und wollen daher mit unseren europäischen Partnern eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung abstimmen“.<sup>32</sup> Das liest sich je nach Lesart wie ein großer Bremsklotz, da eine Einigung auf EU-Ebene dauern könnte und wenig aussichtsreich wäre und selbst falls es zu einer Einigung kommen würde, das Ergebnis der kleinste gemeinsame Nenner wäre. Agnieszka Brugger, die für die Grünen in der Gruppe „Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Außen, Menschenrechte“ verhandelt, schreibt zwar auf Twitter, dass mit verbindlichen Regeln ein nationales Gesetz gemeint sei,<sup>33</sup> ob sich dafür aber vorher die Staaten in der EU auf eine gemeinsame Linie einigen müssten, bleibt offen. Bei der Entwicklung des gemeinsamen Rüstungsprojekts mit Frankreich und Spanien, dem

Next Generation Weapon System im Future Combat Air System, soll das Prinzip der „bedeutsamen menschlichen Kontrolle“ als „verbindlich berücksichtigt“ und „menschliche Kontrolle [...] beim Einsatz und bei der praktischen Anwendung durchgehend gewährleistet“<sup>34</sup> sein. Warum beim Einsatz und bei der praktischen Anwendung das „bedeutsamen“ vor der „menschlichen Kontrolle“ weggefallen ist, bleibt das Geheimnis der Projektgruppe und macht stutzig. Ferner soll geprüft werden, ob für eine Stärkung der Beteiligungsrechte des Bundestages z.B. das Parlamentsbeteiligungsgesetz weiterentwickelt werden sollte.<sup>35</sup> Schade, dass es hier nur einen Prüfauftrag gibt und nicht eine klare Forderung nach einer Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte. Zu einer Fortentwicklung der Friedenspolitik von Willy Brandt wird nachdrücklich aufgefordert, wobei hier auch „Aspekte der künftigen Bewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr berücksichtigt werden“<sup>36</sup> müssten. Hier lässt sich viel reininterpretieren. Eine Möglichkeit der Interpretation wäre eine nicht explizit geforderte Überprüfung von Rüstungsprojekten und ob diese mit den Zielen einer Friedenspolitik nach Willy Brandt kompatibel wären.

## Fazit

Nach seiner Fertigstellung sollen die beiden damaligen Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken sowie der seinerzeitige Generalsekretär Lars Klingbeil den Abschlussbericht laut einem Bericht der Tageschau „zustimmend zur Kenntnis genommen“ haben.<sup>37</sup> Zwar wurde gesagt, der Bericht solle als „Grundlage für die weitere Diskussion in der Partei“ dienen. Ob dies aber überhaupt noch geschehen wird, nachdem sich dem Vernehmen nach die Ampel-Verhandler\*innen einschließlich SPD bereits auf die Bewaffnung von Drohnen geeinigt haben sollen, darf bezweifelt werden. Die klaren Signale jedenfalls, die von dem SPD-Abschlussbericht ausgesendet wurden, scheinen angekommen zu sein, wodurch der Weg in Richtung einer Entscheidung für eine Bewaffnung von Drohnen in dieser Legislaturperiode leider vorgezeichnet wurde.

## Anmerkungen

- 1 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 4. Online unter: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20211012\\_Bericht\\_PG\\_Drohnen.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20211012_Bericht_PG_Drohnen.pdf).
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd, S. 5.
- 6 Vgl. Ebd.
- 7 Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist

- drin. [Bundestagswahlprogramm 2021](#), S. 253.
- 8 Mehr Fortschritt wagen, Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP.
- 9 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 1.
- 10 Ebd.
- 11 Vgl. Ebd.
- 12 Ebd., S.5.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Heinrich, Gabriela/Felgentreu, Fritz/Brunner, Karl-Heinz (2.7.2020): Liebe-Freunde-Brief zum Thema „Bewaffnung von Drohnen“, S. 2. Online unter: [https://www.dbwv.de/fileadmin/user\\_upload/Mediabilder/DBwV\\_Info\\_Portal/Blickpunkt/2020/07\\_Juli/Brief\\_SPD\\_Drohnen.pdf](https://www.dbwv.de/fileadmin/user_upload/Mediabilder/DBwV_Info_Portal/Blickpunkt/2020/07_Juli/Brief_SPD_Drohnen.pdf).
- 16 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 5.
- 17 Ebd.
- 18 Heinrich, Gabriela/Felgentreu, Fritz/Brunner, Karl-Heinz (2.7.2020): Liebe-Freunde-Brief zum Thema „Bewaffnung von Drohnen“, S. 2.
- 19 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 5.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd., S. 6.
- 22 Heinrich, Gabriela/Felgentreu, Fritz/Brunner, Karl-Heinz (2.7.2020): Liebe-Freunde-Brief zum Thema „Bewaffnung von Drohnen“, S. 2.
- 23 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 6.
- 24 Vgl. Ebd.
- 25 Heinrich, Gabriela/Felgentreu, Fritz/Brunner, Karl-Heinz (2.7.2020): Liebe-Freunde-Brief zum Thema „Bewaffnung von Drohnen“, S. 2.
- 26 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 6.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd., S. 7.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Vgl. Appell für mehr Rüstungskontrolle 26.10.2021. Online unter: <https://dfg-vk.de/appell-fuer-mehr-ruestungskontrolle/>.
- 32 Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (15.10.2021), S. 12. Online unter: <https://www.tagesschau.de/sondierungen-153.pdf>.
- 33 Brugger, Agnieszka (16.10.2021): Tweet online unter: [https://twitter.com/dfgvk\\_bv/status/1449285559692763137](https://twitter.com/dfgvk_bv/status/1449285559692763137).
- 34 Abschlussbericht der SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen, 12.10.2021, S. 7.
- 35 Vgl. Ebd.
- 36 Vgl., S. 8.
- 37 Küstner, Kai: Der Drohnen-Widerstand der SPD schwindet. In: [Tagesschau.de](#), 26.10.2021.

# Schlechte Nachrichten für Rheinmetall

## Rheinmetall verliert vor Gericht in Italien

von Jacqueline Andres

Rheinmetall hat vor Gericht verloren – das ist ein „großartiges Ergebnis dank der Mobilisierung von Bürger\*innen, Verbänden und Gewerkschaften“.<sup>1</sup> Der italienische Staatsrat, in etwa zu vergleichen mit dem Bundesverwaltungsgericht, hat am 10. November 2021 die Baugenehmigungen, die Rheinmetall Waffe Munition GmbH für den Ausbau ihrer berüchtigten Bombenfabrik auf Sardinien erhalten hat, als ungültig erklärt und aufgehoben.

Zuvor hatten die Umweltorganisation Italia Nostra, die Basisgewerkschaft Sardinien (Unione Sindacale di Base per la Regione Sardegna) sowie der Verein Assotziu Consumadoris Sardigna Onlus im Jahr 2020 beim regionalen Verwaltungsgericht Berufung gegen die erteilten Genehmigungen eingelegt, diese wurde jedoch in erster Instanz abgelehnt. Trotz der hohen Gerichtskosten und der Ungewissheit, ob ein Sieg vor Gericht zu erlangen sei, haben die Organisationen sich dazu entschlossen, das Risiko erneut einzugehen. Unterstützt wurden sie dabei u.a. von der Kampagne Stop Rheinmetall Waffe Munition, die Spendengelder für die anfallenden Gerichtskosten sammelte. Zum anderen leistete die Kampagne transnationale Informationsarbeit und startete zusammen mit weiteren Verbänden und Einzelpersonen einen Appell, um die Genehmigungen für den Ausbau der Produktionsstätte Rheinmetalls in Domusnovas-Iglesias aufzuheben. Der Ausbau ist nicht nur unmoralisch, sondern auch rechtswidrig.

So erfolgte die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung nicht und der Bau verstieß gegen städtebauliche, landschaftliche und ökologische Belange. Abgesehen davon wurden 1.) das Aarhus-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und 2.) die Seveso-Richtlinie zur Verhütung schwerer Betriebsunfälle mit gefährlichen Stoffen und zur Begrenzung der Unfallfolgen nicht eingehalten.

In ihrer Pressemitteilung bedanken sich die beteiligten Organisationen bei allen, die bei dieser Auseinandersetzung mitgemacht oder diese unterstützt haben. Nur dank der vielen Menschen und Organisationen, die von der Wichtigkeit dieser Auseinandersetzung überzeugt waren, konnte dies gelingen. Auch aus der BRD kam ihnen u.a. finanzielle Unterstützung zu, die erheblich zu der Entscheidung der Gruppen beigetragen hat, erneut den mutigen Schritt vor Gericht zu wagen. In der Pressemitteilung zum Gerichtsurteil erklären sich die Gruppen zudem optimistisch gestimmt: „Der Kampf ist noch lang, aber ein großer Schritt ist getan!“ Jetzt wird es in der Auseinandersetzung darum gehen, Druck auf Rheinmetall auszuüben, den bereits durchgeführten Teil des Ausbaus abzureißen und schließlich das gesamte Werk aufzugeben, da die genannten Gruppen nicht nur gegen den Ausbau des Werkes, sondern insgesamt gegen die militärische Nutzung der Insel Sardinien aktiv sind.



Proteste vor RDM in Macassar, einem Stadtteil von Kapstadt, am 29. Oktober 2021. Quelle: Privat.



Aufgehängte Protestschilder bei der Kundgebung vom 29. Oktober 2021 in Macassar. Quelle: Privat.

Dies dürfte die dritte herbe Nachricht für Rheinmetall in diesem Monat sein. In der Nacht vom 31. Oktober 2021 kam es zu einer unbeabsichtigten Explosion auf dem Gelände von Rheinmetall Denel Munition (RDM) in der Nähe der Gemeinde Macassar in Südafrika. Verletzt wurde zwar niemand durch den riesigen Feuerball, der dabei entstand, doch es handelt sich hierbei um die fünfte unkontrollierte Explosion in dem Werk seit dem fatalen Unfall im Jahr 2018, bei dem acht Arbeiter\*innen von Rheinmetall starben.<sup>2</sup> Bis heute ist dieser tödliche Unfall nicht aufgeklärt. Am 1. November 2021 demonstrierten Anwohner\*innen vor

dem Werk, um gegen die hinterherhinkende Aufarbeitung der Todesfälle zu demonstrieren und forderten die Werkschließung<sup>3</sup> – dies taten sie bereits schon wenige Tage zuvor, am 29. Oktober 2021. Der Druck gegen das Werk steigt und es ist fragwürdig, ob Rheinmetall es noch lange halten kann. Zu einer weiteren unbeabsichtigten Explosion kam es auch in der Nacht auf den 10. November 2021 auf dem Produktionsgelände von Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß. Bislang deuten keine Hinweise auf einen Anschlag oder einen Sabotageakt hin – das heißt, das Unternehmen hat einen Bereich seiner Munitionsbunker aus Versehen selbst in die Luft gejagt. Laut eines Polizeisprechers habe die Druckwelle erhebliche Schäden an Betriebsgebäuden in einem Radius von 200 Metern verursacht und Teile des Munitionsbunkers auf dem Werkgelände und im angrenzenden Wald verteilt. Verletzt wurde niemand. Am 14. November 2021, fand auch hier wieder eine Kundgebung statt – die Initiative „Friedensaktion Lüneburger Heide“ forderte ein Ende der Kriegswaffenproduktion von Rheinmetall.<sup>4</sup>



Angehörige fordern die Aufklärung des Todes von acht RDM-Arbeitern. Quelle: Privat.

#### Anmerkungen

- 1 L'ampliamento della RWM è illegittimo, lo stabilisce il Consiglio di Stato, [italianostra.org](https://italianostra.org), 11.11.2021
- 2 Eunice Stoltz: 'It is no longer safe for Denel to be based in Macassar', [mg.co.za](https://mg.co.za), 2.11.2021
- 3 Mwangi Githahu: Families of victims killed in the 2018 Denel explosion demand closure of munitions factory, [iol.co.za](https://iol.co.za), 1.11.2021
- 4 Explosion bei Rheinmetall: Ursache ist weiter unklar, [ndr.de](https://ndr.de), 11.11.2021

# Elektromobilität als rüstungsindustrielles Programm?

Batteriezellenentwicklung am Beispiel Tübingen

von Christoph Marischka

Während bedingt durch die Fußball-Europameisterschaft 2021 täglich das Fußball- und Fernsehpublikum von VW und BMW in Werbespots davon überzeugt wurde, dass Autofahren Spaß macht und der „Way to Zero“ eben darin bestünde, sinnlos und alleine in sportlichen Elektro-Autos durch die Gegend zu fahren,<sup>1</sup> gaben sich der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs und der grüne Oberbürgermeister Tübingens am 21. Juni 2021 – dem Tag der Sommerwendekneipe – ein Stelldichein mit Vorständen der Porsche AG. Gemeinsam wurde verkündet, dass Porsche in die Entwicklung und Produktion von Batteriezellen einsteigen würde und hierzu den Bau einer Fabrik in Tübingen plane.

Anlass der Meldung war die Gründung eines „Gemeinschaftsunternehmens“, an dem neben Porsche (mit 83,75%) das Unternehmen Customcells aus Itzehoe (Schleswig-Holstein) beteiligt ist. Bei Letzterem handelt es sich um eine Ausgründung aus der (öffentlich finanzierten) Forschung des dort ansässigen Fraunhofer-Instituts für Siliziumtechnologie (ISIT). Der grüne Oberbürgermeister Tübingens freute sich in der dazu veröffentlichten Pressemitteilung darüber, „dass in unserer Stadt künftig ein weiterer Baustein für mehr umweltfreundliche Mobilität entstehen soll“.<sup>2</sup> In derselben Pressemitteilung wird auch Porsche-Vorstandsmitglied Michael Steiner zitiert, wonach es folgerichtig sei, „dass wir diese Hochleistungstechnologie zunächst im härtesten Wettbewerbsumfeld erproben - dem Motorsport“. Susanne Preuß, die für die FAZ berichtete, schrieb dort entsprechend: „Porsche steigt in Entwicklung und Produktion von Batteriezellen ein, die vor allem für Rennwagen und Supersportwagen eingesetzt werden und entsprechend leistungsstark sein sollen“.

Der Artikel des Schwäbischen Tagblatts beginnt demgegenüber geradezu euphorisch: „Der längste Tag des Jahres hat mit einer guten Nachricht für Tübingen begonnen: Der Sportwagenhersteller Porsche steigt in

die Batterie-Produktion ein und hat dafür das Gemeinschaftsunternehmen Cellforce Group mit dem in Tübingen angesiedelten Spezialisten Customcells gegründet. Sitz dieses Joint Ventures ist Tübingen. Porsche will hier auch seine Fabrik für Hochleistungsbatterien errichten, doch dafür müssen noch juristische Hürden überwunden werden“.<sup>3</sup> Demgegenüber wird Palmer in der Pressemitteilung zitiert: „Die Hochleistungs-Batteriezellen passen auch ganz hervorragend zu unserem ehrgeizigem Klimaschutzprogramm, bis 2030 CO2-neutral zu werden“. Und im Schwäbischen Tagblatt: „Tübingen soll der Porsche unter den Klimaschutz-Städten werden“. Dieser Artikel ist illustriert mit einem Foto der beiden grünen Politiker mit Vorständen von Porsche und dem Geschäftsführer von Customcells vor einem „Porsche Taycan Turbo S“.

## Klimaschutz-Batterien?

In der nun bereits mehrfach zitierten Pressemitteilung stellt sich das junge Unternehmen Customcells aus Itzehoe als „eines der führenden Unternehmen in den Bereichen der Entwicklung und Serienfertigung spezieller Lithium-Ionen-Batteriezellen“ vor.

Alleine der Begriff „Lithium“ sollte allerdings aufhorchen lassen, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Auch dieser Rohstoff ist nur begrenzt vorhanden und die größeren Vorkommen konzentrieren sich auf wenige Länder, die überwiegend sehr weit von Tübingen und den deutschen Autobahnen entfernt liegen, wo die Batterien (angeblich) zum Einsatz kommen sollen: Bolivien, Argentinien und Chile. Erst kürzlich berichtete tagesschau.de über den „Lithium-Rausch in den Anden“ - und über die damit verbundenen Probleme. Denn der Abbau von Lithium sei „ein sehr wasserintensiver Prozess, ausgerechnet in einer der trockensten Regionen der Welt“.

Auch in der Sahel-Region, die bereits jetzt vom Klimawandel stark betroffen ist und wo dieser zum

Eskalieren bewaffneter Konflikte beiträgt, soll künftig Lithium abgebaut werden. Aktuell plant das australische Bergbauunternehmen Firefinch gemeinsam mit dem chinesischen Lithium-Produzenten Gangfeng den Bau einer Mine im Süden Malis. Die Produktion soll Anfang 2024 beginnen, während aktuell die Bundeswehr nahe der Hauptstadt Bamako im Rahmen einer EU-Militärmission (EUTM Mali) die Armee der amtierenden Putschregierung ausbildet und im Norden des Landes mit über 1.000 Kräften im Rahmen eines UN-Stabilisierungseinsatzes (MINUSMA) stationiert ist. Einem Werbevideo auf der Homepage des Bergbauunternehmens<sup>4</sup> ist u.a. zu entnehmen, dass das benötigte Wasser dem Selingue-Damm entnommen werden soll, der mit sehr begrenztem Zufluss bislang eine zentrale Rolle für die Landwirtschaft in verschiedenen Teilen des Landes spielt. Der Abtransport des Lithium-Erzes erfolgt demnach mit LKW durch die Côte d'Ivoire, wo es im Hafen von Abidjan auf Schiffe verladen und dann vermutlich erst einmal nach Asien zur Weiterverarbeitung transportiert wird. Als Hauptabnehmer von Gangfeng Lithium werden zum Ende des Videos u.a. Tesla, Samsung, Panasonic, VW und BMW genannt. Dabei ist Lithium bei weitem nicht der einzige und auch nicht rarste Rohstoff, der für die Elektromobilität in großen Mengen benötigt wird. Andere der beteiligten Rohstoffe gehören zu jener Gruppe, die bezeichnenderweise unter dem Begriff „Seltene Erden“ zusammengefasst wird.

## Rüstung und Drohnen

Es gibt aber noch andere Anwendungsgebiete für solche „speziellen“ Hochleistungs-Batterien, wie sie Customcells entwickelt und künftig gemeinsam mit Porsche herstellen will. Darauf stößt man schnell, wenn man die Homepage des jungen Unternehmens betrachtet und sich die dort genannten „Partner“ anschaut. Hier wird u.a. das Unternehmen ALSE genannt, die Abkürzung steht für „Advanced Lithium Systems Europe“. Es handelt sich dabei um ein weiteres Gemeinschaftsunternehmen. Beteiligt sind hier das deutsche Rüstungsunternehmen Atlas Elektronik und der griechische Batteriehersteller Sunlight Systems, der auf Batterien für U-Boote spezialisiert ist. Auch Atlas Elektronik ist v.a. im Bereich der maritimen Rüstung aktiv und bietet neben U-Booten und anderen Kriegsschiffen u.a. Torpedos und autonome Systeme – Drohnen – an. Das ist offenbar kein Zufall, denn auch ein weiterer gelisteter Partner von Customcells, das US-amerikanische Elektronik-Unternehmen Keysight Technologies, ist in dieser Branche aktiv.

Eine weitere Pressemitteilung des Unternehmens Customcells kündigte am 28. Juli 2021 – einen guten Monat nach der Ankündigung der Zusammenarbeit mit Porsche – auch die Kooperation mit dem Münchner Unternehmen Lilium an, das künftig Flugtaxi produzieren will. Hier beschreibt sich Customcells offen als Zulieferer für Kunden aus den Bereichen „internationale Luftfahrt, Automotive und Rüstung“ („CUSTOMCELLS, who supply international aviation, automotive



Der künstliche See Selingue, der durch den Selingue-Damm entstanden ist. Er ist sowohl für die Landwirtschaft als auch die Fischerei bedeutend. Ein Großteil des in Bamako verkauften Fisches kommt aus diesem See. Quelle: Wikipedia/Olivier Epron.



Vorreiter der Lithium-Batteriezellen-Produktion mit Querverbindungen zur Rüstungsindustrie. Quelle: CUSTOMCELLS®.

and military customers, including Porsche AG...)<sup>5</sup> Außerdem gibt das Unternehmen dort an, als Investoren „Vsquared Ventures“ und „468 Capital“ gewonnen zu haben. Vsquared Ventures ist ein ebenfalls in München ansässiger Fonds für Risikokapital, der u.a. früh beim Münchener Weltraumunternehmen Isar Aerospace eingestiegen war und auch darüber hinaus in seinem Portfolio einen Schwerpunkt auf Luft- und Raumfahrt erkennen lässt.

Denn natürlich brauchen auch unbemannte Systeme – Drohnen – Energie und entsprechend Batterien. Und unbemannte Systeme sind gerade dabei, nicht nur unseren Alltag, sondern auch die Kriegführung zu revolutionieren. Im Krieg 2020 zwischen Armenien und Aserbaidschan um die umstrittene Region Bergkarabach haben sie erstmals eine entscheidende Rolle gespielt. Angeblich jagten sie im Frühjahr 2021 in Libyen erstmals vollautonom – also ohne menschliches Zutun – Angehörige der gegnerischen Kräfte. In Deutschland ist seit dem eine lebhafte Debatte entbrannt, dass man nun auch unbedingt bewaffnete Drohnen bräuchte, um auf den Schlachtfeldern der Zukunft mithalten zu können. Das „Future Combat Air System“ (FCAS) befindet sich allerdings schon länger in Planung. Es soll im Kern aus einem bemannten Kampfflugzeug der nächsten Generation bestehen, das aber von einem ganzen Schwarm unbemannter Systeme begleitet wird, die weitgehend autonom agieren. Vor wenigen Tagen haben deshalb einige KI-Forscher\*innen einen Brandbrief an die Abgeordneten des Bundestags verfasst, in dem sie vor der Zustimmung zu FCAS warnen. Sie betonen darin, dass „es in dem zukünftigen,

automatisierten Krieg hochgerüsteter Staaten nur Verlierer geben wird. Dieses technologische ‚Wahrüsten‘ würde unweigerlich zur Entwicklung gewaltiger, gegenseitiger, automatisierter Vernichtungspotentiale führen. [...] Schon jetzt entwickeln sich die zivilen Anwendungen der KI (e.g. Gesichtserkennung, Empfehlungssysteme, Bildgeneration) so rasant, dass die Regierungen der Welt Probleme haben sie effektiv zu regulieren. Würde der Pfad der Hochrüstung verfolgt, könnten zudem aufgrund des Ressourcenverschleißes die Verwirklichung der Menschenrechte, die Überwindung des Hungers und die Bekämpfung des Klimawandels nicht realisiert werden“.<sup>6</sup>

### Extraktivistisch in den Weltraum

Die Hochrüstung betrifft jedoch nicht nur unbemannte See-, Land- und Luftdrohnen, sondern auch die bemannte wie unbemannte Raumfahrt (die ebenfalls auf Energiespeicher angewiesen ist). Auch dieser Markt boomt inmitten der Klimakrise. So schrieb etwa das Handelsblatt im November 2021: „Laut einer Analyse von Brycotech und Morgan Stanley Space Research wurden im Jahr 2000 weltweit 100 Millionen Dollar in private Raumfahrtunternehmen investiert, 2020 waren es bereits 7,6 Milliarden Dollar. Dahinter stehen Hoffnungen auf einen riesigen neuen Markt: Brycotech prognostiziert für die Weltraumindustrie 2040 einen 2,7-Billionen-Dollar-Umsatz“. Diese Prognose zitiert das Handelsblatt im Rahmen eines Portraits des Startups „The Exploration Company“, in das Vsquared Ventures zuvor eingestiegen war. Dessen Gründerin,

Hélène Huby, die zuvor „Innovationsleiterin bei der Airbus-Tochter Defence and Space“ war, kommt darin auch zu Wort: „Die USA und China liefern sich ein Wettrennen, das ist verrückt“, sagt Huby. Es gehe um die Kommerzialisierung der niedrigen Erdumlaufbahn, um private Raumstationen – und um den Mond als Ausgangspunkt für die Marslandung. Die Gründerin will, dass auch Europa dabei aktiv mitmacht: „Das ist keine Science-Fiction, das ist ein superwichtiger Schritt für die Menschheit“.<sup>7</sup> Interessanter Weise wird in dem Artikel mit Isar Aerospace ein weiteres Startup aus dem Portfolio von Vsquared Ventures als Hoffnungsträger benannt, was dem Kapitalfonds natürlich nur recht sein kann. Ob das auch billig war, bleibt Spekulation.

Neben Cellforce, Isar Aerospace und „The Exploration Company“ ist Vsquared Ventures an weiteren Startups beteiligt, die von sich Reden gemacht haben. Darunter findet sich auch Morpheus Space, eine Ausgründung aus der TU-Dresden, die Antriebe für Satelliten entwickelt. Vermutlich wegen der fränkischen Herkunft eines der Gründer berichtete im Oktober 2020 auch nordbayern.de relativ ausführlich vom Einstieg US-amerikanischen (Regierungs-)Kapitals, der auch ansonsten hohe Wellen schlug und u.a. Gegenstand einer Kleinen Anfrage<sup>8</sup> im Bundestag wurde: „Das zehn Mitarbeiter zählende Startup sammelte in seiner ersten Finanzierungsrunde eine unbekannte Summe ein. Neben dem deutschen Investor Vsquared Ventures sind gleich fünf US-Wagniskapitalgeber eingestiegen. Darunter befinden sich mit In-Q-Tel ein Investor, der vom US-Geheimdienst CIA finanziert wird, und Pallas Ventures, eine Firma, für die die nationale Sicherheit der USA im Vordergrund steht“.<sup>9</sup> Daran anschließend informiert der Beitrag über die Rolle des Managing Directors von Pallas, Richard V. Spencer, der unter Trump als US-amerikanischer Marinestaatssekretär und für wenige Tage sogar als geschäftsführender Leiter des Verteidigungsministeriums gedient hatte und fortan als Mitglied im Aufsichtsrat von Morpheus dessen Expansion auf den US-amerikanischen Markt unterstützen sollte. Doch trotz des offensichtlich auch militärischen bzw. geheimdienstlichen Interesses an Kleinsatelliten, sind diese auch für die Automotive-Industrie relevant, oder, wie es tagesschau.de formulierte: „eine Technologie, die auch für die Autoindustrie von strategischem Interesse ist, besonders für den Zukunftsmarkt mit selbstfahrenden Autos“. Demnach habe „der gewaltige Bedarf an Satelliten für Kommunikations- und Mobilitätsnetzwerke in Deutschland eine ganze Branche mit über 100 Startups entstehen lassen, von denen etwa die Hälfte in der Raketenfertigung tätig sind“. Anlass für diesen Beitrag vom Juli 2021 war wiederum die Nachricht, dass mittlerweile auch die Porsche Holding SE bei Isar Aerospace eingestiegen war.

Während die Luft- und Raumfahrtindustrie nie wirklich von der Rüstungsindustrie zu trennen war, ist deren Verbindung zur Automobilindustrie in Deutschland von Kontinuitäten und Brüchen geprägt, wie u.a. in der IMI-Studie „Auto und Krieg“ dargestellt.<sup>10</sup> Die staatlich geförderte Elektromobilität und das „autonome Fahren“ scheinen aktuell als Katalysatoren zu wirken, die drei Branchen – unterstützt von staatlicher Förderung und Risikokapital – wieder enger zu verschmelzen. Ob es sich dabei primär um ein Greenwashing der deutschen Automobilindustrie und deren Subventionierung oder ein verkapptes Rüstungsprogramm handelt, ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls ist diese zivile wie militärische Hochrüstung auf der Straße und im Weltraum eine gute Nachricht für die Bekämpfung des Klimawandels oder die Reduktion der globalen Konfliktpotentiale.

### Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. [https://www.youtube.com/watch?v=IwhmE\\_g1zCk](https://www.youtube.com/watch?v=IwhmE_g1zCk)
- 2 „Porsche investiert in Fabrik für Hochleistungs-Batteriezellen, Pressemitteilung vom 21.6.2021, [presse.porsche.de](https://presse.porsche.de).
- 3 Thomas de Marco: „Batterie-Power für Porsche aus Bühl-Bonlanden“, [tagblatt.de](https://tagblatt.de) vom 21.6.2021.
- 4 Siehe [firefinchltd.com/project/goulamina/](https://firefinchltd.com/project/goulamina/).
- 5 „Lilium partners with CUSTOMCELLS to produce high-performance silicon-anode batteries for the 7-Seater Lilium Jet“, Pressemitteilung vom 28.7.2021, [customcells.org](https://customcells.org).
- 6 Jakob Foerster, Maximilian Igl, Luisa Zintgraf, Christian Schroeder de Witt: „Europa als Vorreiter für den Frieden statt Nachzügler im Wettrüsten - ‚Nein‘ zu FCAS!, Telepolis (21.6.2021), [heise.de/tp/](https://heise.de/tp/).
- 7 Larissa Holzki: „Deutsch-französisches Start-up will zum Mond und zurück“, [handelsblatt.com](https://handelsblatt.com) vom 19.11.2021.
- 8 Bundestags-Drucksache 19/23509, [dservers.bundestag.de](https://dservers.bundestag.de), In dieser Kleinen Anfrage kommt auch das US-Überwachungsunternehmen Palantir zur Sprache, das auch in der o.g. PM von Customcells als Partner von Lilium erwähnt wird.
- 9 Hans-Jochen Schauer: „Pegritzer startet mit Raumfahrt-Unternehmen durch“, [nordbayern.de](https://nordbayern.de) vom 11.10.2020.
- 10 Jule Steinert: „Auto und Krieg - Historische und aktuelle Verbindungen zwischen Automobil- und Rüstungsindustrie“, IMI-Studie 06/2020, [imi-online.de](https://imi-online.de).

# Krieg per Enthaltung

## EU-Interventionstruppe als Koalition der Willigen?

von Jürgen Wagner

Bereits im Jahr 2003 wurde die Aufstellung europäischer Gefechtsverbände (“Battlegroups“) auf den Weg gebracht. Dabei handelt es sich um rund 1.500 SoldatInnen starke und innerhalb von 5 bis 30 Tagen verlegbare Einheiten, von denen seit Januar 2007 immer zwei pro Halbjahr zum Einsatz bereit stehen – nur wurden sie hierfür bislang nie angefordert. Verantwortlich gemacht wird dafür vor allem das als „lähmend“ gebrandmarkte Konsensprinzip, das den Prozess stark verzögere und einzelnen Ländern Blockademöglichkeiten eröffne, die dazu geführt hätten, dass die EU-Kampftruppen ein ums andere Mal in der Garage hätten bleiben müssen. So [berichtete](#) der Insiderdienst Bruxelles2, die Battlegroups und ihre Entscheidungsmechanismen seien bereits Gegenstand der Debatten beim Treffen der VerteidigungsministerInnen Anfang September 2021 gewesen: „Eines ist jedenfalls sicher: Das ‚Problem‘ der Gefechtsverbände ‚liegt im politischen Entscheidungsprozess für ihren Einsatz‘, so der slowenische Verteidigungsminister Matej Tonin. Und wie mehrere Teilnehmer an B2 betonten, geht es nicht nur um die politische Entscheidung für den Einsatz von Gefechtsverbänden. Dies ist in der Tat durch das einstimmige Votum vorgegeben. Dies bringt die übliche Debatte über Einstimmigkeit/Konsens/konstruktive Enthaltung/qualifizierte Mehrheit zurück.“

Vor diesem Hintergrund wurde nun das Konzept der Battlegroups ausgerechnet als eine vermeintliche „Lehre“ aus dem Afghanistan-Konflikt unter anderem auf deutsche Initiative neu aufgegossen – allerdings in deutlich abgewandelter Form und einschließlich einer Idee, wie das leidige Konsensprinzip ausgehebelt werden könnte.

### Interventionstruppe als Lehre aus Afghanistan?

Den Auftakt der aktuellen Debatte hatte der EU-Außenbeauftragte Josep Borell bereits Ende August 2021 gemacht, indem er [folgerte](#), der US-Abzug aus

Afghanistan stehe sinnbildlich für „eine Art Rückzug der USA von der Weltbühne.“ Gleichzeitig verknüpfte Borell diesen Befund mit der Forderung, die Europäische Union müsse künftig in der Lage sein, militärisch eigenständiger zu handeln: „Die EU muss zu Militärinterventionen zum Schutz unserer Interessen fähig sein, sollten die USA nicht involviert werden wollen. [...] Als Europäer müssen wir diese Krise nutzen, um stärker zusammenzuarbeiten und unsere Strategische Autonomie zu stärken. Als Europäer müssen wir in der Lage sein, Dinge auch selbstständig tun zu können.“ Kurz darauf gipfelten Borells Überlegungen in der [Forderung](#) nach einer neuen EU-Eingreiftruppe: „Die bisherigen Überlegungen sehen vor, eine rund 5000 Soldaten starke Einheit zu schaffen, die innerhalb kurzer Zeit in Krisenländer verlegt werden kann. Sie soll zum Beispiel auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Ländern wie Mali zum Einsatz kommen können.“

Zusammen mit vier anderen EU-Ländern (Niederlande, Portugal, Finnland und Slowenien) ergriff Deutschland nun die Initiative und speiste ein Diskussionspapier für die EU-Ministertagung am 21. Oktober 2021 in die Debatte ein. Aus dem unter Verschluss gehaltenen Papier wurde bei [Bruxelles2](#) ausführlich zitiert. Demzufolge plädierten die fünf Länder für eine Interventionstruppe, die „eine Landkomponente bis zur Größe einer Brigade“ (5.000 SoldatInnen) sowie „See- und Luftkomponenten und strategische und operative Katalysatoren“ umfassen solle. Gegenüber den Battlegroups solle dabei nicht nur der Umfang, sondern auch die Bereitschaftsphase vergrößert werden, nämlich von aktuell sechs Monaten auf zwölf Monate. Die Truppe solle zudem über eine „Plug-and-Fight-Fähigkeit“ verfügen, also „vollständig mit NATO-Standards interoperabel“ sein.

Ein letzter bemerkenswerter Aspekt betrifft die angestrebte Kommandostruktur der geplanten Interventionstruppe. Während die Battlegroups durch



Belgischer Soldat trainiert für die EU Battle Group Qualifizierung. Quelle: Eigene Montage/Wikipedia/Markus Rauchenberger.

die jeweilige Führungsnation kommandiert werden, soll sich dies künftig ändern. Dazu sollen nämlich in Zukunft nicht nur nationale Hauptquartiere in der Lage sein, sondern auch die im Juni 2017 als Anfang für ein künftiges EU-Hauptquartier ins Leben gerufene „Militärische Planungs- und Durchführungsfähigkeit“ (MPCC). Zuerst hatte sie „nur“ die Fähigkeit zur Leitung nicht-exekutiver Einsätze, im November 2018 wurden ihre Kompetenzen dann aber schon auf kleinere exekutive Militäreinsätze im Umfang von bis zu 1.500 SoldatInnen [erweitert](#). Geht es nach dem u.a. von Deutschland lancierten Interventionstruppen-Papier soll die MPCC künftig alle Missionen „einschließlich exekutiver Operationen“ bis hin zu 5.000 SoldatInnen planen und befehligen und so noch einmal einen deutlichen Schritt in Richtung eines voll ausgewachsenen EU-Hauptquartiers machen.

Unmittelbar darauf verkündete Noch-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Initiative sei „[sehr positiv](#)“ aufgenommen worden. Der Vorschlag solle zudem „in den Strategischen Kompass Eingang finden“, ein aktuell in Arbeit befindliches Dokument, mit dem die Bedrohungsanalyse und das militärische Anspruchsprofil bis Frühjahr kommenden Jahres aktualisiert werden sollen. Im Vorfeld der Ratstagung am 15. November 2021, bei der die erste Präsentation eines Entwurfs des Strategischen Kompasses auf dem Programm stand, drangen dann weitere Informationen an die Öffentlichkeit. So berichtete zuerst die Nachrichtenagentur [Bloomberg](#), der ebenfalls unter Verschluss gehaltene Entwurf enthalte tatsächlich explizit unter anderem den Aufbau der besagten Interventionstruppe

im Umfang von 5.000 SoldatInnen. Ab 2022 sollen Szenarien für die Truppe ausgearbeitet sein, auf deren Grundlage ab dem Jahr darauf Livemanöver erfolgen sollen, die zur für 2025 anvisierten vollen Einsatzbereitschaft hinführen sollen. Außerdem soll der Anteil gemeinsam finanzierter Kosten an EU-Militäreinsätzen noch einmal deutlich steigen, nachdem er bereits durch die im März 2021 ins Leben gerufene Europäische Friedensfazilität deutlich [ausgeweitet wurde](#). Direkt aus dem Entwurf wird [zitiert](#), die Einheit sei vorgesehen für „das komplette Spektrum militärischer Krisenmanagementaufgaben, beispielsweise Rettungs- und Evakuierungsmissionen oder eine Stabilisierungsoperation in feindlicher Umgebung.“

### Kriege der Willigen

Der eigentliche Knaller besteht aber darin, dass wohl eine weitere von Deutschland lancierte Idee Eingang in den Entwurf für den Strategischen Kompass gefunden zu haben scheint: die Koalition der Willigen, über die wohl das störende Konsensprinzip ausgehebelt werden soll. Bereits Anfang September [hieß](#) es dazu: „Man wolle ‚auf Augenhöhe‘ mit den USA das westliche Bündnis stärken, weshalb die Bundesrepublik ‚mit interessierten EU-Staaten‘ spreche und für eine ‚Koalition der Willigen‘ werbe. Dazu könne Artikel 44 des EU-Vertrags angewendet werden, argumentiert Kramp-Karrenbauer.“

Gemäß Artikel 44 ist es möglich, einzelne EU-Staaten mit der Planung und Durchführung eines Militäreinsatzes zu betrauen, der dann zwar offiziell als EU-Einsatz gilt, aber ausschließlich in der Verantwort-



Lettische Soldaten üben in Salisbury Plain in Großbritannien. Quelle: Eigene Montage/flickr/Royal Navy Media Archive.

tung der Willigen liegt. Einzelne aus welchen Gründen auch immer skeptische Länder könnten dann keinen Einfluss auf die konkrete Kriegführung mehr nehmen. Hier dürfte auch der Grund liegen, weshalb der Artikel bislang nie angewendet wurde, weil seine Aktivierung weiter dem Konsensprinzip unterliegt.

An diesem Punkt soll augenscheinlich künftig die sogenannte „konstruktive Enthaltung“ Abhilfe schaffen. Dem Nachrichtenportal [euractiv](#) liegt der Entwurf des Strategischen Kompasses ebenfalls vor, über den es in diesem Zusammenhang schreibt: „Bislang ist für derartige Operationen die Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten erforderlich, was sich in Krisensituationen als strittig erwiesen hat. Um langwierige Entscheidungsfindungsprozesse zu vermeiden, schlägt der Entwurf ‚flexiblere Entscheidungsfindungsregelungen‘ und einen ‚erweiterten Bereich gemeinsamer Kosten (einschließlich der Kosten für Übungen) vor, um zu einer schnellen Einsatzfähigkeit dieser Kapazität beizutragen‘. Dazu gehöre auch der Einsatz konstruktiver Enthaltung, ‚um willige und fähige Koalitionen unter europäischer Führung zu ermöglichen‘. Bis 2023 soll festgelegt werden, wie Artikel 44 des EU-Vertrags es einer Gruppe von Mitgliedstaaten ermöglichen würde, eine Mission oder Operation im Rahmen der EU zu planen und durchzuführen.“ Im Falle eines Militäreinsatzes nach Artikel 44 könnte so ein Staat seine „konstruktive Enthaltung“ zum Ausdruck bringen, er würde ihm formal nicht zustimmen (und müsste auch nicht für die Finanzierung aufkommen), würde sein Zustandekommen aber auch nicht verhindern. Dies hätte den „Vorteil“, das Kriegseinsätze nicht mehr von einem und

nicht einmal von einigen wenigen Ländern blockiert werden könnten, wie der Experte für EU-Recht, Gregor Schirmer, [ausführt](#): „Es gibt aber Instrumente, um die EU auch ohne Einstimmigkeit auf militärischem Kurs zu halten. Da ist die Möglichkeit der Erklärung einer ‚konstruktiven Enthaltung‘ nach Art. 31 Abs. 1 EUV. Danach ist der Mitgliedstaat, der Stimmenthaltung übt, ‚nicht verpflichtet, den Beschluss durchzuführen, akzeptiert aber, dass der Beschluss für die Union bindend ist‘. Er darf die Durchführung des Beschlusses nicht behindern. Die anderen Mitgliedstaaten haben seinen Standpunkt zu respektieren. Wenn mindestens ein Drittel der Mitgliedstaaten, die mindestens ein Drittel der Unionsbevölkerung ausmachen, konstruktive Enthaltung ankündigen, wird der Beschluss nicht erlassen. Das ist eine schier unüberwindbar hohe Hürde, um einen Beschluss zu verhindern, der von den ‚Großen‘ in der EU gewollt wird.“ Zwar ist es bisher bereits möglich, mit einer solchen konstruktiven Enthaltung zu hantieren, sie wurde bislang allerdings erst einmal angewandt (von Zypern bei der EU-Operation EULEX im Kosovo). Schon vor einiger Zeit kritisierte die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ das Konsensprinzip und schlug dagegen als eine Möglichkeit [vor](#), die „konstruktive Enthaltung“ künftig zum „Regelfall“ zu machen. Und genau darauf scheint nun der Strategische Kompass abzielen, der angibt, bis 2023 sollten alle entsprechenden Details ausgearbeitet sein. Würde dies eintreten, würden skeptische Staaten künftig aber unter enormen Druck geraten, statt eines Vetos gefälligst den Weg per konstruktiver Enthaltung für einen Kriegseinsatz per Koalition der Willigen frei zu machen.

# Die neue Arktis-Strategie der EU

Die Europäische Union verspricht Frieden und sucht Streit

von Ben Müller

Die Europäische Union entwickelt sich immer stärker zu einem Militärbündnis. Dafür stehen unter anderem Rüstungsgroßprojekte wie FCAS, die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ PESCO, die militarierte Grenzüberwachung im Rahmen von FRONTEX oder Militär-Trainingsmissionen wie in Mali. Da wundert es nicht, dass der von Großmachtkonkurrenz geprägte Blick auch Einzug in die neue Arktis-Strategie<sup>1</sup> der EU hält.

## Verstärktes Engagement der EU

Die EU verfügt durch ihre Mitgliedsstaaten Schweden und Finnland über Territorium nördlich des Polarkreises. Die autonome Region Grönland gehört zwar nicht zur EU, wird aber außenpolitisch von Dänemark vertreten. Außerdem gehören Norwegen und Island zum Europäischen Wirtschaftsraum. Ihr Engagement in der Arktis begründet die EU aber als „geopolitische Notwendigkeit“, da Herausforderungen in der Arktis über nationale Grenzen hinausreichen: „Durch das vermehrte Interesse an der Nutzung der arktischen Ressourcen und Transportrouten könnte die Region zum Schauplatz eines lokalen und geopolitischen Wettbewerbs und möglicher Spannungen werden, die die Interessen der EU gefährden.“ (S. 2)<sup>2</sup>

Vordergründig stützt sich das am 13. Oktober 2021 in Form einer Gemeinsamen Mitteilung der EU-Kommission und des EU-Außenbeauftragten veröffentlichte Papier auf die gleichen drei Bereiche, die auch schon in der Vorgängerversion von 2016<sup>3</sup> als Aufgaben benannt waren: friedliche Zusammenarbeit in der Arktis, Klimawandel und Innovationen für nachhaltige Entwicklung. Neu ist allerdings ein Abschnitt über sicherheitspolitische Herausforderungen, in dem Russland und China explizit als Akteure genannt werden. Während China eher beiläufig Erwähnung findet, wird Russland für „militärische Aktivitäten“ und ein „erhöhtes Selbstbewusstsein in arktischen Gewässern und Lufträumen“

(S. 3) verantwortlich gemacht. Die EU vergisst dabei auch nicht, darauf hinzuweisen, dass „dies auch die Folgen des Klimawandels weiter verschärfen“ (ebd.) könnte. Einerseits ist zu begrüßen, dass die EU hier einen Zusammenhang zwischen Militäraktivitäten und Klimawandel erkennt. Andererseits scheint sich diese Erkenntnis nur auf das russische Militär zu beziehen und nicht auf das Militär ihrer Verbündeten. Die EU will „mit ihren Partnern, u. a. den USA, Kanada, Norwegen und Island und im Rahmen des umfassenderen laufenden Austauschs über Klimawandel und Sicherheit auch mit der NATO, bei der strategischen Vorausschau zusammenarbeiten“ (S. 4). Dabei setzt sie stark auf Satellitenüberwachung mit den Programmen Copernicus und Galileo, für die auch zahlreiche zivile Anwendungen aufgeführt werden.

Außerdem widmet sich das Strategiepapier den arktischen Rohstoffen. Mit Blick auf die Pariser Klimaziele spricht sich die EU zwar dafür aus, „dass Erdöl, Kohle und Erdgas auch in den arktischen Regionen im Boden bleiben“ (S. 13). Beim Abbau anderer Rohstoffe sieht die EU aber einen stattfindenden Wettlauf, von dem sie selber profitieren will: „Andere globale Akteure agieren bereits zügig, um ihre Versorgung zu sichern. Der Zugang zu ausreichenden Ressourcen ist für die strategische Autonomie der EU von entscheidender Bedeutung. Die EU muss auch ihre Beschaffung von außerhalb der EU diversifizieren, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden.“ (S. 12)

Die EU möchte vor allem ihre Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen verringern: „Für viele kritische Mineralien ist die EU von einigen wenigen Quellenländern bzw. von einem einzigen abhängig; so liefert China beispielsweise 98% der Seltenerdmetalle und 93% des Magnesiums.“ (S. 11) Um die arktischen Staaten mit reichen Ressourcenvorkommen zu einer Kooperation zu bewegen, verspricht die EU eine innovative, nachhaltige Rohstoffgewinnung auf der Grundlage von europäischen Werten.

## Stimmungsmache im EU-Parlament

Eine Woche vor der Veröffentlichung der neuen Arktis-Strategie wurde im Europäischen Parlament eine Resolution zur Arktis<sup>4</sup> verabschiedet. Da dieser Text in der Auseinandersetzung mit Russland und China ausführlicher ist, lohnt sich seine genauere Betrachtung.

Der Text „begrüßt, dass die Stabilität der Arktis seit langem von Konflikten in anderen Teilen der Welt relativ unbeeinflusst geblieben ist, und betont, wie wichtig es ist, Ausstrahlungseffekte geopolitischer Entwicklungen in anderen Regionen auf die Arktis zu verhindern“ (Punkt 15.).<sup>5</sup> Gleichzeitig stützt sich die Beschreibung von Russland und China aber genau auf Konflikte in anderen Regionen, die damit auf die Arktis projiziert werden. Zum Beispiel heißt es: „dass Russland die Souveränität und territoriale Integrität seiner friedlichen Nachbarstaaten verletzt hat und gegen die Freiheit der Schifffahrt im Asowschen Meer, im Schwarzen Meer und in der Ostsee verstößt, was bei der Bewertung künftiger Szenarien für die Aufrechterhaltung der derzeitigen friedlichen Koexistenz in der Arktis nicht außer Acht gelassen werden darf“ (Punkt AE.). Und chinesische Investitionen in der Arktis werden mit dem Zusatz „die an die Vorgehensweise des Landes in anderen Teilen der Welt erinnern“ (Punkt 20.) bewertet.

Mit Blick auf Russland werden auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Zustände bedauert, etwa „die Bemühungen der russischen Regierung, die Zivilgesellschaft zu gängeln“ (Punkt 48.) oder der „eingeschränkte Zugang von Journalisten und Sachverständigen zu den Unfallorten“ (Punkt 34.) oder „dass russische Unternehmen Investitionen in den Umwelt-



Karibu im Arctic National Wildlife Refuge in den USA.  
Quelle: flickr/Danielle Brigida.

schutz und Produktionsanlagen weiterhin auf ein absolutes Minimum reduzieren, um so schnell wie möglich den größtmöglichen Gewinn zu erzielen“ (Punkt 35.). Selbst die Ölpest bei Norilsk<sup>6</sup> (Punkt 34.) wird anscheinend als Argument gegen Russland ins Feld geführt.

Was China betrifft, sagt die Resolution, dass „Chinas weitreichende Projekte und Initiativen Anlass zu großer Sorge“ (Punkt AF.) geben. Auffällig ist allerdings, dass das EP an China genau das kritisiert, was die EU selber in der Arktis anstrebt. China ist seit 2013 Beobachter im Arktischen Rat, die EU darf zwar in Arbeitsgruppen des Arktischen Rats mitarbeiten, hat aber formal noch keinen Beobachterstatus. China verfolgt Programme zum Bau neuer Eisbrecher, und das EP „fordert die Mitgliedstaaten und andere Partnerländer auf, ihre eigenen Kapazitäten in diesem Bereich aufzubauen“ (Punkt 25.). China hat Forschungsstationen und Satelliten in der Arktis, und auch die EU betrachtet ihre Forschungsarbeit und Satellitenbeobachtung als wichtigen Teil ihrer Arktis-Strategie. Um sich beim Abbau von arktischen Bodenschätzen gegenüber der chinesischen Konkurrenz durchzusetzen, fordert der Text „die Staaten des arktischen Raums nachdrücklich auf, ausländische Investitionen in ihre Einrichtungen und Infrastruktur von strategischer Bedeutung sorgfältig zu überprüfen“ (Punkt 20.). Außerdem soll die „Widerstandsfähigkeit gegenüber potenziellem Druck vonseiten Chinas oder anderer Akteure“ (Punkt 65) gestärkt werden, um umweltfreundlichen und nachhaltigen Methoden der Rohstoffgewinnung den Vorrang einzuräumen. In diesem Zusammenhang wird auch die East StratCom Task Force aufgefordert, „Kampagnen zu beobachten, durch die die Entscheidungsfindung in Bezug auf die Gewinnung von Bodenschätzen in der Region beeinflusst werden sollen“ (ebd.).

An mindestens drei Punkten wird deutlich, wie der Text mit zweierlei Maß misst.

Erstens vertritt er die Auffassung, dass die Nördliche Seeroute „von Russland fälschlicherweise als Binnenwasserstraße geltend gemacht wird“ (Punkt AC) und verurteilt die russischen Einschränkungen der Schifffahrt (Punkt 27.). Dass aber auch Kanada einen Großteil der Nordwestpassage als Binnengewässer betrachtet und sich entsprechende Einschränkungen vorbehält, wird mit keinem Wort erwähnt.

Zweitens geht der Text zwar ausführlich auf die russischen Militäraktivitäten in der Arktis ein, blendet aber die Aktivitäten der anderen arktischen Staaten komplett aus. Insbesondere die USA haben in den letzten Jahren ihre Militärpräsenz in der Arktis mit Kriegsschiffen und Bomberpatrouillen stark ausgebaut.

Und drittens beschränkt der Text seine Sorge, dass bei der Öl- und Gasförderung Umweltstandards nicht eingehalten werden, auf Russland und Privatunterneh-



Ein Straßenschild warnt vor Eisbären an einer Straße in Svalbard. Quelle: Wikipedia/Sprok.

men aus anderen Ländern. Dabei setzt auch die neue norwegische Regierung unbeirrt auf die Ausbeutung fossiler Energierohstoffe,<sup>7</sup> und die USA der Trump-Administration hatte noch im Januar 2021 wenige Tage vor dem Amtswechsel Öl-Bohrlizenzen im Naturschutzgebiet „Arctic National Wildlife Refuge“ versteigert.<sup>8</sup>

Auch wenn die EP-Resolution einige unterstützenswerte Punkte zu Umweltschutz und die Eindämmung der Folgen des Klimawandels enthält, wird sie dem Titel ihrer Pressemitteilung<sup>9</sup> „Frieden wahren, Spannungen abbauen“ nicht gerecht. Zu deutlich ist, dass der Text als Gelegenheit genutzt wird, Stimmung gegen Russland und China zu machen.

### Fischerei um Svalbard

Betrachtet man die praktische Politik der EU in der Arktis, so muss man feststellen, dass sie nicht nur von Kooperation geprägt ist. Zum Beispiel gibt es starke Meinungsverschiedenheiten mit Norwegen über die Fischerei rund um die Inselgruppe Svalbard. Durch den Spitzbergenvertrag genießt Svalbard eine Sonderstellung. Während Norwegen dort die Souveränität ausübt, dürfen sich Bürger aus allen Staaten, die dem Vertrag beigetreten sind, auf dem Archipel niederlassen und wirtschaftlich betätigen. Norwegen darf seine eigenen Staatsbürger nicht bevorzugen und muss Steuereinnahmen aus Svalbard wieder in Svalbard investieren. Verglichen mit modernem Seerecht ist der Spitzbergenvertrag von 1920 allerdings unpräzise formuliert und lässt offen, ob der Sonderstatus auch jenseits der

Territorialgewässer gelten soll. 1977 hat Norwegen die 200-Meilen-Zone um Svalbard zu einem Fischereischutzgebiet erklärt. Die seitdem vergebenen Fangquoten beruhen auf historischen Fangmengen aus der Zeit vor diesem Datum. Während die EU sich bisher an die ihr zugewiesenen Fangquoten gehalten hatte, akzeptierte sie den 2015 durch Norwegen eingeführten Fang-Stopp für Schneekrabben nicht. Obwohl die norwegische Küstenwache 2016 und 2017 Fischer aus Litauen und Lettland festgenommen hatte und die norwegische Position vom Obersten Gericht Norwegens bestätigt wurde, verteilte der Europäische Rat bis 2018 eigenmächtig 20 Lizenzen zum Fang von Schneekrabben bei Svalbard an Estland, Lettland, Litauen, Polen und Spanien.<sup>10</sup>

Aktuell gibt es einen neuen Fischereistreit zwischen der EU und Norwegen. Diesmal geht es um die Fangquoten für Kabeljau und anderen Fisch im Fischereischutzgebiet um Svalbard. Die EU hält unverändert an ihren Quoten aus dem Vorjahr fest, aber Norwegen argumentiert, dass die Quoten nach dem Brexit um die historischen Fangmengen Großbritanniens verringert werden müssen.

Für die norwegische Sichtweise spricht, dass die europäischen Fangquoten bei der EU-Erweiterung um die Quoten der jeweiligen Neumitglieder erweitert wurden. In einer Protestnote wirft Norwegen der EU vor, seine Souveränität und Gerichtsbarkeit in der Arktis nicht zu beachten und stellt in Frage, ob die EU damit einen Beobachterstatus im Arktischen Rat erhalten kann.<sup>11</sup>

## Militarisierung mit europäischen Werten

Der Blick auf die Arktis unter harten Sicherheitserwägungen ist auch in den EU-Mitgliedsstaaten Dänemark, Schweden und Finnland erkennbar. Bereits Anfang 2021 hat Dänemark seine Ausgaben für die Verteidigung Grönland um 1,5 Mrd. Kronen (ca. 200 Mio. Euro) aufgestockt, um in Langstreckendrohnen und Radarüberwachung zu investieren.<sup>12</sup> Das formal neutrale Schweden hat angekündigt, neue Militärbasen im Norden des Landes zu errichten und eventuell sein im Jahr 2000 aufgelöstes „Lapland Ranger Regiment“ wieder aufzubauen.<sup>13</sup> Und Finnland plant, sein Militär um 500 Soldaten zu erweitern und mit Blick auf Cyber-Kriegsführung umzustrukturieren; auch eine NATO-Mitgliedschaft schließt Finnland nicht aus.<sup>14</sup>

Außerdem wird die militärische Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten und den arktischen NATO-Mitgliedern erweitert. Bereits im September 2020 haben die Verteidigungsminister von Norwegen, Schweden und Finnland eine stärkere Kooperation vereinbart. Das Abkommen wurde demonstrativ auf dem norwegischen Truppenübungsplatz Porsangmoen unterzeichnet, etwa 200 km von der russischen Grenze entfernt.<sup>15</sup> Und die Staaten Norwegen, USA und Kanada wurden im Mai 2021 von der EU eingeladen, sich am PESCO-Projekt „Militärische Mobilität“ zu beteiligen, mit dem Militärtransporte über Staatsengrenzen hinweg erleichtert werden sollen.<sup>16</sup>

Es ist zwar unwahrscheinlich, dass die EU in der Arktis eine militärische Auseinandersetzung mit Russland oder gar China anstrebt. Die konfrontative Stimmungsmache, die sich vor allem in der Parlaments-Resolution wiederfindet, dient wahrscheinlich eher dazu, beide Länder weiter zu isolieren, um vielleicht eine kriegerische Handlung in einer anderen Region oder im Cyberspace vorzubereiten. Mit ihrem unverhohlenen Drang nach arktischen Bodenschätzen und Meeresressourcen sowie dem Anstreben militärischer Stärke trägt die EU aber auch nicht zu einer friedlichen, kooperativen Arktis bei. Ob das Anpreisen von grünen Innovationen zum Rohstoffabbau mehr als nur ein leeres Versprechen ist, bleibt offen. Zumindest die indigene Sámi-Bevölkerung betrachtet Bergbauprojekte grundsätzlich als Bedrohung ihrer traditionellen Lebensweise, auch wenn dort europäische Werte aufgemalt sind.<sup>17</sup>

## Anmerkungen

- 1 A stronger EU engagement for a peaceful, sustainable and prosperous Arctic, 13.10.2021 [eeas.europa.eu](https://eeas.europa.eu).
- 2 Zitiert nach der deutschsprachigen Übersetzung: Verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis, [eeas.europa.eu](https://eeas.europa.eu).
- 3 An integrated European Union policy for the Arctic, 27.4.2016 [eeas.europa.eu](https://eeas.europa.eu).
- 4 The Arctic: opportunities, concerns and security challenges, 7.10.2021 [europarl.europa.eu](https://europarl.europa.eu).
- 5 Zitiert nach der deutschsprachigen Übersetzung: Die Arktis: Chancen, Bedenken und Sicherheitsherausforderungen, [europarl.europa.eu](https://europarl.europa.eu).
- 6 Am 29.5.2020 sind bei Norilsk aus einem defekten Tank 21.000 Kubikmeter Dieselöl ausgelaufen und haben zu weiträumigen Verschmutzungen von Böden und Gewässern geführt.
- 7 Victoria Klesty: Norway will keep exploring for oil and gas, new center-left government says, 13.10.2021 [arctictoday.com](https://arctictoday.com).
- 8 Emily Holden: Trump auction of oil leases in Arctic refuge attracts barely any bidders, 6.1.2021 [theguardian.com](https://theguardian.com). Das Schutzgebiet ANWR im Nord-Osten Alaskas ist Heimat der indigenen Gwich'in-Volksgruppe und bietet Lebensraum für Karibus und andere Säugetiere sowie zahlreiche Fisch- und Vogelarten. Die Biden-Administration bemüht sich, die Erlaubnis zur Ölförderung rückgängig zu machen.
- 9 Arktis: Frieden wahren, Spannungen abbauen, 7.10.2021 [europarl.europa.eu](https://europarl.europa.eu).
- 10 Andreas Østhagen, Andreas Raspotnik: Crab-tacular! Snow Crabs on their March from Svalbard to Brussels, 24.4.2018 [theartcticinstitute.org](https://theartcticinstitute.org).
- 11 Zachary Lavengood: Arctic Politics and the EU-Norway Fishing Dispute, 5.10.2021 [theartcticinstitute.org](https://theartcticinstitute.org).
- 12 Jacob Gronholt-Pedersen: Denmark boosts Arctic defense spending, 11.2.2021 [arctictoday.com](https://arctictoday.com).
- 13 Atle Staalesen: Swedish rangers might return to Lapland, 6.10.2021 [thebarentsobserver.com](https://thebarentsobserver.com).
- 14 Saara-Maria Salonen: Finish Government Defence Report concentrates on cybersecurity and the significance of Arctic areas, 11.10.2021 [thebarentsobserver.com](https://thebarentsobserver.com).
- 15 Atle Staalesen: It is time to strengthen Nordic security, say ministers as they sign landmark defense deal, 24.9.2020 [thebarentsobserver.com](https://thebarentsobserver.com).
- 16 US, Canada and Norway invited to join EU PESCO project Military Mobility, 6.5.2021 [permanentrepresentations.nl](https://permanentrepresentations.nl).
- 17 Thomas Nilsen: Miners hunting for metals to battery cars threaten Sámi reindeer herders' homeland, 9.7.2020 [thebarentsobserver.com](https://thebarentsobserver.com).

# Asiatische NATO?

## Die Geopolitik des AUKUS-Paktes

von Jürgen Wagner

Als die USA, Großbritannien und Australien Mitte September 2021 recht überraschend ein AUKUS genanntes Bündnis ankündigten, reagierte vor allem Frankreich hochgradig verärgert. Geharnischte Pressemitteilungen wurden veröffentlicht, Treffen auf Ministeriebene abgesagt und nicht zuletzt die französischen Botschafter aus den USA und Australien abgezogen. Es handele sich um eine „einseitige, brutale und unvorhersehbare Entscheidung“, [polterte](#) zum Beispiel der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian. „Ich bin wütend. So etwas macht man nicht unter Verbündeten.“ Tatsächlich hat das AUKUS-Abkommen den Franzosen ein riesiges Geschäft vermässelt, bei dem es um eine 2016 vertraglich beschlossene Lieferung von zwölf konventionellen U-Booten an Australien ging. Ursprünglich war dabei die Rede von einem Volumen von rund 31 Mrd. Euro, das sich zuletzt aufgrund diverser Probleme aber auf 56 Mrd. Euro [aufgebläht](#) hatte. Ein Aspekt des AUKUS-Pakts besteht nun aus der Unterstützung Australiens beim Bau von acht nuklearbetriebenen U-Booten, was gleichbeutend mit der Aufkündigung des Vertrages mit Frankreich ist. Natürlich geht es hier um erhebliche Summen, doch erklärt dies wohl dennoch nicht allein die Schärfe, mit der auch andere EU-Länder reagierten: „Was dort entschieden worden ist und die Art und Weise, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist, ist irritierend. Und es ist ernüchternd nicht nur für Frankreich“, [äußerte](#) sich etwa Außenminister Heiko Maas. Und auch die EU [sprang](#) Paris in Form von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Seite: „Einer unserer Mitgliedstaaten wurde auf eine Weise behandelt, die inakzeptabel ist.“

### Strittige Fragen

Viel wird jetzt über die Details gestritten, nämlich ob Frankreich tatsächlich „[überrumpelt](#)“ wurde, wie vielfach zu hören ist. Dem wird entgegengehalten, dass es bereits im Januar 2021 [Berichte](#) gab, denen zufolge

sich Australien wegen mannigfaltiger Probleme, unter anderem massiver Verzögerungen und Kostensteigerungen, nach Alternativen umsehe. Allerdings berichtet unter anderem [Telepolis](#) darüber, Frankreich sei bis zuletzt offiziell versichert worden, alle laufe bestens: „Am 15. September, am Tag der Bekanntgabe von Aukus, habe man noch ein offizielles Schreiben aus Australien bekommen, wonach man in Canberra zufrieden mit dem Vertrag sei und bereit für die nächste Stufe, so der Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums, Herve Grandjean.“ In jedem Fall scheinen die Verbündeten nicht im Vorfeld über das AUKUS-Bündnis informiert worden zu sein: „Wir wurden nicht *konsultiert*“, [beschwerte](#) sich etwa der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.

Auch über militärisch-technische Argumente wird gestritten, wenn etwa der australische Premierminister Scott Morrison in seiner zentralen [Pressekonferenz](#) am 16. September 2021 als Begründung seiner Entscheidung vor allem auf die längere Reichweite und höhere Geschwindigkeit nukleargetriebener U-Boote verwies. Das ist einerseits richtig: Während konventionelle U-Boote laut einer [Studie](#) des „Center for Strategic and Budgetary Assessments“ primär für küstennahe Operationen gedacht seien, weil sie nur 11 Tage im Südchinesischen Meer operieren könnten, seien atombetriebene U-Boote dazu mehr als zwei Monate in der Lage. Mit dieser Befähigung werden derlei U-Boote also für militärische Planungen gegen China [nutzbar](#), woraus sich das australische Interesse erklären dürfte. Allerdings wäre auch Frankreich in der Lage gewesen, Atom-U-Boote zu liefern. Mehr noch, denn wie ein Artikel der [FAZ](#) betont, seien die für Australien vorgesehenen U-Boote extra auf einen konventionellen Antrieb umkonstruiert worden, weil „Frankreich seinerzeit von Washington unter Druck gesetzt worden war, keine [...] atomgetriebenen Boote an Australien zu verkaufen.“

## Frankreich im Indo-Pazifik

Wie gesagt, über all das lässt sich trefflich streiten, es dürfte den Kern des heftigen Konfliktes aber verfehlen, der das Ringen um Einfluss im zunehmend an Bedeutung gewinnenden Indo-Pazifik betrifft. Frankreich hat als ehemalige Kolonialmacht, die immer noch eine Reihe von Überseegebieten als ihr eigen betrachtet, rund 7.000 SoldatInnen in der Region stationiert. Frankreich hat auch als erstes EU-Land bereits 2019 eine Indo-Pazifik-Strategie [veröffentlicht](#), der 2021 eine [aktualisierte Fassung](#) folgte. Die Region sei allein deshalb von immenssem Interesse, weil 18% der französischen Importe ihren Ursprung im Indo-Pazifik hätten, in den das Land 14% seiner gesamten Waren exportiere, hieß es darin. Der Kern der französischen Indo-Pazifik-Strategie besteht darin, sich als Alternative zu den beiden Hauptkontrahenten in der Region anzubieten, [erläutert](#) der französische Indo-Pazifik-Kommandeur Jean-Mathieu Rey: „In einem strategischen Zusammenhang, der sich auf die wachsende Konkurrenz zwischen den USA und China konzentriert, könnte Frankreich dank seines ständigen Sitzes im US-Sicherheitsrat und seiner militärischen Kräfte und seiner Hoheitsgebiete, die sich permanent im Indo-Pazifik befinden, [...] eine ernsthafte Alternative für viele Länder in Südostasien darstellen.“

Um Länder langfristig an sich zu binden und seinen dortigen Einfluss auszubauen, werden Waffenlieferungen seit eh und je als probates Mittel erachtet. Erich Vad, der langjährige militärpolitische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, formulierte zum Beispiel [pointiert](#): „Wenn wir liefern, sind sie von uns abhängig. Wenn die einen Mist bauen, können wir die Lieferung einstellen, die Wartung stoppen oder einfach keine Ersatzteile mehr schicken. Das kann man auch als Instrument der Außenpolitik nutzen.“ Auch in diesem nicht rein monetären Sinne dürfte das 2016 von Frankreich mit Indien abgeschlossene €8,8 Mrd. schwere [Rüstungsgeschäft](#) über die Lieferung von Rafale-Kampffjets zu interpretieren sein. Und auch der Vertrag über die Lieferung der U-Boote an Australien dürfte einer solchen Logik folgen. Außerdem betrachtete Frankreich die Vereinbarung als Basis für ein dauerhaftes Bündnis, wie der französische Strategieexperte Bruno Tertrais [erläutert](#): „Für Frankreich war der Vertrag Teil der größeren Logik einer langfristigen strategischen Partnerschaft – eine fünfzigjährige Vermählung.“

Daher war man in Paris sichtlich stolz darauf, mit Australien einen traditionell engen Verbündeten der USA und Großbritanniens vermeintlich auf seine Seite gezogen zu haben, allerdings habe Washington nun zum Gegenschlag ausgeholt, so die Einschätzung des

Fachportals [Bruxelles2](#): „Australien ist eindeutig in der angelsächsischen, amerikanischen und britischen Welt verankert, vor allem durch Geheimdienstabkommen. Das Abkommen mit Frankreich war eine Art Einbruch in diese geopolitische Achse mit historischen Wurzeln. Wir erleben also das Erstarken des Fünferblocks (USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Australien, Neuseeland), auf den Europa reagieren muss, wenn es wirklich bestehen will.“

## AUKUS als Nukleus einer asiatischen NATO?

[Aus Sicht](#) des Geopolitik-Experten und früheren Chefs des mit guten Kontakten zur CIA ausgestatteten privaten Nachrichtendienstes „Strategic Forecast“, George Friedman, war die seit 2016 erfolgte dramatische Verschlechterung der Beziehungen zu China ausschlaggebend für die australische Entscheidung: „Australien sieht sich einer potenziellen Gefahr durch China gegenüber, das auf Zugang und Kontrolle des Westpazifiks drängt. Australien kann es nicht alleine mit China aufnehmen. Die USA können nicht Teile oder gar den gesamten Pazifik China überlassen. [ ] Wenn wir es von diesem Standpunkt aus betrachten, können wir die geopolitische Logik hinter dem australischen Schwenk bei der Anschaffung der U-Boote nachvollziehen. In einer Situation, in der ein Krieg weit hergeholt ist, kann die Beschaffung von Ausrüstung als für sich allein stehender Ankauf behandelt werden. Sollte die Kriegsgefahr aber von weit hergeholt zu unwahrscheinlich wechseln, wird ein umfassendes Bündnisssystem erforderlich, in dem jede Anschaffung zu diesem Bündnis beiträgt.“

Vor diesem Hintergrund sprach der australische Premierminister Morrison in seiner Pressekonferenz von einer „dauerhaften Partnerschaft für eine neue Ära“, und tatsächlich geht der AUKUS-Pakt ja noch weit über die Frage von U-Booten hinaus. Vereinbart wurde unter anderem auch eine enge Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen der KI-High-Tech-Rüstung, der für künftige Auseinandersetzungen mit China eine entscheidende Bedeutung [zugeschrieben](#) wird. Außerdem wird schon darüber [spekuliert](#), dass auch andere Länder dem Pakt beitreten könnten, genannt werden Kanada, Indien, Japan, Taiwan und Südkorea. Auffällig ist dabei, dass sich unter den möglichen Kandidaten kein EU-Land befindet. Und dies dürfte dann zum eigentlichen Kern der Sache führen, weshalb die Vorgänge nicht nur in Paris, sondern auch in Berlin und Brüssel so hysterisch aufgenommen wurden. Der Geopolitiker George Friedman erklärt: „Der wichtigste Punkt besteht darin, dass ein sehr reales internationales Bündnisystem im Entstehen begriffen ist, das sich auf die Meere konzentriert. Die NATO gibt es weiterhin, aber

ihre Aufgaben und Fähigkeiten im Falle eines Krieges sind unklar. Die englischsprachige Allianz bewegt sich schrittweise voran. Wir müssen die Zurückweisung des französischen Vertrages in diesem Licht betrachten. Und womöglich hat der französische Zorn, der weit über einen zweifellos lukrativen Vertrag hinausgeht, etwas damit zu tun.“

## EU vs. AUKUS?

Im Lichte dieser Entwicklungen müssen auch Aussagen von EU-Industriekommissar Thierry Breton **betrachtet** werden: „Etwas ist zerbrochen in den transatlantischen Beziehungen“, weshalb es „eine gute Idee sei“, über die „Neuausrichtung der Partnerschaft“ nachzudenken. Wie tief der Riss aber tatsächlich geht, ist aktuell schwer abzuschätzen. Allerdings scheinen sich die Wogen nach dem „**Versöhnungstelefonat**“ der Staatschefs Macron und Biden einige Tage nach dem AUKUS-Eklat wieder ein wenig geglättet zu haben. Unklar ist auch, ob das rüde Vorgehen der USA schlicht diplomatischer Inkompetenz geschuldet war oder ob es sich um einen gezielten Affront gegen Frankreich und damit aber auch gegen die EU-Indo-Pazifik-Strategie handelte. In jedem Fall wirft das US-Vorgehen Fragen auf, schließlich war es maßgeblich Frankreich, das sich auch mit tatkräftiger deutscher Unterstützung für die Erstellung einer EU-Indo-Pazifik-Strategie einsetzte, für die mit **Schlussfolgerungen des Rates** bereits im April 2021 ein erster Aufschlag gemacht wurde. Auch darin wird auf eine Doppelstrategie gesetzt, indem enge Beziehungen zu Verbündeten in der Region aufgebaut und gleichzeitig die europäische Militärpräsenz **ausgebaut** werden soll. Dieses Ziel verfolgt auch die offizielle **EU-Indo-Pazifik-Strategie**, die pikanterweise am selben Tag veröffentlicht werden sollte, an dem auch der AUKUS-Pakt zumindest in Teilen einen Strich durch die Rechnung machte.<sup>1</sup> So kommentierte die Süddeutsche Zeitung: „Die Frage ist [...] was mehr zu bewundern ist: Die glasklare Bereitschaft Australiens, sich an der Seite der USA in eine unauflösbare Konfrontation mit China zu begeben - trotz aller nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen; oder die Chuzpe, mit der die USA Frankreich als wichtigen Verbündeten in Europa vor den Kopf stoßen - dies auch noch am Tag der Veröffentlichung einer EU-Pazifik-Strategie, die Brüssels außenpolitische Ambitionen als Sandkastenspielererei entlarvt. Für die EU und nebenbei auch für Deutschland ist dies ein blamabler Augenblick.“

Ein Umdenken tut in der Tat not, es wäre wünschenswert, wenn sich die Europäische Union von der aggressiven China-Politik der USA distanzieren würde. Stattdessen scheint aber die Lehre gezogen zu werden: „Wenn Du Verbündete (und Einfluss) willst, rüste dich



US-Atom-U-Boot der Virginia-Klasse. Quelle: Wikimedia Commons/U.S. Navy.

für den Krieg.“ Selbst Frankreich sei nicht hochgerüstet genug, um für die Staaten der Region als ernstest Verbündeter gegen China in Betracht zu kommen. Deshalb sei Deutschland nun umso mehr aufgefordert, Frankreich substantiell militärisch zu unterstützen, sonst werde man im Ringen um Macht und Einfluss im Indo-Pazifik auch künftig keinen Blumentopf gewinnen, meint zum Beispiel die **Welt**: „Wenn die EU-Partner so vereint Verteidigungspolitik machen würden, wie sie jetzt jammern, dann hätte es das Australien-Debakel vielleicht gar nicht gegeben. Dieses Versäumnis betrifft besonders Deutschland. [ ] Die EU hat nur in Ansätzen eine Strategie für den Indopazifik, und vor allem lässt sie kaum Bereitschaft erkennen, Europa robust als globalen sicherheitspolitischen Akteur zu positionieren. Wenn jemand diesen Anspruch verfolgt, dann die Franzosen. Als Großmannssucht einer Ex-Weltmacht belächeln die Deutschen diese Ambitionen gern. Dabei könnte Europa viel effizienter Sicherheitspolitik betreiben, wenn nur die Deutschen endlich ihre Scheu davor verlören. Das ist die große außenpolitische Herausforderung der nächsten Bundesregierung.“

## Anmerkungen

- 1 Die Veröffentlichung der EU-Indo-Pazifik-Strategie wurde recht kurzfristig um einen Tag auf den 16. September 2021 verschoben, um nicht mit der Rede zur Lage der Union von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Konflikt zu geraten.

# Benzin löscht kein Feuer



Militärapparate beschleunigen den Klimawandel und können nicht Teil einer klimafreundlichen Zukunft sein

von Jacqueline Andres

Das [US-amerikanische Verteidigungsministerium](#) führte im März 2021 das erste militärische Planspiel zum Thema Klimawandel durch: „Basierend auf zukünftigen Klima-, Wirtschafts- und Bevölkerungsprognosen war die Übung [Elliptic Thunder,] in Ostafrika in einer fiktiven Zukunft angesiedelt, in der der Klimawandel allmählich die natürlichen Systeme gestört, mehrere Staaten in der Region geschwächt und das Risiko von klimabedingten Extremereignissen erhöht hat. Eine Kombination aus Überschwemmungen, Dürren und Wirbelstürmen führte zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln, Wasser und Energie und verursachte Instabilität und Migration im großen Stil. Diese Instabilität erweiterte die Möglichkeiten für extremistische Gruppen und strategische Konkurrenten, Einfluss zu gewinnen, mit Folgen für die nationale Sicherheit und die Verteidigungsziele der USA.“ Die Einordnung des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung positioniert das Militär als vermeintlich geeignetes Instrument zur Eindämmung der entstehenden „Unsicherheiten“. Das Leben der Menschen in Ostafrika spielt in der Übung keine Rolle. Im Gegenteil: Ihre mögliche Migration wird unterschwellig zur Bedrohung stilisiert. Im Mittelpunkt der Schutzbedürftigkeit stehen hingegen die nationale Sicherheit und die Verteidigungsziele der USA – von der Ursachenbekämpfung der Erderwärmung und der sozialen Probleme, die u.a. durch die ungerechte Wirtschaftsordnung entstehen, ist hier keine Rede.

Das US-Militär steht mit der Versicherheitlichung der Erderwärmung nicht alleine da. So betonte der NATO-Generalsekretär [Jens Stoltenberg](#) im Rahmen des von US-Präsidenten Biden einberufenem Onlineklimagipfels im April 2021: „Der Klimawandel bedroht die globale Sicherheit, daher muss die NATO Teil der Reaktion sein.“<sup>2</sup> Die [Bundesregierung](#) will „[w]egen der zunehmend offensichtlichen sicherheitspolitischen Implikationen des Klimawandels [...] das Thema Klima und Sicherheit in den Vereinten Nationen, im EU-Kon-

text wie auch in anderen internationalen Foren verankern“<sup>3</sup> Dabei ist der Klimawandel-Sicherheits-Nexus bereits vielerorts existent: „Das Thema konnte dank des langjährigen Engagements der Bundesregierung auch zum festen Bestandteil der Agenda des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gemacht werden.“<sup>4</sup> Im EU-Kontext wird der Klimawandel bereits seit der im Jahr 2008 veröffentlichten Strategie „Klimawandel und internationale Sicherheit“ laut [Jürgen Wagner](#) „primär zur Legitimation ohnehin anvisierter Rüstungsprojekte instrumentalisiert“. Auch hier werden die Folgen des Klimawandels erst zur Sicherheitsbedrohung, „wenn durch sie die europäische Sicherheit und europäische Interessen gefährdet werden“.<sup>1</sup>

Dabei sind es die Militärapparate, die mit ihren konstanten emissionsintensiven Militärübungen, globalen Kriegslogistik, zahlreichen Kriegseinsätzen und der zugehörigen Rüstungsproduktion die Erderwärmung beschleunigen. Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir seine Ursachen bekämpfen. Es ist an der Zeit von den Militärapparaten, den imperialen Grenzen und der militaristischen Logik als Bedrohung für die „globale Sicherheit“ aller Menschen zu reden und ihre Abschaffung zu fordern.

## Anmerkungen

1 Zuvor wurde der Klimawandel im EU-Rat und in der Kommission in den 1990'er Jahren als Umweltproblem und nicht als Sicherheitsproblem behandelt. Der Klimawandel war im EU-Rat erst ein „Risiko“, dann eine der „wichtigsten globalen Umweltherausforderungen“ und schließlich in den 2000'er Jahren „eine globale Bedrohung für den zukünftigen Wohlstand und wirtschaftlichen Fortschritt“ und habe „erhebliche Auswirkungen auf internationale Sicherheitsfragen“. Claire Dupont: The EU's collective securitisation of climate change, West European Politics, DOI: 10.1080/01402382.2018.1510199, 2018

# Der Wettstreit um Zentralafrika

Französische und russische Präsenz in der ZAR

von Milena Düstersiek

Seit beinahe zehn Jahren befindet sich die Zentralafrikanische Republik (ZAR) in einem andauernden Bürgerkrieg. In dem schon seit der Unabhängigkeit von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Putschen geprägten Land geht es um mehr als um einen Konflikt basierend auf Ideologie, Religion oder Ethnie. Mit wachsender Präsenz und Einmischung anderer Staaten geht es in der ZAR auch um die Vormachtstellung und Einfluss zwischen dem Westen auf der einen und Russland, China und der Türkei auf der anderen Seite. Besonders die Spannung zwischen Frankreich und Russland kann man in der ZAR beobachten, die entweder auf pro-russische oder pro-französische Akteure zurückgreifen, um dort ihre eigenen geostrategischen und geopolitischen Interessen durchzusetzen.<sup>1</sup> Diese Akteure bestehen einerseits aus der Zentralafrikanischen Armee, die von Russland unterstützt wird (FACA) und andererseits aus einer neu geformten pro-französischen Rebellenkoalition (Coalition des patriotes pour le changement, CPC).

Warum sind Russland und Frankreich in der ZAR aktiv? Was sind ihre Einflussräume und ihre dahinterstehenden Interessen? Diese Studie soll diese Fragen beantworten. Sie wird im Folgenden die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und diejenigen Russlands darlegen, um einen ersten Überblick über die internationale Verflechtung dieses sehr komplexen Konflikts zu schaffen.

## Kurze Darstellung des Hintergrunds

Seit Beginn ihrer Kolonialisierung 1910 war die ZAR abhängig vom französischen Staat und dieser intervenierte regelmäßig in den internen und regionalen Angelegenheiten Zentralafrikas. Am 13. August 1960 wurde die formelle Unabhängigkeit erlangt. Doch auch in den folgenden Jahren griff Frankreich immer wieder in die zentralafrikanische Politik ein, indem es zentralafrikanische Präsidenten unterstützte und absetzte. Im

März 2009 wurden erneut französische Truppen in die zentralafrikanische Hauptstadt Bangui entsandt, nachdem es Berichte über die Übernahme der Stadt durch Rebellen gab, die den damaligen Präsidenten François Bozizé stürzen wollten. Infolge des 2012/2013 ausgebrochenen Konflikts zwischen den Milizen der Séléka und der Anti-Balaka, kehrten französische Truppen erneut in die ZAR zurück, vorgeblich um die Gewalt zu stoppen und Zivilisten zu beschützen. Allerdings hatten die französischen Truppen nur wenig Einfluss auf die Konfliktsituation vor Ort. Um den Frieden zu erhalten, entsandte die französische Regierung 1.000 Streitkräfte und gepanzerte Fahrzeuge in das Land. Diese Militärmission lief unter dem Namen „Operation Sangaris“ und war die letzte direkte französische Intervention in der ZAR. 2016 endete die Mission „Sangaris“ und das französische Militär zog ab. Seitdem sind französische Soldaten in den multilateralen Missionen der UNO und der EU vertreten. Große Teile der Bevölkerung in der ZAR bezweifeln jedoch den angeblichen französischen Altruismus.

Die folgenden Jahre nutzte die russische Regierung, um den eigenen Einfluss im Land und in der Region zu vergrößern bzw. alte Partnerschaften aus der Zeit der Sowjetunion zu reaktivieren. Die Tatsache, dass russische Regierungen nie versucht haben, den afrikanischen Kontinent zu kolonialisieren und dass die Sowjetunion unterschiedliche anti-koloniale Kämpfe auf dem afrikanischen Kontinent unterstützte, kommt Russland dabei zugute. Mit der Unterstützung russischer „Ausbilder“, von denen einige auch zu der privaten Sicherheitsfirma Wagner-Gruppe gehören sollen, kontrolliert die ZAR-Regierung so viel Territorium wie seit Beginn der Krise 2013 nicht mehr. Mittlerweile ist scheinbar auch ihr Überleben statt von französischer nun von russischer Unterstützung abhängig. Seit 2018 stellt die russische Regierung die französische Vormachtstellung in dem Land damit in Frage, was in Paris nicht überraschend zu Kritik an Moskau und der ZAR-

Regierung führt. So bezeichnete z.B. der französische Präsident Emmanuel Macron den ZAR-Präsidenten Faustin-Archange Touadéra als „Geisel der Wagner-Gruppe“.<sup>2</sup>

Als Antwort auf die russische Präsenz im Land haben sich sechs Rebellengruppen, auch aus ehemals verfeindeten Parteien, hinter dem ehemaligen Präsidenten François Bozizé zu der Koalition Coalition des patriotes pour le changement (CPC) zusammengeschlossen. Dieses Netzwerk, an dem auch die „traditionellen pro-französischen Gruppen“<sup>3</sup> FPRC und UPC beteiligt sind, versucht die Macht in der ZAR wiederzuerlangen. Französische Militärnetzwerke unterhalten seit jeher enge Beziehungen zu Mitgliedern bewaffneter Gruppen, mit dem Ziel die Bildungen bestimmter Allianzen zu unterstützen und andere zu spalten, um die französischen Interessen zu fördern und russische Vorhaben zu vereiteln.<sup>4</sup> Der 2016 gewählte Präsident Touadéra wurde im Dezember 2020 mit 53% der Stimmen wiedergewählt. Diese Wahl war umstritten, weil gut 40% der Bevölkerung aufgrund von Rebellen-Aktivitäten nicht an der Wahl teilnehmen konnten und zusätzlich 600.000 muslimische Geflüchtete, die sich in den Nachbarländern der ZAR aufhalten, von der Wahl ausgeschlossen wurden.<sup>5</sup>

## Russland

Spätestens seit 2014, seitdem der Westen aufgrund der Krim-Krise Sanktionen gegen Russland erlassen hat, ist die russische Regierung darauf bedacht, anderswo auf der Welt neue Partner zu finden. „Russland kommt

zurück nach Afrika“, wie Valery Zakharov, der jetzige Sicherheitsberater des zentralafrikanischen Präsidenten, sagte.<sup>6</sup>

Der Kreml setzt hierbei auf diplomatische, wirtschaftliche und militärische Mittel, um politischen Einfluss auf dem Kontinent zu gewinnen und neue Märkte zur erschließen. Bis heute hat Russland gut 20 bilaterale Militärabkommen und milliardenschwere Waffengeschäfte geschlossen und bewirbt sich auch für große Bauprojekte, fördert die Kommunikation im Weltraum, erschließt Kohlenwasserstoffvorkommen und führt militärische Interventionen durch.<sup>7</sup>

Die Motive Russlands in der ZAR könnten auch strategischer Natur sein. Das Land liegt im geographischen Zentrum Afrikas und die Einrichtung eines Stützpunktes dort oder zumindest von Überflugs- und Landungsrechten würde den Zugang zum Rest des Kontinents erleichtern. Russland hat seit 2020 auch eine Militärpräsenz im Sudan (nordöstlich der ZAR), der wiederum an Libyen und Ägypten grenzt, wo Russland ebenfalls präsent ist. Zudem hat Moskau kürzlich zugestimmt, Militärpersonal zur Wartung russischer Waffen in die Republik Kongo (südwestlich der ZAR) zu entsenden.<sup>8</sup> Offenbar verfolgt die russische Regierung das Ziel, einen Einflusskorridor durch den afrikanischen Kontinent zu schaffen. „Die Russen wollen sich in der ZAR durchsetzen, so dass sie eine Einflussachse durch den Sudan im Norden und nach Süden bis nach Angola haben“, sagte ein UN-Sicherheitsbeamter in Bangui<sup>9</sup> – eine spekulative, aber plausible Vermutung.



Gepanzertes Fahrzeug der UN-Mission MINUSCA in Bangui. Quelle: UN Photo/Catianne Tijerina.



Treffen vom Präsident Touadéra mit Präsident Putin 2019 in Sochi. Quelle: Wikipedia/Mikhail Metzel/Kremlin Pool.

### Russische Waffen für die ZAR

Die Zusammenarbeit der beiden Länder – und damit Russlands Expansion in der ZAR – begann 2017, als Russland eine Sondergenehmigung vom Sicherheitsrat der UNO (UNSC) einholte, die es ihm erlaubte, der ZAR trotz Waffenembargo Waffen zu liefern. Die ersten Lieferungen begannen zwischen dem 26. Januar und 7. Februar 2018. Neun russische Transportflugzeuge landeten am M'Poko International Airport in Bangui und lieferten Waffen und Munition, die nach ihrer Ankunft schrittweise an die ebenfalls von Russland trainierten, nationalen Sicherheitskräfte verteilt wurden.<sup>10</sup>

Neben der zentralafrikanischen Armee (FACA) bekamen auch die Polizei und Gendarmerie Waffen aus Russland. Aus einem Bericht von UN-Experten geht hervor, dass 2018 die Gendarmerie 127 Sturmgewehre und 73 Pistolen, die Polizei 97 Sturmgewehre und 10 Pistolen aus Russland erhielten.<sup>11</sup> 2019 lieferte Russland dann über 4.500 Waffen und mehr als 7 Mio. Munitionsladungen.

Laut Expertenberichten deckten die Waffenspenden aus Russland und Frankreich (Frankreich hat 1.400 Sturmgewehre, die sie in Somalia beschlagnahmt hatten, an die ZAR gespendet) 2018 und 2019 nahezu die gesamten Anforderungen der FACA an Kleinwaffen und leichten Waffen.<sup>12</sup> In seiner Rede auf dem Russland-Afrika Gipfel 2019 sagte Präsident Touadéra: „unser Bedarf an Kleinwaffen wurde nach Erhalt der zweiten Lieferung russischer Waffen gedeckt. Wir brauchen schwerere Waffen, um wirksame Streitkräfte in der Zentralafrikanischen Republik aufzubauen. Ille-

gale bewaffnete Gruppen schmuggeln solche Waffen.“ So forderte er, dass „unsere russischen Partner uns tödliche Waffen mit einem Kaliber von mehr als 14,5 mm sowie gepanzerte Mannschaftstransporter, Schützenpanzer, Mörser und andere Artilleriewaffen liefern werden, die uns helfen werden, unsere Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu stärken.“<sup>13</sup>

Russland folgte dieser Aufforderung und lieferte im Oktober 2020 20 BRDM-2 gepanzerte Wagen mit aufgesetzten 14,5 mm Maschinengewehren und 20 7,62 mm Kalaschnikows, welche ebenfalls auf den gelieferten Wagen installiert werden können.<sup>14</sup>

### Wagner-Gruppe als Militärausbilder in der ZAR

Das Abkommen zwischen Russland und der ZAR beinhaltet neben den Waffenlieferungen auch Ausbildungsmissionen zentralafrikanischer Soldaten durch russische Soldaten und Zivilisten. Im Dezember 2018 belief sich diese Mission auf eine russische Präsenz mit fünf militärischen und 170 zivilen Ausbildern. Seitdem wurde die Mission schrittweise aufgestockt. Mittlerweile (Stand 18. April 2021) sind 532 bis 550 Ausbilder laut Russland in der ZAR. Bis Juni 2020 sollen russische Ausbilder bereits 4.200 Soldaten der FACA und 600 Polizisten ausgebildet und trainiert haben.<sup>15</sup> Das Experten-Gremium der UN stellte jedoch auch fest, dass mehrere Quellen die Zahl der russischen Ausbilder und Soldaten deutlich höher schätzten und von 800 bis 2.100 russischen Soldaten ausgehen.<sup>16</sup> Laut dem Kreml sind die von Russland entsandten Ausbilder nicht an militärischen Operationen der FACA

beteiligt, sondern ihre Rolle beschränke sich auf „die Ausbildung von FACA-Kadetten im Ausbildungszentrum Berengo in der Präfektur Lobaye sowie die Ausbildung von Polizei und Gendarmerie, den Transport von FACA-Truppen in die Einsatzgebiete, die beratende Unterstützung der FACA bei der Einsatzplanung, die logistische Unterstützung der FACA bei der Lieferung von Munition, Lebensmitteln, Wasser und Treibstoff sowie die Unterstützung bei der Organisation der medizinischen Evakuierung und der ersten Hilfe für verwundetes FACA-Personal während militärischer Operationen.“<sup>17</sup> Trotzdem liegen zahlreiche Zeugnisaussagen lokaler Beamter, der FACA, der internen Sicherheitskräfte und von Quellen auf Gemeindeebene aus verschiedenen Orten der ZAR vor, die eine aktive Beteiligung russischer Ausbilder an Kampfhandlungen vor Ort feststellten, wobei viele angaben, beobachtet zu haben, dass die russischen Ausbilder die FACA bei ihrem Vormarsch auf verschiedene Städte und Dörfer oft anführten, anstatt ihnen zu folgen.<sup>18</sup>

Neben den offiziellen russischen Ausbildern sollen sich laut Presseberichten auch russische Söldner einer privaten Sicherheitsfirma, der Wagner-Gruppe, in der ZAR aufhalten. Die Wagner-Gruppe erschien 2014 in der Ostukraine das erste Mal auf der Bildfläche. Die Wagner-Gruppe ist allerdings nicht in Russland registriert, genauer gesagt, sie ist nirgends registriert und existiert de jure nicht.<sup>19</sup> Dennoch deutet vieles auf eine enge Verbindung zwischen der Wagner-Gruppe und der russischen Regierung oder zumindest auf ein Wohlwollen durch die Regierung hin.

Die Verwendung privater Sicherheitsfirmen in solchen Kontexten wie in der ZAR kann sowohl für die russische als auch für andere Regierungen nützlich sein. Eine private Sicherheitsfirma in eine Konfliktsituation zu entsenden, ist oft günstiger als das eigene Militär. Die Todesopfer solcher Missionen erscheinen entweder gar nicht oder nicht als offizielle eigene Kriegsoffer und zählen somit nicht zu den offiziellen Zahlen des Verteidigungsministeriums. Zudem erlaubt das „Schattendasein“ dieser Firmen Russland (oder anderen Staaten, die solche Firmen einsetzen) die eigene, eventuell illegale Präsenz in einem Konflikt zu verschleiern, indem solche Söldner als Privatpersonen und Freiwillige bezeichnet werden und nicht als offiziell von der Regierung eingesetzte Truppen.

Für die ZAR wird angenommen, dass sich hinter den offiziellen 170 Zivilisten, die die russische Regierung 2018 in das Land geschickt hat, vor allem Söldner der Wagner-Gruppe verbergen. In der ZAR sollen diese Söldner hauptsächlich mit der Ausbildung der lokalen Sicherheitskräfte, der Sicherung von Transportwegen und von Russland neu errichteten Krankenhäusern beauftragt sein. Allerdings gibt es auch Berichte, aus

denen hervorgeht, dass russische Söldner sich aktiv an den Kampfhandlungen der FACA beteiligen. Außerdem wirft die UNO russischen Kräften schwere Menschenrechtsverletzungen in der ZAR vor.<sup>20</sup>

### **Russlands Wirtschaftsinteressen in der ZAR**

Da die ZAR nicht aus eigener Staatskasse die russische Regierung für ihre Dienste – Waffenlieferungen und Soldatentraining – entlohnen kann, hat die zentralafrikanische Regierung in Form einer Vergabe von Schürfrechten an russische Unternehmen, besonders an das Unternehmen Lobaye Invest SARLU, bezahlt.<sup>21</sup> Laut einer CNN-Reportage sollen sowohl die Wagner-Gruppe als auch Lobaye Invest SARLU dem russischen Unternehmer Jewgeni Prigoschin gehören, der auch unter dem Spitznamen „Putins Koch“ bekannt ist.<sup>22</sup>

Der Zugang zu natürlichen Rohstoffen ist für Russland auch von strategischem Interesse, denn es hat einen kritischen Mangel an bestimmten Rohstoffen, darunter Chrom, Mangan, Quecksilber und Titan, und steht vor der Erschöpfung seiner Reserven an anderen Rohstoffen, darunter Kupfer, Nickel, Zinn und Zink.<sup>23</sup> Aber auch der Waffenhandel ist für Russland von erheblichem wirtschaftlichem Interesse. Laut SIPRI war Russland zwischen 2012 und 2016 mit 35 Prozent der Waffenexporte in die Region der größte Waffenlieferant für Afrika.<sup>24</sup> Der Waffenexport ist ein lukratives Geschäft für das russische Wirtschaftswachstum, insbesondere vor dem Hintergrund anhaltender westlicher Sanktionen und einer stagnierenden Wirtschaft aufgrund des weltweiten Ölpreisverfalls. Sowohl bei der Militärtechnologie und -ausrüstung als auch bei der Ausbildung ist Russland eine alternative Quelle für die afrikanischen Länder.<sup>25</sup> Das Werben um die Obrigkeiten in der ZAR könnte Russland auch dabei helfen, Aufträge im benachbarten Tschad, in Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo, dem Sudan und dem Südsudan zu erhalten. Mit seiner Präsenz in der ZAR und den Waffenexporten und -spenden schafft es Russland auch feste Wirtschaftsbeziehungen zur ZAR herzustellen, denn russische Waffen müssen gewartet, repariert und deren korrekte Verwendung beigebracht werden. Da Russland nun sowohl die Armee als auch die Polizei mit und an seinen Waffen ausrüstet und ausbildet, wird vermutlich die ZAR-Regierung auch in der Zukunft weiterhin russische Waffen verwenden und kaufen. Ob Russlands Interessen an einem verstärkten Einfluss in der ZAR eher wirtschaftlicher oder geopolitischer Natur sind, lässt sich schwer sagen. Allerdings beweist Russland in der ZAR, dass es in der Lage ist, afrikanische Präsidenten gegen inneren Druck zu verteidigen und dass es ihnen helfen kann, ihre Macht weiter auszubauen. Damit zeigt es sich als mächtige



Einsatz der European Union Training Mission in Central African Republic in Bouar. Quelle: EU/EUTM RCA Photo Gallery.

Alternative zu westlichen Interventionen, die wiederum neben der militärischen Komponente auch unter dem Deckmantel von „Menschenrechten“ und „Demokratisierung“ auf neoliberale Umstrukturierungen von Wirtschaft und Politik setzen. Durch Russlands Ansatz der „Nicht-Einmischung“ ausländischer Staaten in die interne Politik anderer, beinhalten russische Militärhilfen und -interventionen keinen Anspruch auf innenpolitische Reformen und einen Ausbau demokratischer Strukturen. Durch diese Gegebenheiten kann Russland geopolitisch sowohl auf lokaler Ebene als auch durch Partnerschaften auf internationaler Ebene wie bspw. in der UNO an Einfluss gewinnen.

## Frankreich

Vereinfacht lässt sich sagen, dass als selbsterklärte politische Weltmacht Frankreichs geopolitisches Interesse in der ZAR das gleiche ist, das realpolitisch alle Großmächte motiviert, sich globalpolitisch zu engagieren: Machtprojektion. Als Mitglied des UNSCs will Frankreich seine Position als internationaler „power broker“ nicht verlieren. Viele der verschiedenen Militärmissionen in der ZAR waren entweder einseitig von Frankreich oder im Rahmen einer multilateralen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und/oder der EU organisiert, wobei Frankreich maßgeblich an den UN-Resolutionen und EU-Operationen zur ZAR beteiligt war und/oder diese konzeptionell geprägt hat.<sup>26</sup> Dadurch präsentiert Frankreich sich als die zuständige Weltmacht für Zentralafrika gegenüber anderen Mächten, die daraufhin Frankreichs Vormachtstellung anerkennen sollen.

## Frankreichs wirtschaftlicher Einfluss in der ZAR

Ein wichtiger Arm der französischen Machtprojektion in Zentralafrika ist die Währungskontrolle über den CFA-Franc. Um die eigenen Kolonien während der Kolonialzeit neben den eigenen Besitzansprüchen auch wirtschaftlich, kulturell, sprachlich und politisch enger an Frankreich zu binden, brachte Frankreich seine Kolonialgebiete in ein ausbeuterisches Abhängigkeitsverhältnis und führte als Teil dessen die gemeinsame koloniale Währung, den CFA-Franc, ein. Dieses Abhängigkeitsverhältnis besteht durch die CFA-Franc Währungsunion in vielen frankophonen afrikanischen Ländern noch bis heute fort.

Dies hat nur zu einer partiellen Dekolonialisierung der ehemaligen französischen Kolonien in Afrika geführt und Frankreichs ausbeuterische wirtschaftliche Präsenz in der Region bis heute erhalten.<sup>27</sup> Die massive Überbewertung des CFA-Franc bedeutet eine de facto Subventionierung von Importen und gleichzeitig eine Steuer auf Exporte. Demnach ist der Aufbau einer funktionierenden Industrie in der ZAR kaum möglich. Zudem bedeutet die feste Bindung des CFA-Franc an den Euro für die französischen Unternehmen, die in der ZAR tätig sind, dass ihre Interessen effektiv vor Abwertung der gemeinsamen Währung geschützt sind, während die Konvertibilität und die Grundsätze der unentgeltlichen Übertragung ihre Gewinnrückführung aus der ZAR nach Europa erleichtern.<sup>28</sup>

Frankreich ist bis heute der wichtigste Handelspartner für die ZAR. Im Jahr 2018 gingen von dort 33,37% der Exporte nach und kamen 42,61% der Importe

aus Frankreich. Was die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs betrifft, so ist die Bedeutung des Handelsvolumens zwischen der ZAR und Frankreich für die französische Wirtschaft zwar vernachlässigbar und der transnationale französische Konzern Areva, der 2008 ein Abkommen mit der ZAR über den Abbau von Uran im Osten des Landes unterzeichnet hatte, hat auf Grund von Korruptionsskandalen sein Vorhaben vorerst aufgegeben – aber Frankreich hat noch immer wirtschaftliche Interessen zu schützen. Zu diesen gehören auch die über 20 französischen Unternehmen in der ZAR, unter anderem Orange, der französische Telekommunikationsanbieter, und die Bolloré-Gruppe, die den Containerhafen in Bangui<sup>29</sup> betreibt.

Dass französische Wirtschaftsinteressen in der ZAR eine wichtige Rolle spielen, kann man auch an einigen der französischen Holzeinschlagsunternehmen oder deren Subunternehmen in der ZAR erkennen, die während der Hochphase des Konflikts 2013-2014 bewaffnete Rebellengruppen finanziell im Austausch gegen ungehinderten Export unterstützt haben sollen.<sup>30</sup> Frankreich und die EU erlaubten weiterhin, trotz fragwürdiger Legalität des Holzes, den Import von Tropenholz aus der ZAR. Ein weiteres Beispiel ist eine zentralafrikanische Zuckerrohrplantage und -raffinerie, die zum französischen Konzern Castel gehört. Diese soll bis März 2021 ebenfalls bewaffnete Rebellengruppen im Austausch gegen sicheren Handel unterstützt haben. Dazu kommt noch, dass die Rebellengruppe aktiv die Ware von konkurrierenden Zuckerschmugglern konfisziert und diese Ware gemeinsam mit der Raffinerie unter dem Label der Zuckerfirma neu verkauft haben soll. Trotz Berichten über die Zusammenarbeit zwischen dem ZAR-Subunternehmen und den UPC-Rebellen, die unter anderem bekannt für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, schritten die Unternehmensführung und auch der Mutterkonzern Castel nicht ein. Sollten sich diese Vorwürfe bewahrheiten, verstieß Castel damit ungestraft gegen französisches Recht und trägt eine Mitverantwortung für begangene Menschenrechtsverletzungen in der ZAR.<sup>31</sup>

Durch den breiten Einfluss, den die französische Regierung durch die Strukturen des CFA-Francs auf dem afrikanischen Kontinent genießt, haben die Interessen Frankreichs an der ZAR demnach vor allem regionale Gesichtspunkte. Mit ihrer geographischen Lage in der Mitte Afrikas nimmt die ZAR aber auch eine wichtige geostrategische Position ein, denn dadurch grenzt sie entweder direkt an oder liegt in der Nähe von Ländern, in denen Frankreich vielfältigere Wirtschaftsinteressen hat wie zum Beispiel Kamerun, Tschad, Republik Kongo und Gabun.<sup>32</sup> Weiteres Chaos in der ZAR, wie der Zusammenbruch des Staates 2013-

2014, könnte das Land noch attraktiver als Rückzugsort für die zahlreichen regionalen bewaffneten Gruppen aus dem Tschad, dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo machen, die so auch die französischen Interessen in anderen Ländern untergraben könnten.

### **Frankreichs militärischer Einfluss in der ZAR**

Frankreichs Militäraktivitäten in Afrika sind derzeit nicht auf Zentralafrika konzentriert. Dennoch reichen einige Operationen, wie die auslaufende „Operation Barkahne“ in der Sahel-Region, bis an den Tschad-See heran und betreffen so, neben Tschad, auch Kamerun. Dadurch spielt Zentralafrika weiterhin eine strategische Rolle, denn die zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien geschlossenen Militärabkommen, die Paris das Recht auf freien Durchgang sichern, ermöglichen es dem französischen Militär, flexibel und schnell seine Truppen durch die Region zu bewegen und gegebenenfalls Truppen aufzustocken. Neben diesen Abkommen unterhält Frankreich auch große Militärbasen wie in Gabun und im Tschad. Auch in der ZAR hatte Frankreich seit der Unabhängigkeit 1960 bis 2016 und dem Ende der „Operation Sangaris“ beinahe durchgängig Truppen im Land stationiert. Selbst nach dem Ende der „Operation Sangaris“ und dem Abzug französischer Soldaten verblieben ca. 300 französische Streitkräfte in Bangui und Frankreichs damaliger Verteidigungs- und heutiger Außenminister Jean-Yves Le Drian schwor, dass die französischen Truppen weiterhin bereit wären, in dem Land erneut zu intervenieren.<sup>33</sup>

Trotz des Truppenabzugs macht die französische Regierung weiterhin ihren militärischen Einfluss in der ZAR deutlich. Am 9. Januar 2021 ordnete die französische Regierung eine Überflugmission über der ZAR an. Das Büro des französischen Präsidenten gab an, dass die Mission auf „Ersuchen des Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, Faustin-Archange Touadéra und mit Genehmigung der Friedensmission der Vereinten Nationen (MINUSCA) im Land stattfand.“<sup>34</sup> Auch ohne direkte französische Militärpräsenz bleibt Paris weiterhin einflussreich in der ZAR. Frankreich gehörte bis Juni 2021 zu den größten Gebernationen von humanitärer- und Entwicklungshilfe an die ZAR. Trotz des wachsenden Einflusses Russlands buhlt die französische Regierung auch in den sozialen Netzwerken um ihren Einfluss in der ZAR. Im Vorlauf der Wahlen, die für Dezember 2020 angesetzt waren, kam es vor allem auf Facebook zu einer Einflussnahme, die vom Stanford Internet Observatory und Graphika als „Troll vs. Troll“ Operationen bezeichnet wurde. Dort sollen Mitglieder des französischen Militärs über Fake-Profilen Falschinformationen und profranzösische Propaganda verbreitet haben. Zusätzlich

sollen sie aktiv gegen russische Einflussoperationen vorgegangen sein, mit dem Ziel diese als „Fake News“ und Internet-Trolls zu enttarnen. Teil dieser Kampagne war auch die Darstellung der militärischen Unterstützung Russlands als eines neokolonialen Unterfangens Moskaus, das nur der wirtschaftlichen Bereicherung russischer Oligarchen dienen soll.<sup>35</sup> Im Juni 2021 gab die französische Regierung bekannt, dass sie sowohl die militärische als auch die finanzielle Unterstützung an die ZAR einstellen werde. Grund dafür soll einerseits der Umgang mit der Opposition durch die Regierung sein und andererseits deren Versagen, die „massiven Desinformationskampagnen“ gegen Frankreich zu stoppen.<sup>36</sup> Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass die französische Regierung nicht gewillt ist, das Feld, bzw. die ZAR „kampfflos“ Moskau zu überlassen. Die Überflugmission soll sowohl der ZAR-Regierung als auch der russischen Regierung zeigen, dass das französische Militär weiterhin bereit und willig ist, schnell wieder in der ZAR aktiv zu werden. Auch die digitale Kriegsführung gegen russische Trolls auf Facebook zeigt, dass Frankreich bemüht ist, in der Bevölkerung eine anti-russische und pro-französische Stimmung aufzubauen, um durch ein verbessertes Ansehen in der Bevölkerung einen größeren Einfluss in der Politik wiederherzustellen. Zudem würde eine anti-russische Stimmung den amtierenden Präsidenten aktiv unter Druck „von unten“ setzen, wenn sich die Bevölkerung vermehrt kritisch gegen die enge Verbindung der amtierenden Regierung mit Russland äußern könnte. Ein Abwenden der ZAR-Regierung von Russland würde dann wieder Platz für verstärkten französischen Einfluss in der ZAR schaffen.

## Fazit

Weder Russland noch Frankreich geht es primär um die ZAR selbst. Vielmehr geht es um den regionalen Einfluss und den Stand beider Länder in einem sich ökonomisch schnell entwickelnden Kontinent. Nicht nur für Russland, sondern auch für Frankreich sind enge Partnerschaften in dieser Region von Bedeutung, denn mit diesen kommen sowohl politische als auch militärische Vorzüge wie strategische Truppenplatzierungen und Militärbasen als auch die politische Unterstützung auf internationaler Bühne. Die Ansätze der Militärmissionen des Westens und Russlands sind in ihren Grundzügen sehr ähnlich. Beide Parteien setzen auf die Ausbildung lokaler Streitkräfte und Beratungen in Sicherheitsfragen. Basierend auf den eher fehlenden Erfolgen des Westens mit dieser Strategie bleibt allerdings die Frage offen, wie erfolgreich Russland mit dieser Taktik auf Dauer sein wird. Frankreich scheint sich mit diesem Ansatz auf dem afrikanischen Kontinent übernommen zu haben, versucht deshalb Unterstützung in EU und NATO zu mobilisieren und muss doch – wie es scheint – immer wieder Truppen abziehen bzw. laufende Missionen beenden, ohne dabei militärische Erfolge vorweisen zu können. Durch die sich schnell ausdehnende Militärpräsenz Russlands besteht die Möglichkeit, dass auch Russland schlussendlich in dieselbe Falle tappen könnte. Für die ZAR führt das zunehmende Nullsummendenden beider Staaten nun zu einem Wettkampf, der auf ihrem Boden ausgetragen wird, was weder zu einer Lösung und/oder Befriedung des Konflikts noch zu einer Verbesserung der Lebensumstände der Zentralafrikaner beiträgt.



Einsatz der European Union Training Mission in Central African Republic in Bouar. Quelle: EU/EUTM RCA Photo Gallery.

## Anmerkungen

- 1 Dukhan, Nathalie: State of Prey Proxies, Predators, and Profiteers in the Central African Republic, S.8, Oktober 2020
- 2 Melly, Paul: Macron's blunt style may harm bid for new African chapter, 3.6.2021, [bbc.com](https://www.bbc.com).
- 3 Dukhan, Nathalie State of Prey, S.11, Oktober 2020; Lechner, John A./ Lamarche, Alexandra: Outside Powers Are Making the Conflict in the Central African Republic Worse, 22.1.2021, [foreignpolicy.com](https://www.foreignpolicy.com).
- 4 Ebd.
- 5 Lechner, John A./ Lamarche, Alexandra: Outside Powers Are Making the Conflict in the Central African Republic Worse, 22.1.2021, [foreignpolicy.com](https://www.foreignpolicy.com).
- 6 Lister, Tim/ Shukla Sebastian/ Ward, Clarissa: Putin's Private Army, 2019, [cnn.com](https://www.cnn.com).
- 7 Losh, Jack/ Mathews, Owen: 'Battle for Africa': Russia Pushes Into 'Free Country for the Taking' In Attempt to Rival the West, 9.8.2018, [newsweek.com](https://www.newsweek.com).
- 8 Marten, Kimberly: Russ-Afriקה? Russia, France and the Central African Republic, PONARS Eurasia Policy Memo No. 608, S.5, August 2019 .
- 9 Losh, Jack/ Mathews, Owen: 'Battle for Africa': Russia Pushes Into 'Free Country for the Taking' In Attempt to Rival the West, 9.8.2018, [newsweek.com](https://www.newsweek.com).
- 10 United Nations Security Council: Midterm report of the Panel of Experts on the Central African Republic extended pursuant to Security Council resolution 2399 (2018), S.8, 23.7.2018 [S/2018/729](https://www.un.org/News/Press/docs/2018/S/2018/729).
- 11 United Nations Security Council: Final report of the Panel of Experts on the Central African Republic extended pursuant to Security Council resolution 2399 (2018), S. 42, 14.12.2018 [S/2018/1119](https://www.un.org/News/Press/docs/2018/S/2018/1119).
- 12 United Nations Security Council: Final report of the Panel of Experts on the Central African Republic extended pursuant to Security Council resolution 2454 (2019), S.35, 6.12.2019, [S/2019/930](https://www.un.org/News/Press/docs/2019/S/2019/930).
- 13 Ebd. S.182.
- 14 United Nations Security Council: Midterm report of the Panel of Experts on the Central African Republic extended pursuant to Security Council resolution 2536 (2020), S.18, 27.1.2021, [S/2021/87](https://www.un.org/News/Press/docs/2021/S/2021/87).
- 15 United Nations Security Council: Final report of the Panel of Experts on the Central African Republic extended pursuant to Security Council resolution 2507 (2020), S. 15-16, 8.7.2020 [S/2020/662](https://www.un.org/News/Press/docs/2020/S/2020/662).
- 16 United Nations Security Council: Final report of the Panel of Experts on the Central African Republic extended pursuant to Security Council resolution 2536 (2020), S. 19, 25.6.2021 [S/2021/569](https://www.un.org/News/Press/docs/2021/S/2021/569).
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Center for Strategic & International Studies: Band of Brothers: The Wagner Group and the Russian state 21.9.2020, [csis.org](https://www.csis.org).
- 20 UN Geneva: Central African Republic: Rights experts concerned over 'Russian advisers' and close contacts with UN peacekeepers 31.3.2021, [ungeneva.org](https://www.un.org/News/Press/docs/2021/ungeneva.org).
- 21 Lister, Tim/ Shukla Sebastian/ Ward, Clarissa: Putin's Private Army, CNN, 2019, [cnn.com](https://www.cnn.com).
- 22 Ebd.
- 23 Hedenskog, Jakob: Russia is Stepping Up its Military Cooperation in Africa, FOI Memo 6604, December 2018
- 24 SIPRI Factsheet 2017: Trends in International Arms Transfers, 2016, S.5, Februar 2017, [sipri.org](https://www.sipri.org).
- 25 Hedenskog, Jakob: Russia is Stepping Up its Military Cooperation in Africa, FOI Memo 6604, December 2018
- 26 Mattheis, Frank: How to wield regional power from afar: a conceptual discussion illustrated by the case of France in Central Africa, S. 10, International Politics, 25.08.2021
- 27 Samba Sylla, Ndongo: Monetary imperialism in Franco-phone Africa: an Interview with Ndongo Samba Sylla, 24.7.2019, [africasacountry.com](https://www.africasacountry.com).
- 28 Taylor, Ian: France à fric: the CFA zone in Africa and neo-colonialism, Third World Quarterly, 2019, 40:6, S. 2065
- 29 Die ZAR ist für die Kommunikation und den Handel auf die Wasserwege (den Ubangi und andere Flüsse) angewiesen. Die Ubangi-Mittelkongo-Route ist die zentrale internationale Transportverbindung mit der Außenwelt. Sie ist die meiste Zeit des Jahres schiffbar und führt vom Containerhafen in Bangui nach Brazzaville im Kongo. Von dort aus werden die Waren mit der Eisenbahn zum kongolesischen Hafen Pointe-Noire transportiert. (Quelle: <https://www.britannica.com/place/Central-African-Republic/Economy> ).
- 30 Global Witness: Blood Timber: How Europe Helped Fund War in the Central African Republic, Juli 2015, [globalwitness.org](https://www.globalwitness.org).
- 31 The Sentry: Cultivating Atrocities French Sugar and Beverage Giant Castel Group Linked to the Funding of Brutal Militias in Central African Republic, August 2021, [thesentry.org](https://www.thesentry.org).
- 32 Beninga, Paul-Crescent/ Manga Essama, Déflorine Grâce et al.: Persistence of the Crisis in the Central African Republic: Understanding in order to Act, S.15 Friedrich Ebert Stiftung, 2018.
- 33 Deutsche Welle: France pulls out of Central African Republic, 31.10.2016, [dw.com](https://www.dw.com).
- 34 Al Jazeera: French jets fly over CAR as tens of thousands flee vote tensions, 9.1.2021, [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com).
- 35 Graphika; Stanford Internet Observatory: More-Troll Combat French and Russian Influence Operations Go Head to Head Targeting Audiences in Africa, 15.12.2020, [graphika.com](https://www.graphika.com).
- 36 Charlton, Angela: France freezes military ties with Central African Republic, 8.6.2021, [apnews.com](https://www.apnews.com); Reuters: France suspends aid, military support for Central African Republic, 9.6.2021, [reuters.com](https://www.reuters.com).

# EU – Sahel

## Machtansprüche und Externalisierung

von Christoph Marischka

Am 13. Oktober 2021 würdigte die Bundesregierung mit einem großen Zapfenstreich den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und gedachte der Gefallenen. Da wurde auch vermeintlich selbstkritisch auf die von der Politik formulierten Ziele und Erwartungen an den Einsatz geblickt. Doch für Bundespräsidenten Steinmeier stand trotzdem fest: „Ich hoffe, dass wir in 20 Jahren nicht auf diese Wegscheide zurückblicken und sagen: Resignation und Rückzug war die Antwort auf Afghanistan [...] Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach Afghanistan muss ehrlicher, klüger und stärker werden.“ Immer wieder fiel in diesem Zusammenhang das Stichwort „Mali“. Auch dieser Einsatz gehöre auf den Prüfstand (genau genommen handelt es sich dabei um zwei Einsätze, für die zusammen bis zu 1.700 deutsche Kräfte mandatiert sind). Tatsächlich läuft die westliche Intervention in der sog. Sahel-Region spätestens seit 2016 völlig aus dem Ruder. Das in Mali von der EU ausgebildete und von Deutschland u.a. im Zuge der „Ertüchtigungsinitiative“ ausgerüstete Militär hat sich trotz internationaler Kritik an die Macht geputscht. Die Zahl und der Aktionsradius der bewaffneten, aufständischen Gruppen wächst, während die Bewegungsfreiheit der internationalen Truppen immer kleiner wird. Damit schwinden auch die Möglichkeiten des flankierenden Staatsaufbaus. Dementsprechend wird das Vorgehen robuster. Hoffnung setzt man nun v.a. auf den Ausbau der (ersten) europäischen Spezialkräfte-Mission „Takuba“. Ende März bestätigte die UN-Mission MINUSMA vor Ort – an der Deutschland beteiligt ist – was die französische und deutsche Regierung zuvor als Propaganda im Dienste des Terrors zurückgewiesen hatten: dass die französische Luftwaffe am 3. Januar 2021 nahe dem Ort Bounti versehentlich eine Hochzeitsfeier bombardiert hatte. Solche Luftangriffe sind in Mali längst keine Ausnahme mehr – das französische Verteidigungsministerium gibt anschließend die Zahl der „neutralisierten“ Aufständischen (und ihrer Fahrzeuge) typischer Weise in Dutzenden an.

Selbst regierungsnahe Thinktanks und Angehörige der „Sicherheitspolitischen Community“ sprechen mittlerweile von einem kontraproduktiven Einsatz, vage definierten und unerreichbaren Zielen und warnen vor einem „Mission Creep“: einer fortgesetzten Ausweitung eines militärischen Einsatzes infolge seines faktisch bereits erfolgten Scheiterns. Das Magazin des Reservistenverbandes mit dem vielsagenden Namen „loyal“ hatte bereits Anfang 2017 seinen Leitartikel zum Schwerpunkt „Im malischen Treibsand“ mit dem Titel „Mission Impossible?“ überschrieben. Eigentlich gute Ausgangsbedingungen für eine neue Bundesregierung, um die Reißleine zu ziehen. Doch das ist aus zwei Gründen unwahrscheinlich.

Denn die kommende Bundesregierung wird sich vermutlich aus Grünen, FDP und SPD zusammensetzen. V.a. die beiden „Königsmacher\*innen“ versprechen, den Zielkonflikt zwischen Ökologie und Wachstum durch technologische Innovationen und damit verbundene Subventionen aufzuheben – z. B. der Stahlindustrie bei der Umstellung auf „grünen Wasserstoff“ oder der Automobilindustrie bei der Umstellung auf Elektromobilität. Es handelt sich dabei um eine Externalisierungsstrategie, bei der die Kosten für Energie- und Rohstoffgewinnung Drittstaaten aufgebürdet und obendrein hierzulande öffentliche Mittel in private Profite umgewandelt werden. Doch diese Externalisierung braucht auch konkrete Räume und dafür bieten sich für Europa aus einer nach wie vor kolonialen Sicht „die ungenutzten Flächen“ (ingenieur.de) in der Sahel-Region an. Bereits seit Jahrzehnten bezieht Frankreich den Rohstoff seiner nuklearen Energiegewinnung zu großen Teilen aus Niger. Ende der Nullerjahre formierte sich das deutsche Kapital unter dem Schlagwort Desertec, um „Wüstenstrom“ aus Afrika nach Europa zu importieren. Was damals noch durch ein Hochspannungs-Übertragungsnetz realisiert werden sollte, soll nun in Form von grünem Wasserstoff klimaneutral über Pipelines und Tanker die Kontinente über jenes Mittel-



Screenshot des Selbstdarstellungsvideos von Firefinch Ltd auf ihrer Homepage. Zu den Abnehmern des Lithiums zur Produktion von Batterien zählen u.a. Tesla, VW und BMW. Quelle: [firefinchltd.com/project/goulamina/](http://firefinchltd.com/project/goulamina/).

meer verbinden, das die EU gegenüber den Menschen aus Afrika in ein Massengrab verwandelt hat. Damals wie heute werden diese Externalisierungsstrategien getragen durch eine öffentliche Forschungspolitik, welche diese großtechnischen Lösungen vorbereitet. Kürzlich etwa hat die Abteilung „Techno-ökonomische Systemanalyse“ des Forschungszentrums Jülich im Zuge der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung einen H2-Atlas Afrika veröffentlicht – ein interaktives Werkzeug, mit dem sich für die Mitgliedstaaten der ECOWAS die Potentiale zur Gewinnung von Wasserstoff, Wind- und Solarenergie anzeigen lassen – in Preisen, die z.B. Transport-, Wasser- und Umsiedelungskosten nicht einkalkulieren. Aktuell verspricht das australische Bergbauunternehmen Firefinch Ltd. Ab 2023 auch einen hochgradig kritischen Rohstoff der Elektromobilität in der Region zu gewinnen. Im Süden Malis soll auf 100qkm eine Lithium-Mine entstehen, die mit Wasser aus dem Selingue-Damm versorgt wird (der mit sehr begrenztem Zufluss bislang eine zentrale Rolle für die Landwirtschaft in verschiedenen Teilen des Landes spielt).

Auch jenseits dieser Externalisierung spielt die sog. Sahel-Region für die Europäische Union eine herausragende Rolle – und zwar für ihre nach wie vor im Entstehen begriffene gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nirgendwo sonst kann dem immer wieder erhobenen und bekräftigten Gestaltungsanspruch Ausdruck verliehen werden. Zumindest aktuell scheint undenkbar, dass sich die EU im „Nahen Osten“ oder an den Grenzen zu Russland „auf

Augenhöhe“ mit der NATO „engagiert“. Zumindest in Teilen lässt sich die Transformation der Region in ein Kriegsgebiet auch aus diesem Anspruch erklären. Die „Europäische Sicherheitsstrategie“ von 2003 erklärte „Scheiternde Staaten“ zum wahrscheinlichsten Einsatzgebiet für „ein sicheres Europa in einer besseren Welt“. Nach einigen kurzfristigen „Übungseinsätzen“ – ebenfalls überwiegend auf dem afrikanischen Kontinent – veröffentlichte der eben erst aufgestellte Europäische Auswärtige Dienst im März 2011 seine erste Regionalstrategie „für Sicherheit und Entwicklung im Sahel“. Diese sah bereits eine umfangreiche Aufrüstung und Umstrukturierung der Region vor mit dem expliziten Ziel, „die Basis für Handel und Investitionen aus der EU [zu] schaffen“. Dass tatsächlich zeitgleich die NATO unter französischer Führung Libyen bombardierte und damit wesentlich die seitdem stattfindende Eskalation in Gang setzen, muss zumindest erwähnt werden – ohne einen Zusammenhang zu suggerieren. Denn Geopolitik folgt nicht großen Plänen, sondern entfaltet sich aus Widersprüchen, meist als Tragödie.

Dass die Tragödie in Mali und den Nachbarstaaten vermutlich anhalten wird, ist letztlich auch dem Denken zu verdanken, das eine sich jung, „europäisch“ und progressiv gebende Partei (Volt) auf Wahlkampf-Plakaten als Maxime formulierte: „Europäisch denken – global handeln“.

# Manöver als Brandbeschleuniger

Bericht vom 25. Kongress der Informationsstelle Militarisierung

Zum inzwischen 25. Mal fand am Samstag, den 20. November 2021, der alljährliche Kongress der Informationsstelle Militarisierung statt. Pandemiebedingt auf mehreren Ebenen – in Präsenz, im Radiolivestream und im Internet – beschäftigten sich dabei durchgängig über 150 Interessierte mit dem Thema „Manöver als Brandbeschleuniger“. Durchgehend wurde dabei in den Beiträgen der Panels wie auch aus dem Publikum auf die von den zunehmenden Manövertätigkeiten ausgehenden Gefahren verwiesen, die aus diesem Grund verstärkt in den Fokus der Friedens- und Antikriegsbewegung rücken sollten.

Den Auftakt bestritt IMI-Vorstand Tobias Pflüger, der einen Einstieg in „Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen“ bot. Er ging dabei auf verschiedene Manöverformen – vom Planspiel bis zur konkreten Gefechtsübung – ein, die auch im Umfang stark variieren würden: von wenigen SoldatInnen bis hin zu hohen fünfstelligen Zahlen. Geprobt würden dabei von der NATO u.a. Einsätze zur Rohstoffsicherung, aber auch Angriffsszenarien im Zusammenhang von Großmachtkriegen, die nichts mit Landesverteidigung zu tun hätten. Im Zuge dieser Manöver komme es immer häufiger zu Beinahe-Zusammenstößen zwischen westlichen und russischen Truppen. Dies sei besonders gefährlich, weil gleichzeitig viele der Kommunikationskanäle, die im Kalten Krieg eine Eskalation vermeiden helfen sollten – „rotes Telefon“, „heißer Draht“ usw. – heute nicht mehr existieren.

Im Rahmen des Panels „Logistik für Übung und Ernstfall“ zeigten Victoria Kropp (Friedensforscherin) und Alexander Kleiß (IMI-Beirat) aktuelle Schritte der EU und der NATO auf, die zusammen an einem Ausbau der logistischen Infra- und Kommandostrukturen arbeiten. Victoria Kropp erklärte, dass Militärische Mobilität den ungehinderten Transport von Truppen und Material über EUropäische Landesgrenzen hinweg ermöglichen solle. Auf EU-Ebene sei die Militärische Mobilität eine der Verpflichtungen von PESCO und es

bestehe ein EU-Aktionsplan für Militärische Mobilität. Skandalös sei die Finanzierung des Ausbaus der Militärischen Mobilität in der EU, die u.a. durch den EU-Wiederaufbaufonds erfolge, der zur Bewältigung der Pandemie eingerichtet wurde. Die EU arbeite mit der NATO zusammen, die die Fähigkeit anstrebe, Truppen innerhalb von 48 bis 72 Stunden im gesamten Bündnisgebiet verlegen zu können. Die Verlegungen sollten provozieren, abschrecken oder die Kriegsbereitschaft demonstrieren. Alexander Kleiß stellte das Multinationale Kommando Operative Führung und das Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm vor. Ersteres sei für multinationale Einsätze der EU und der NATO zuständig. Das seit September 2021 voll einsatzfähige JSEC, im Grunde ein Mobilmachungszentrum für NATO-Einsätze und Manöver, sei u.a. für die Koordinierung der Truppenbewegungen in Europa, die Transportlogistik und im Rahmen des PESCO-Projekts Militärische Mobilität für die Planung wichtiger Doppelnutzungs-Infrastruktur zuständig. Proteste gegen das JSEC habe es bereits in Ulm gegeben, weitere seien wahrscheinlich.

Aaron Lye, Informatiker und Mitglied im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) stellte in seinem Vortrag „NATO-Manöver im Cyberraum“ zunächst cursorisch Akteure, Ziele und Methoden von Cyberangriffen vor. Dabei spielten als Akteure Staaten und als Ziel die Unterstützung militärischer Operationen eine wachsende Rolle. Ein Angriff erfolge immer in zwei Phasen: Die erste bestehe in der Analyse der anzugreifenden Systeme und der Ausspähung von Sicherheitslücken, die zweite dann in deren Nutzung. Anschließend stellte er drei Cyber-Übungen vor, die regelmäßig und in wechselnder Zusammensetzung von der NATO durchgeführt würden. Bei der Übung „Cyber Coalition“ würden v.a. Entscheidungsstrukturen eingeübt, bei „Locked Shields“ hingegen versuchen mehrere Teams mit insgesamt ca. 1.000 Teilnehmenden, Cyber-



Das Panel „Manöver, Umwelt und der Sprit“.  
Quelle: IMI.

Angriffe abzuwehren. Sehr wenig sei hingegen über den Übungszyklus „Crossed Swords“ bekannt, wo auch offensive Cyber-Operationen zur Unterstützung von Spezialkräften eingeübt würden. Insgesamt wurde deutlich, dass Cyber-Operationen in großem Maßstab vorbereitet und seit 2008 systematisch im Manöver geübt werden. Besonders Phase 1 – das Ausspähen von Sicherheitslücken – ist bereits im Vorfeld militärischer Auseinandersetzungen längst Alltag.

Das „Säbelrasseln gegen Russland“ war Gegenstand des folgenden Panels. Claudia Haydt vom IMI-Vorstand ging dabei besonders auf das „Großmanöver Defender Europe 2022“ ein, bei dem es sich um eines der zentralen gegen Russland gerichteten Manöver handele. Im Jahr 2020 sei es dabei vor allem darum gegangen, die Logistik für die Verlegung einer US-Division (20.000 SoldatInnen) von den USA an die europäische Westküste und von dort quer durch Europa an die Grenze zu Russland zu trainieren. In diesem Jahr habe der Aufmarsch im Schwarzen Meer im Zentrum gestanden. Über das kommende Manöver Defender 2022 sei noch nicht alles bekannt – wahrscheinlich würden wohl 13.500 SoldatInnen teilnehmen, stattfinden werde es sich voraussichtlich zwischen Februar und Mai 2022. Klar ist aber schon jetzt, dass systematische Experimente zur Integration neuer Waffentechnologien in herkömmliche Manöver geben wird.

Wie Planspiele zu Rüstungsprojekten werden, war das Thema in dem Beitrag „Bundeswehr: Vom Szenario zur Rüstung“ von Martin Kirsch (IMI-Vorstand). Wichtig seien hier vor allem drei Papiere des Heereskommandos aus dem Jahr 2017, insbesondere das unter Ägide von General Frank Leidenberger erstellte Dokument „Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig“. In dem ins Internet gelangten Papier werde recht detailliert eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland durchgespielt und Defizite identifiziert, die für

eine „siegreiche“ Absolvierung des Szenarios behoben werden müssten. Die Ergebnisse seien dann direkt in die „Konzeption der Bundeswehr“ (2018) und die „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ (2021) eingeflossen, die unter anderem die Aufstellung eines gegen Russland gerichteten Großverbandes bis 2027 vorsähen.

Im fünften Panel „Manöver, Umwelt und der Sprit“ sprach Jacqueline Andres (IMI-Vorständin) zu den ökologischen Folgen von Militärmanövern. Sie zeigte die drastischen Umwelteinwirkungen militärischer Übungen durch verschiedene Formen von Emissionen, durch Unfälle, Explosionen, Brände und vieles mehr auf. Die Referentin griff zur Veranschaulichung mehrere Manöver weltweit heraus. Sie schloss den Vortrag mit Beispielen für erfolgreichen Widerstand gegen Militärübungen und Übungsplätze.

Um nicht den gesamten Kongress über bei der grauen (und trüben) Theorie zu verbleiben, bildete Jan Meyer mit seinem Beitrag „Militärtransporte blockieren: Ein Bericht aus der Praxis“ einen erfrischenden Abschluss. Manöver würden sich ideal für Protestaktionen eignen und zwar weniger in Form von Großdemonstrationen, sondern durch kleine Aktionen, die extrem effektiv sein könnten. Er beschrieb dabei beispielhaft eine Aktion gegen eine Militärübung in Husum, die auch dazu geführt habe, dass den AktivistInnen in der lokalen Presse breiter Raum für ihre Kritik gegeben wurde. Wichtig sei es ebenfalls, sich darüber im Klaren zu sein, dass Aktionen gegen Manöver schnell zu Repressionen führen können, diesen aber dann wiederum mit kreativen Aktionen am besten begegnet werden könnte. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gäbe es in Deutschland wenig direkte Proteste gegen Manöver, weshalb er seinen Beitrag mit einem Plädoyer beendete, diesen Umstand zu ändern.

# Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über  
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de



IMI.FB



I\_M\_I



@imi@mastodon.social

## Redaktion:

Jacqueline Andres, Thomas Gruber, Alexander Kleiß, Martin Kirsch, Christoph Marischka, Ben Müller, Christopher Schwitanski, Andreas Seifert, Nabil Sourani, Sven Wachowiak, Jürgen Wagner.

## Autoren und Autorinnen:

Milena Düstersiek studierte Peace and Conflict Studies an der Universität in Malmö. Aktuell studiert sie Internationale Politik und Internationales Recht in Kiel. Dr. Mechthild Exo, Hochschule Emden/Leer, hat folgende wissenschaftlichen Schwerpunkte: Dekolonialisierung des Wissens, der Forschung, des Peacebuilding und der Sozialen Arbeit, Jineolojî und demokratische Selbstorganisation. Marius Pletsch ist Redaktionsmitglied von W&F und IMI-Beirat. Elsa Rassbach ist Aktivistin, Journalistin und Filmemacherin in der BRD und den USA. Dr. Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) und Redakteurin der Zeitschrift Friedensforum. Dominik Wetzel ist freier

Journalist und hat Politikwissenschaft und öffentliches Recht in Tübingen studiert.

## Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: Monika Natalia Mazur. S.3,5,6,10,12,19,21,25,27 und 29: Monika Natalia Mazur. Sie hat an der Accademia di Belle Arti in Neapel studiert. Ihre Werke sind hier zu finden: [www.instagram.com/monika\\_natalia\\_mazur](http://www.instagram.com/monika_natalia_mazur), Rückseite: IMI.

## Hinweise zu einzelnen Texten:

Der Artikel „Krieg per Enthaltung“ ist eine aktualisierte Fassung eines Beitrages, der zuerst am 7.11.2021 in Telepolis erschien. Der Artikel „Benzin löscht kein Feuer“ erschien in der Oktoberausgabe 2021 der Zeitschrift „Spinnrad“ vom Internationale Versöhnungsbund - Österreichischer Zweig.

## Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 30 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 € bzw. Förderabo ab 50 €.

## Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

## Mitgliedschaftsformular

- Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: \_\_\_\_\_

Str., PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

- Mein jährlicher Beitrag beträgt: \_\_\_\_\_ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)  
 Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

- Ich richte einen Dauerauftrag ein.  
 Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: [imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung](http://imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung)



\_\_\_\_\_  
Datum und Unterschrift



# Danke!

Wir bedanken uns recht herzlich bei unseren Mitgliedern und Spender\*innen für ihre Unterstützung. Um weiterhin antimilitaristische Informationsarbeit leisten zu können, freut sich die Informationsstelle Militarisation über Mitgliedschaften und Spenden, die auch steuerlich abgesetzt werden können.

IMI-Spendenkonto:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32  
BIC: SOLADES1TUB